september

konkret

Monatszeitschrift für Politik und Kultur, Hamburg 28.8.75/Nr. 9

3,00 DM

C22160E

Italien Lire 850
Holland hfl 3,80
Schweiz sfr 3,80
Österreich S 25,–

Portugal:

Ist die Revolution noch zu retten?

Reportage, Analyse und ein Interview mit Rosa Coutinho

Enzensberger über Hanich

Dutschke über Bloch

Alice Schwarzer. Das Glied muß ab!

in konkret September 1975

Post

konkret intern

konkret extrakt

Ist die Revolution noch zu retten? von Hermann L. Gremliza

Anderthalb Jahre fröhlicher Sozialismus spiegelt sich in den Gesichtern der roten Generale Coutinho (I.) und Cavalho. Doch die Blumenkinder in Uniform haben nichts mehr zu lachen, die Revolution stirbt: Ist es Mord oder Selbstmord?

Vielen Dank, Herr von Braun! von Norbert Blüm

Portugal z.B. von Hella Schlumberger

Wer berichtet den bundesdeutschen Zeitungslesern aus Portugal? Vorwiegend Korrespondenten, die sich dort zu Salazars Zeiten wohlfühlten. Jetzt besuchte auf Anregung des PDI eine Gruppe linker Journalisten und Autoren (u.a. Hella Schlumberger, Günter Wallraff) das Land. Ein Reisebericht

„Bessere Demokratie" von Hella Schlumberger

Coutinho antwortet auf KONKRET-Fragen

Radikalen-Front von Claudia Wolff

Radikalauer von Winfried Thomsen

Vermieter - Terror von Till-Matthias Jürgens

Ein Hamburger CDU-Mitglied hat ein neues Verfahren entwickelt, Mieten zu treiben:

Chile nach dem Putsch - 7. Folge

KONKRET dokumentiert auf dieser Seite monatlich die jüngste Entwicklung im und um den Faschisten-Staat. Autoren der Serie sind die Mitglieder der Union antifaschistischer chilenischer Journalisten in der Bundesrepublik:

Der große Flachmann aus dem Norden von Hermann L. Gremliza

Chemische Keule von Jürgen Roth

Kein Zipfel auf dem Gipfel? von Alice Schwarzer

Alice Schwarzer, die kämpferischste Feministin der Republik, hat wieder zugeschlagen. Ihr neues Buch „Der kleine Unterschied und seine großen Folgen. Frauen über sich - Beginn einer Befreiung" erscheint in diesen Tagen im S. Fischer Verlag. Es enthält 170 Seiten Protokolle und 170 Seiten Kampfansage. KONKRET bringt die wichtigsten Passagen:

konkret ex-press von Hermann L. Gremliza

Fehlorientierte Kritik von Hermann Scheer

„Fehlorientierungs-Rahmen" - unter diesen Titel dokumentierte KONKRET (7 + 8/75) die Kritik der SPD-Mitglieder Albers, Kisker, Neumann, Wand und Zerdick am Entwurf eines SPD-„Orientierungsrahmens". Auf die linke Kritik antwortet der stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungsozialisten, Hermann Scheer:

Eigner Herd - Goldes wert von Peggy Parnass

Barbara Ossenkopp oder die Journalistin von Christel Buschmann

Die Freiheit des freien Schriftstellers von Hans Christoph Buch
Praktische Erfahrungen im Umgang mit der Zensur

„Die blödsinnige Realität“ von Hermann Peter Piwitt
Was liest die studentische Linke? Wandzeitungen und Parteiblätter statt „schöner Literatur"? Eine Umfrage unter Bremer Philologie-Studenten gibt Aufschluß. KONKRET-Autor Hermann Peter Piwitt interpretiert sie:

Schreckgespenst oder Chimäre - Wolfgang Harichs allerneuester Katastrophen-Kommunismus von Hans Magnus Enzensberger
Ein Brief von Hans Magnus Enzensberger

Ich habe gelesen von Yaak Karsunke
In dieser KONKRET-Kolumne schreiben Autoren über ihre Lektüre. Diesmal der Westberliner Yaak Karsunke („Kilroy & andere"):

von Friedrich Christian Delius

Mit doppeltem Blödmacher von Winfried Thomsen

Im gleichen Gang und Feldzugsplan von Rudi Dutschke
zum Neunzigsten von Ernst Bloch

Konkret 09/75, S. 2

Post

Verbal

In Ihrer August-Ausgabe behaupten Sie, die Hauptsorgen der chilenischen Junta seien infolge der sehr großzügigen Umschuldungsbedingungen u. a. der Bundesrepublik für 1975 vom Tisch. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir dies näher belegen könnten. Der Finanzminister ist nämlich verstockt und behauptet, die Bundesrepublik sei bisher in bilaterale Umschuldungsverhandlungen überhaupt noch nicht eingetreten. Das auf Grund der Gläubigerkonferenz am 6. Mai 1975 abgegebene Umschuldungsangebot sehe, so sagt er, deutlich härtere Konditionen als bei der Umschuldung 1973/1974 vor. Ausschlaggebend für die Bereitschaft zu Umschuldungsverhandlungen sei unser Interesse, Ausfälle für den Bundeshaushalt zu vermeiden. Sagt der Finanzminister. Aber Sie wissen es wahrscheinlich besser. Oder sollte es nur so sein, daß Sie der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung lieber einen linken Schlag unter die Gürtellinie verpassen wollen, als konkret um die jetzt wichtige Position - harte Umschuldungskonditionen - zu kämpfen. Verbal radikal zu tönen ist halt einfacher, als sich um die Details zu kümmern. Nur bringt uns das leider nicht weiter.

Hans Matthöfer,

Bonn

Bundesminister für Forschung u. Technologie

Peni-bel

Warum so pimmelig? Venskes Pimmel ist nicht Ursache seiner Bekanntheit. Interessant ist er nur als Schnipi eines Prominenten, der diese Prominenz seiner Stimme verdankt. Und mit diesem Organ ist Venske gar nicht pingelig: Gegen eine fünfstellige Summe stellt er es Radio Luxemburg für eine Coca-Reklame bereit. In der modernen Sklavenhaltergesellschaft ist der Penis eine Ware wie alles andere; wahrscheinlich ist der gute Henning prüde: zwar „tol.", aber auch „verkl.". Frage an „Playboy": Warum läßt sich Nouhoys nicht ablichten?

Ludwig List,

München

CDU-Blatt

Welche Zielorientierung vertritt KONKRET heute? Sicher läßt sich diese Frage klären, wenn man sich die Liste der Autoren, die für KONKRET schreiben, näher betrachtet. Doch man irrt (oder vielleicht tut man es nicht): Erich Fried, Norbert Blüm, Engelmann in einer Ausgabe friedlich vereint. Fragmente, Gesellschaftskritik, die sich an Irrelevantem „emporreißt", inhaltsleere Medienkritik (da war das Löwenthal-Porträt schon besser). Nun, auch KONKRET geht mit der Zeit, und ein paar kritische Artikel darf man sich schließlich erlauben, auch wenn man von der CDU finanziert wird.

Heinz Koch,

Mülheim/Ruhr

Grass I

Nachdem ich das Interview mit dem Stellvertreter Goethes auf Erden (Süverkrüp über Grass) gelesen hatte, bin ich fast ausgeflippt. Meine Freude war groß, denn besser konnte sich dieser demokratische Sozialist als Schreiberling des Klassengegners wahrlich nicht entlarven. Wer den Sozialismus nur als leere Phrase begreift (Grass: „. . zeichnet sich zuerst einmal dadurch aus, daß er kein in sich geschlossenes Dogma hat, sondern flexibel bleibt"), muß sich gefallen lassen, als Bauernfänger der Arbeiterklasse bezeichnet zu werden. Wer außerdem heute noch um den verlorenen „demokratischen" Sozialismus in der CSSR weint, gehört in eine Reihe gestellt mit Leuten wie Ota Sik und Goldstücker, die heute nicht mehr versteckt, sondern offen den Kapitalismus verteidigen. Gefährlich sind solche Leute wie Grass aber vor allen Dingen deshalb, weil sie die arrogante Einmischungspolitik rechter westeuropäischer Sozialdemokraten rechtfertigen und damit objektiv ein Klima mit vorbereiten, das die Basis für eine chilenische Entwicklung in Portugal in sich birgt. Wer mit primitivem Antikommunismus die konsequente Entwicklung Portugals zum Sozialismus behindert, ist ein

Konterrevolutionär und muß damit rechnen, von den revolutionären Machtorganen des Volkes auch als solcher behandelt zu werden. Dies galt nicht nur für Sozialrevolutionäre und Kerenski-Leute im damaligen Sowjetrußland, sondern gilt heute auch in Portugal für Leute wie Rego und Soares, wenn sie nicht rechtzeitig den richtigen Weg zurück zur Politik, orientiert an den objektiven Interessen der Massen, finden. Bleibt mir zum Schluß nur noch zu bemerken, daß man solche Interviews in Zukunft dem „Bayernkurier" überlassen sollte, dort stecken sie im passenden Rahmen und niemand läuft Gefahr, Grass als einen Linken anzusehen.

PS: Der Kommentar von Gremliza „Eßt Sardinen" war einfach prächtig!

Gerhard Gust

Düsseldorf

Grass II

Dieses Gesabber eines bürgerlichen Intellektuellen ist nun wirklich nicht mehr zu ertragen: Da wird von „Konzernkapitalismus" gesprochen, um die private Verfügungsgewalt über Produktionsmittel zu verschleiern. Da wird die Mitbestimmung als „Kontrolle der Produktionsmittel" hochgelobt, ohne auch nur einen Gedanken an die Erfahrungen im Montanbereich zu verschwenden. Dort heißt es in dem Bericht der Biedenkopfkommission: daß von der Mitbestimmung die „freie Unternehmerinitiative" (d. h. die Jagd nach Maximalprofit) „nicht beeinträchtigt" worden sei. Und: die Mitbestimmung sei „geeignet, dem Arbeitnehmer das *Gefühl* des *Ausgeliefertseins* an *eine von* ihm nicht beeinflußbare Leitungs- und Organisationsgewalt zu nehmen und durch ein Gefühl der Mitwirkung und Mitbestimmung abzulösen". In einem kann man Grass recht geben: Der „demokratische Sozialismus" ist „kein Dogma", sondern recht „flexibel". Frech wird es dann, wenn er die „Sozialisten" in Portugal als Wahrer der „Demokratie" darstellt. Blind ist, wer die „seltsame" (?) Einmütigkeit reaktionärer Kreise mit dem politischen Gebaren der „Sozialisten" nicht sieht. Alles mit Hilfe des ja sooo „flexiblen" „demokratischen Sozialismus". Herr Grass, Sie stehen auf der „anderen Seite"!

Karl-Heinz Letz

Hamburg

Grass III

Endlich hat man mal wieder zum von der SPD-Führung *selten noch* gebrauchten und fast überhaupt nicht mehr *erläuterten Begriff* des „demokratischen Sozialismus" etwas vernommen. Leider war das, was Herr Grass hier gesagt hat, wohl kaum noch als „Sozialismus" zu bezeichnen und „demokratisch" nur im Sinne zwar konsequenten, aber dennoch allein bürgerlichen Demokratieverständnisses. Warum betreibt man auch außerhalb des rechten Flügels der SPD *eine derart* irrationale Verteidigung des privatkapitalistischen Systems. Wo sind eigentlich die Argumente, die es rechtfertigen, die im Laufe der Nachkriegsentwicklung eingetretene prokapitalistische Wende der SPD zu begründen? (Mit Ausnahme der taktisch-opportunistischen, als Mas*senpartei auf* die herrschende Ideologie einschwenken zu müssen.) Die Redeweise von der „notwendigen privaten Initiative" erscheint im gegebenen politischen Zusammenhang als gefährliches - weil schwer durchschaubares Manipulationsinstrument. Warum ist „private Initiative" immer nur um den Preis der realen Unfreiheit derer, die nicht initiativ sein können, möglich? Warum soll es Initiative und Verantwortlichkeit, Einsatz und Engagement immer nur unter dem Aspekt der Privilegierung ihrer Vertreter als Angehöriger einer privilegierten Klasse oder Schicht geben? Liegt diese Argumentation nicht auf der gleichen verhängnisvollen Ebene wie die, die etwa technischen Fortschritt stets nur als Folge von Rüstungsprodukten oder anderer Verschleißproduktion wie Weltraumfahrt sehen wollen?

Rainer Gerbeth,

Braunschweig

Show-Bitz

Zum komischen Biermann-Artikel über den Udo Lindenberg: Ja, Wolf Biermann, ich find' den Lindenberg auch ganz gut. Ich hätte bloß noch ergänzt, daß das Traurige am Lindenberg ist, daß er noch nicht Biermann gehört hat. Aber du kannst ihm ja vom Autorenhonorar von KONKRET ein paar Platten von Dir schenken. Wenn der Lindenberg sich die genau anhört, kann er wieder eine Plattenreihe rausbringen. Davon machst Du wieder eine Besprechung in KONKRET. Diesmal schenkst Du ihm vom Autorengeld eine Gesamtausgabe von Marx und Engels. Nach einiger Zeit macht der Lindenberg dann 'ne Plattenserie, na und so weiter. Vielleicht kriegst Du ihn noch soweit, daß er mal Biermann in KONKRET rezensiert. No Witz like Show-Bitz!

Giovanni Catania,

Gelsenkirchen-Buer

Procontra

Ich habe immer den Eindruck, daß das Thema Frauenemanzipation bei männlichen Journalisten, ob nun pro oder contra, besonders beliebt ist, weil man da so wenig ernst sein muß, denn: die Männer sind sowieso auf der Seite des Journalisten („Im Prinzip hat der ja schon recht"), und die Frauen scheinen solche Beiträge, oder auch viele andere, nicht zu lesen. (Erstaunlich ist es nämlich zu sehen, wie wenig „Post an KONKRET" von Frauen kommt - oder veröffentlicht wird?) Leider stellt sich auch durch solche Aufsätze wie den von Piwitt nicht heraus, daß die „Szenen einer Ehe" nur die Darstellung der Geburtswehen eines neuen Geschlechtsfriedens waren. Man sollte vielleicht einmal beginnen, nachdem die „Wahrheit" nun allen bekannt ist, etwas hinsichtlich der Frauenemanzipation zu unternehmen, und am besten fängt man bei sich selbst an, Hermann Peter Piwitt!

Petra Silberberger,

Stuttgart

O na nie!

Nach der etwas verspäteten Lektüre Eurer Juli-Ausgabe hier meine Kritik an Peter Hamm, der in seinem Artikel über La Cubana sich abfällig äußerte: „Die selbst in Villen wohnen, finden es skandalös, daß - so einer - auch Villenbesitzer ist." 1. Die meisten Kritiker können es sich noch immer nicht leisten, in Villen zu wohnen (wahrscheinlich weiß Herr Hamm das, versucht jedoch, Kritik abzuwerten). 2. Was will jemand, der für den Sozialismus arbeitet, in einer Villa? Es geht doch nicht darum, daß „einer, der für die Abschaffung der Armut arbeitet, selbst arm sein" muß. Es geht allein um das Geld für Villen und ähnliches, das sicher für Besseres und Sinnvolleres ausgegeben hätte werden können. Ich halte also alle diese sogenannten revolutionären Leute für schizophren (diese Schizophrenie mit Dialektik zu umschreiben, ist lächerlich), denn man darf nicht den Kapitalismus „genießen" und gleichzeitig bekämpfen und dann auch noch so tun, als sei man noch immer eine revolutionäre Kraft im Kapitalismus. Ich halte alles gegenteilige Tun für reine Selbstbefriedigung. Hamm & Co. kommen mir daher vor wie Pubertierende, die ihr verschämtes Onanieren plötzlich zum Programm erheben. Aber der Nachteil der Onanie darin, daß man dabei keine Leute kennenlernt. Bei wirklicher Arbeit für den Sozialismus jedoch muß man Leute kennenlernen. Ein intellektuelles Bekenntnis muß noch lange nicht revolutionär sein.

Ronald M. Schernikau,

Lehrte

Theo(zu)viel

Erst mal ein dickes Lob dafür, daß Ihr KONKRET habt wiederauferstehen lassen, dann ein Zweites Lob für das Juli-Heft, wobei ich den Sankt-Pauli-Artikel besonders gelungen fand. An drei Punkten jedoch setzt meine Kritik ein:

1. Habt Ihr die billigen Späße der Rasierklingen-Seite wirklich nötig? Mein Vorschlag: Streichen und die Seiten anders verwenden. (Der Berufsverbot- Cartoon dagegen war wirklich gut.

2. Was sollen die immer wiederkehrenden Seitenhiebe auf die lyrischen Ergüsse verschiedener Herren wie z. B. Theo Sommer auf der Express-Seite? KONKRET-Leser en dürften inzwischen mit seinem Stil und seinen Ansichten gebügend vertraut sein. Ich finde, das interessiert und nutzt niemandem.

3. Wenn Ihr, was wohl wünschenswert wäre, die Absicht habt, Eure Leserschaft in Richtung Arbeiterschaft zu vergrößern, dann ganz gewiß mit Artikeln im Stil des KONKRET-Dokuments über Juso-Kritik am SPD-Orientierungsrahmen.

Rolf Ulrich Schäfer,

Traben-Trarbach

Konkret 09/75, S. 3

konkret intern

Dies ist die zwölfte Ausgabe des neuen KONKRET, ein Jahrgang ist komplett. Soweit für Statistiker. Wer unbedingt gratulieren will, soll das Geld für Porto, Karte und Blumen auf das Konto des Antiimperialistischen Solidaritäts-Komitees für Afrika, Asien und Lateinamerika überweisen (Sonderkonto Erich Wulff, Postscheckamt Frankfurt, Postscheckkonto 5270-602).

*

Aus einem Brief des Rektors der Fachhochschule für Sozialwesen und Religionspädagogik beim deutschen Caritasverband, Freiburg im Breisgau, an das Redaktionskollektiv des ASTA-INFO: "Auf den Stil will ich nicht näher eingehen, sondern verlasse mich darauf, daß die Mehrzahl (richtig: Mehrheit, weil "Mehrzahl" bloß der Plural ist; vermutlich gibt der Mann Deutsch) der Kommilitonen imstande ist, ihn zu beurteilen. Was sollen aber solche inhaltlich naiven, aber (aber, aber) in ihrer Zielrichtung offensichtlich provokativen Angaben wie etwa das Urteil über Kardinal Döpfner, wobei sie sich bei (bei, bei) ihrer Information auf eine Zeitschrift berufen, die selbst aus der Sicht von Studienanfängern kaum als zuverlässige Informationsquelle (Quelle hätt's auch getan) erscheinen kann." Halt, die Unterschrift heißt: Dr. Sagi, offenbar ein Ausländer, wir hätten doch nicht so schulmeistern sollen, wer von uns schreibt schon fehlerfreies Kisuaheli? Was hatten die Kommilitonen aus KONKRET nachgedruckt? Auszüge aus einer Rede Döpfners vor dem Bundesverband der Deutschen Industrie ("Kirche und Unternehmerschaft sehen sich der gleichen Herausforderung gegenüber"). Dr. Sagi soll sich beruhigen, Döpfners Rede war auch im "Altöttinger Liebfrauenboten" zu lesen. Wenngleich ohne die KONKRET-Überschrift: "Döpfner mit D, wie Dividende."

*

Chilenische Exiljournalisten in der Bundesrepublik haben die "Union antifaschistischer chilenischer Journalisten (Upachi)" gegründet. Die Gruppe setzt sich für alle in Chile verfolgten Journalisten ein und versucht, die Diskussion über Chile in der bundesdeutschen Presse wachzuhalten. KONKRET hat der Upachi die Serien-Seite "Chile nach dem Putsch" zur Verfügung gestellt. Den ersten Beitrag der chilenischen Kollegen lesen Sie auf Seite 21

Konkret 09/75, S. 6

konkret extrakt

Der Tod auf dem Mittelweg

Drei Fälle von Dutzenden: In Essen erhängte sich ein 45jähriger Straßenarbeiter an einer Brücke. Er war seit Monaten arbeits- und schließlich hoffnungslos. In Düsseldorf sprang ein Bauarbeiter in einen 12 Meter tiefen Kanalschacht, als der Polier ihm die Kündigung überreichte. In Pirmasens stürzte sich eine Junglehrerin von einer 75 Meter hohen Brücke. Nach bestandenem Examen hatte das Land Rheinland-Pfalz ihr die Anstellung verweigert. Der Chef eines norddeutschen Einrichtungszentrums, Kurt Barnekow, zur „Bild"-Zeitung: „Die Arbeitslosen empfangen einen viel zu hohen Nettobetrag als Unterstützung, so daß sie nicht hart genug aus eigenem Antrieb bestrebt sind, um ihre Existenz zu kämpfen." Ein Unternehmer-Zitat von Dutzenden.

Fliegende Inflation

Karl-Heinz Hansen, SPD-MdB und Mitglied des Bundestags-Verteidigungsausschusses, wird recht behalten: Das Mehrzweckflugzeug - MRCA (die „eierlegende Wollmilchsau"), das den Starfighter ablösen soll, wird jetzt auf einen Stückpreis von 45 Millionen Mark geschätzt. Noch im letzten Herbst hatte der Verteidigungsausschuß dem Projekt zugestimmt, weil die „Preisobergrenze " pro Stück bei nur 21 Millionen liegen sollte. Hansen hatte vorgerechnet, daß dieser Preis fiktiv sei und das Superding bis zur Lieferung (Ende der siebziger Jahre) mindestens 60 Millionen kosten werde. Nach weniger als einem Jahr hat das MRCA schon den halben Weg dorthin abgeflogen.

Teure FDP

Otto Wolff von Amerongen. Vorsitzender des Vorstands der Otto Wolff AG, rief ein Gesetz der freien Marktwirtschaft in Erinnerung: Je knapper die Ware, desto höher der Preis. Wolff forderte, die Walzstahlproduktion im Bereich der EG um 30 bis 40 Prozent einzuschränken, denn nur so könne „dem Verfall der Stahlpreise" begegnet werden. Die Wirkungsweise dieses Wolffschen-Gesetzes läßt sich auch an unseren Volksvertretern ablesen: Während die knappe Regierungsmehrheit der Brandt/Scheel-Koalition den Abgeordneten-Preis hochgetrieben hatte, hat der Überfluß an SPD/FDP-Abgeordneten in diesem Bundestag den Preis pro Mandat gegen Null fallen lassen. Anders im saarländischen Landtag: Für ihre Bereitschaft, die mehrheitslose CDU-Regierung zu unterstützen, konnte die FDP 152 150 Mark erlösen. Die CDU verlieh den drei FDP-Abgeordneten Fraktionsrang, was dem FDP-Vorsitzenden Klumpp zweieinhalbfache, seinem Stellvertreter Hügel eineinhalbfache und dem FDP-Landtagsvizepräsidenten Mann doppelte Diäten eintrug. Übrigens: Die drei FDP-Abgeordneten hätten von Anfang an Fraktionsstatus haben können, hätte man nicht in den fünfziger Jahren das Quorum auf fünf erhöht - damals saß die KPD mit vier Abgeordneten im Landtag. Wie die Demokratie eben so spielt.

Hahnebüchen

Das baden-württembergische Kultusministerium - Hahn (CDU, vorm. NSDAP) - hat sich ein besonders feines Geschenk für seine Auftraggeber einfallen lassen: Arbeitslose Jugendliche werden von der Berufsschulpflicht entbunden, wenn sie eine Bescheinigung eines Unternehmers vorweisen, daß dieser sie nur dann anstellen wolle, wenn sie nicht in die Berufsschule müssen.

Prominenz auf Nigger-Safari

Was im ersten Halbjahr Mao (China), ist im zweiten Halbjahr Vorster (Südafrika). Es reisen dorthin: Franz Josef Strauß (für drei Wochen), Gerhard Stoltenberg (für zwei Wochen), Hans Filbinger, Bertold Beitz, eine Delegation des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Bundeswirtschaftsminister Friderichs: Nigger besichtigen.

Freigänger

Die „New York Review of Books" würdigt die Rolle, die General Alexander M. Haig in der Watergate-Affäre spielte: Danach hat Haig zu Nixons Verbrechen mehr Beihilfe geleistet als all die Deans, Haldemans und Ehrlichmans zusammen. Haig war es auch, der für Kissinger das illegale Abhören von Politikern und Journalisten arrangierte und die Aufzeichnungen der abgehörten Gespräche ins Weiße Haus trug. Später log Haig vor Gericht, nötigte den Ankläger und verbreitete, dieser sei Alkoholiker. Eigenschaften, die Haig zu einem Helden der freien Welt geradezu prädestinierten: Inzwischen wurde er zum Oberbefehlshaber der Nato befördert.

Die AW-Bande

In Sonthofen sagte Strauß, die Sympathisanten der Baader-Meinhofs säßen in den Bundestagsfraktionen der SPD und FDP. Den Beweis blieb er schuldig. In Krefeld haben zwei junge Leute Brandbomben in eine linke Buchhandlung und in das DKP-Parteibüro geworfen. Die beiden gehören der „Aktion Widerstand" an, deren Geburt zur Zeit der Ostverträge in Anwesenheit des CSU-Vorsitzenden in Würzburg gefeiert worden war.

Platz an der Quelle

Zur Ankurbelung der Konjunktur und zur Sicherstellung der Arbeitsplätze hat die Bundesregierung Anfang des Jahres rund 8 Milliarden Mark Investitionsprämien bereitgestellt. Quelle-Versandhauschef Schickedanz hat davon wie folgt Gebrauch gemacht: Die Investitionen wurden gegenüber dem Vorjahr um 36 Millionen erhöht („Erweiterungsinvestitionen für 1976 wurden vorgezogen"), der „Mitarbeiterstamm" schrumpfte um 1078 Quelle-Proleten. Das Geld für die Arbeitsplätze ging in eine „Verstärkung der Reserven".

Jahr der Frau I

Zitat aus der „Wirtschaftswoche": „Hier findet sich plötzlich ein Potential an Frauen, das noch Zeit hat und deren Männer fast immer Geld haben. Und diese Frauen liegen brach, obwohl sich viele von ihnen gern engagieren würden. So sieht Hanna Renate Laurien, Staatssekretärin im Kultusministerium von Rheinland-Pfalz und eine der großen Hoffnungen der CDU, die Lage der Manager- und Unternehmerfrauen.

Jahr der Frau II

Im Anstellungsprozeß einer Reporterin gegen den Süddeutschen Rundfunk machte die öffentlich-rechtliche Sendeanstalt das fortgeschrittene Alter der Klägerin gegen sie geltend. Das Gericht zeigte sich einsichtig: „Schließlich vermag die Kammer sich auch das vom Beklagten (Südfunk) genannte ‚Schreckgespenst` der 60jährigen Ansagerin vorzustellen...`

Deutscher Rekord

Jeder dritte der 1,6 Millionen Arbeitslosen in der Bundesrepublik ist ein Jugendlicher unter 25 Jahren.

Profit-Prosa

Immer mehr Unternehmer greifen zur Feder (besser: zur Sekretärin), um ihren Angestellten und Arbeitern die Meinung zusagen. Zwei typische Beispiele: Unternehmer Klaus Rüttgers (Alice-Moden): „Einige Jahre Wirtschaftspolitik der SPD . . .haben die deutsche Wirtschaft an den Rand des Abgrunds gebracht... diese abgewirtschaftete Gewerkschaftsregierung wird wohl bei den nächsten Bundestagswahlen die endgültige Quittung bekommen." Erich Wolf, Verwaltungsratsvorsitzender der „mehr Wert GmbH & Co. KG": „Sehr häufig hatten in den politischen Organisationen, wie Jusos und Jungdemokraten, Spartakus und andere Gruppen, diejenigen das Wort, die noch nie in ihrem Leben gearbeitet haben und oft in teuren Autos und Luxuswohnungen ihr Dasein fristeten."

Lex Julia

Die Redakteure der TV-kritischen Sendereihe „Glashaus" werden von fast allen ARD-Anstalten boykottiert. Jüngster Fall: Als die Glashaus-Mannschaft eine Sendung über die Arbeitsweise der TV-Wirtschaftsredakteure machen wollte, erklärte WDR-Chefredakteurin Julia Dingworth-Nussek, Mitglied des Horten-Aufsichtsrats, vorab: „Es darf aber keine Sendung gegen Wirtschaftsredakteure werden." Die Glashaus-Mannschaft hatte das Statement eines Redakteurs des Evangelischen Pressedienstes aufgenommen, die meisten Wirtschaftsredakteure gingen mit den Unternehmern konform, viele kämen aus der Wirtschaft und gingen oft nach einigen Redakteursjahren wieder dorthin zurück. Frau Nussek bestand darauf, daß diese Aussage so nicht gesendet werden dürfe. Werner Höfer bot Frau Dingworth-Nussek an, ihre Meinung dazu zu sagen. Frau Nussek lehnte ab und delegierte den ihr von Höferzugedachten Part an den WDR-Wirtschaftsredakteur Friedhelm Pork.

F. J. Papadopoulos

In Athen wurde eine neue Partei gegründet: Die „griechisch christliche Union". Gründer sind der ehemalige Junta-Minister Josifund der Papadopoulos-Anhänger P. Gouras. Gouras ist zugleich Mitglied der CSU.

Faschisten-Paul

Der CSU-Abgeordnete Paul Gerlach hat die Bundesregierung gefragt, ob es zutrifft, daß weiteren dreihundert Chilenen die Einreise in die Bundesrepublik gestattet wird: „Für wie viele - bejahendenfalls wegen welcher Delikte verurteilte -Chilenen haben welche Bundesländer sich zur Aufnahme bereit erklärt?"

Vordem Gesetz sind alle . . .

Viermal Rechtsstaat: Sechs Bundeswehrsoldaten haben in Uniform an der Frankfurter Kundgebung zum „30. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus" teilgenommen - sie kamen in Arrest. Zwei Beauftragte der Gutsverwaltung des Barons Finck haben eine 19jährige Spaziergängerin, die das Fincksche Seeufer passieren wollte, in den Sumpf des Barmsees zurückgetrieben -beide, und natürlich auch Finck, sind auf freiem Fuß. Alfons Müller-Wipperfürth soll die Bundesrepublik um 8,23 Millionen Mark Steuern betrogen haben und transferiert derzeit die Reste seines 200-Millionen-Kapitals ins Ausland - er lebt unbehelligt in Südfrankreich. Der Erwitter Zementunternehmer Seibel hat seiner Belegschaft trotz gerichtlicher Anordnung fünf Monate lang keine Löhne und Gehälter bezahlt - er ist auf freiem Fuß.

Justiz? Irrtum!

Im Jargon des Verfassungsschutzes gilt die „Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes" (VVN) als „kommunistische Tarnorganisation". Das hat den Vorteil, daß die bürgerliche Presse Informationen der VVN totschweigen kann. Dort las man auch nichts von der Dokumentation, die die VVN über die Verfolgung von Nazi-Verbrechen durch die bundesdeutsche Justiz vorgelegt hat: Verurteilt wurde

- aus dem Mitarbeiterstab der „Kanzlei des Führers" - niemand
- aus dem Reichsaußenministerium Ribbentrops -niemand
- aus dem NS-Justizministerium - niemand
- aus dem Ministerium für die besetzten Ostgebiete - niemand
- aus dem Stab des Reichsführers SS, Heinrich Himmler - niemand
- aus dem NS-Rasse- und Siedlungshauptamt -niemand
- aus dem Teilnehmerkreis der „Wannsee-Konferenz", die die Ausrottung der Juden beschloß -niemand.

Natürlich wurde in vielen Fällen jahrzehntelang ermittelt (gegen „Demonstrationstäter" gibt's Schnellgerichte). Ermittelt wurde auch

- gegen 170 Wächter des KZ Kulmhof; verurteilt -niemand
- gegen 387 Wächter des KZ Majdanek; verurteilt - niemand
- gegen 380 Wächter des KZ Mauthausen; verurteilt - sieben
- gegen 200 Wächter des KZ Natzweiler-Struthof; verurteilt - drei.

Die französische Regierung hat der Bundesregierung eine Liste mit 1026 Namen übergeben, deren Träger wegen Kriegsverbrechen in Frankreich verurteilt wurden, jedoch in die Bundesrepublik flüchten konnten. In keinem einzigen Fall wurde von der bundesdeutschen Justiz Anklage erhoben.

Konkret 09/75, S. 8

Hermann L. Gremliza

Ist die Revolution noch zu retten?

Anderthalb Jahre fröhlicher Sozialismus spiegelt sich in den Gesichtern der roten Generale Coutinho (l.) und Cavalho. Doch die Blumenkinder in Uniform haben nichts mehr zu lachen, die Revolution stirbt: Ist es Mord oder Selbstmord?

Was wissen wir von Portugal? Das läßt man uns wissen:

„Tausende von Demonstranten haben gestern vormittag das kommunistische Parteibüro in Braga (Nordportugal) in Brand gesteckt. Sie rissen die rote Fahne vom Dach und warfen Benzinflaschen in das Haus: Es brannte bis auf die Grundmauern nieder. Zuvor hatten die Kommunisten mit Schrotgewehren in die Menge geschossen und 43 Demonstranten, darunter Frauen und Kinder, verletzt." („Bild"-Zeitung am 12. August)

„In Portugal schossen Kommunisten mit Flinten auf ihre Gegner. In der portugiesischen Stadt Braga haben Kommunisten während der bisher größten antikommunistischen Kundgebung mit Schrotflinten in die Menge geschossen . . . und dabei mindestens 30 Personen, unter ihnen Frauen und Kinder, zum Teil schwer verletzt.“ („Welt" am 12. August)

„Zu neuen schweren Ausschreitungen kam es am Montag gegen das Büro der Kommunistischen Partei in der nordportugiesischen Stadt Braga. Eine Menge von mehreren tausend Menschen setzte das Gebäude mit Benzinflaschen in Brand und verhinderte ein Eingreifen der Feuerwehr . . . Die KP-Mitglieder sollen durch eine Hintertür den Flammen entkommen sein. Sie hatten ‚sich zuvor mit Schüssen aus Schrotflinten gegen die anstürmende Menge gewehrt. Dabei wurden drei Menschen verletzt." („Frankfurter Rundschau" vom 12. August)

„Wahllos feuerten die Kommunisten mit Flinten aus den Fenstern. Sie verletzten 15 Menschen, zwei liegen im Sterben." („Bild" vom 13. August)

‚Kommunisten warfen Handgranaten und eröffneten das Feuer." („Welt" vom 13. August)

Das sollen wir wissen: Kommunisten feuern wahllos in die Menge, eröffnen das Feuer, werfen Handgranaten auf Frauen und Kinder. Molotow-Cocktails, gegen Kommunisten eingesetzt, heißen „Benzinflaschen". Der tausendköpfige Mob, der Steine wirft, Feuer legt, die Löscharbeiten behindert und sich anschickt, seine politischen Gegner zu lynchen, heißt harmlos „Kundgebung" oder „Demonstration".

Es ist wichtig, das festzuhalten. Doch Erregung über die Brutalität des faschistischen Mobs und den Zynismus seiner Wasserträger aus dein Springer-Verlag ist keine Politik. Politik ist, recht zu bekommen, und nicht, recht zu haben.

Recht gehabt hat die portugiesische Revolution von Anfang an. Sie hat recht gehabt, die Faschisten zu stürzen, ihre Nachfolgeorganisationen zu verbieten, ihre Lohnschreiber zu zensieren, ihre Villen zu besetzen, ihre Banken zu verstaatlichen, ihre Latifundien zu enteignen, die Hungerlöhne zu verdoppeln.

Aber recht bekommen wird die portugiesische Revolution nicht.

Nelke im Gewehr - ein gefährliches Symbol

Bis zum 25. April 1974 stand Portugal unter faschistischer Herrschaft. Die Herrschaftsinstrumente des Faschismus sind physischer Terror (Rechtlosigkeit, Verfolgung, Konzentrationslager) und geistiger Terror durch ideologische Erziehung. Der physische Terror des portugiesischen Faschismus war am 25. April 1974 vorbei. Der psychische Terror hat Langzeit-Wirkung. Was faschistische Propaganda durch Schule, Universität, Zeitung, Funk und Fernsehen in den Köpfen anrichtet, ist in Jahrzehnten nicht zu kurieren. Man kann das bei uns in jeder Eckkneipe erleben, wenn nach dem fünften Bier die kleinen braunen Männer den Tresen längs marschieren.

(Zur Erinnerung: 1932 entfielen bei den Reichstagswahlen 16,3 Prozent der Stimmen auf die KPD. Nach der Befreiung vom Faschismus, der Sozialdemokraten und Kommunisten verfolgt, in KZs gesperrt und ermordet hatte, blieb die SPD unter 30 und die KPD unter fünf Prozent.)

Wie wählten die Portugiesen nach vierzig Jahren Faschismus? 16 Prozent wählten die Kommunisten, 38 Prozent die Sozialisten und 12 Prozent die Sozialdemokraten. Also eine Mehrheit für den Sozialismus? Und das, obwohl nur die KP zur Zeit des Faschismus in Portugal präsent war (Mario Soares' Sozialistische Partei wurde kurz vor der Revolution im Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung zu Bergneustadt gegründet)?

Das kann nicht wahr sein - und ist es auch nicht: Nachdem die reaktionären und faschistischen Parteien von der Wahl ausgeschlossen waren, suchten sich die ehemaligen Mitläufer und Nutznießer des Salazar-Regimes (gut ein Viertel der Bevölkerung; denn gegen mehr als drei Viertel des Volks kann auch ein faschistischer Diktator nicht jahrzehntelang

regieren) die Partei aus, deren Programm und praktische Politik ein Minimum an Pfründensicherung versprachen und die außerdem Chancen hatte, nach den Wahlen auch wirklich „dran" zu sein. Und das waren, nach den Umfrage-Ergebnissen, Soares' Sozialisten.

(Auch hier hilft ein Blick in unsere Geschichte: Wie schnell wurde aus dem NSDAP-Mitglied Karl Schiller ein Sozialdemokrat. Und wieviel alte Nazis hätten in die SPD gedrängt, wenn Kurt Schumacher 1949 der aussichtsreichere Kandidat gewesen wäre.)

Die wirklichen Revolutionäre Portugals, die unter Sozialismus etwas mehr verstehen als Konzernherrschaft mit Pressefreiheit, waren von Anfang an in der Minderheit, etwas - aber doch nicht sehr viel -größer als die Minderheit, die sie am 25. April 1974 gestürzt hatten. Und zwischen beiden die Mehrheit der Verunsicherten und der Unsicheren, der Unwissenden und der Abwartenden.

Macht hatten nur zwei: Die Streitkräfte hatten die Waffen und die Fröhlichkeit der Straße. Die Bourgeoisie hatte das Kapital. Der Zinsfuß ist ein trauriges Symbolverglichen mit einer roten Nelke im Lauf des Gewehrs. Aber er welkt nicht so schnell.

Das Klischee von den bornierten Kommißköppen, die gerade mal rot angelaufen waren, *trifft nicht*. Genausowenig trifft aber das Klischee von den großen Revolutions-Strategen in Uniform. Diesen Soldaten, die der Ekel über den faschistischen Kolonialkrieg und die Sehnsucht ihrer ausgebeuteten Freunde und Verwandten von einer Gesellschaft der Freien und Gleichen hatte träumen lassen, fehlte alles, was eine Revolution erfolgreich macht: eine straffe zivile Organisation, ein realistisches Programm und eine schlüssige Strategie.

(Es muß nicht jeder Revolutionär so sein wie die in diesem Jahrhundert erfolgreichsten, Lenin und Mao. Aber eine rote Nelke dort hineinzustecken, wo nach Mao die Macht herauskommt - das ist ein gefährliches Symbol.)

Außer auf die militärische Organisation, die fürs Zivile weder geeignet ist noch vorbereitet war, konnten sich die Revolutionäre nur auf die Kader der Kommunistischen Partei und der von ihnen durchsetzten Gewerkschaften stützen. Und das - da gibt das Wahlergebnis Auskunft - waren zu wenige.

Das Revolutionsprogramm war eine Sammlung von demokratischen und sozialistischen Wünschen, von Konzept keine Spur.

Und die Strategie? Ihre Qualität erwies sich im letzten Sommer, als die paar „Großen Familien", die fast über das ganze Kapital des Landes verfügten, der Regierung einen Pakt anboten: Sie versprachen, kein Kapital ins Ausland zu verbringen und zwölf Milliarden Escudos für dringende Reformen bereitzustellen, wenn die Regierung dafür ihr Eigentum schütze.

Ein geschulter Revolutionsstratege hätte erkannt, daß nur zwei Antworten möglich waren: den Kompromißvorschlag annehmen, einen Pakt mit dem Teufel schließen, um Zeit zu gewinnen, oder sofort enteignen und jede Kapitalausfuhr durch Einsatz aller denkbaren Zwangsmaßnahmen unterbinden. Die Blumenkinder in Uniform wählten den dritten Weg: Sie wollten ihre reine Revolution nicht durch miesen Schacher mit den Ausbeutern oder durch Gewaltanwendung gegen sie besudeln: Die Großen Familien zogen mit ihrem Kapital in Frieden davon.

Ein geschulter Revolutionsstratege hätte auch gewußt, daß ein verarmtes Land wie Portugal mit 40 Prozent Analphabeten nicht ohne die wenigen Technokraten, die es ausgebildet hat, regiert werden kann -egal von wem. Auch hier gab es zwei Wege: den Ärzten, Professoren, Technikern, Ingenieuren, Managern dadurch Wohlverhalten abzukaufen, daß man ihnen die unterm Faschismus eingeräumten Privilegien solange ließ, bis man sie nicht mehr brauchte; oder Anwendung staatlichen Zwangs. Die Revolutionäre taten nichts. Inzwischen sind viele Technokraten nach Spanien oder Brasilien abgehauen, die andern treiben Sabotage durch Lethargie.

Ein geschulter Revolutionsstratege hätte sich schließlich nicht um der kurzfristigen Popularität willen verleiten lassen, eine schnelle Hebung der allgemeinen Lebensqualität zu versprechen: Beseitigung des Analphabetismus, Verdoppelung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit, Demokratisierung der Wirtschaft. Spätestens ab Oktober werden die Selbstverwalter der Hotels an der Atlantikküste außer sich selbst nur noch leere Zimmer verwalten. Die Zahlungsbilanz fällt ins Bodenlose. Schon heute muß das Agrar- und Fischer-Land Portugal 60 Prozent seiner Lebensmittel importieren. Und was ist eine Lohnverdoppelung, wenn sie durch den Druck neuer Banknoten finanziert wird?

Kurzum: Ein geschulter Revolutionsstratege hätte gewußt, daß ein so armes Land wie Portugal nur durch einen Sozialismus der Arbeit, der Disziplin, der Teufels-Pakte und der gerechten Verwaltung des Mangels langsam aus seinem Elend herausgeführt werden kann. Zwei Schritte vor, einen zurück - das ist ein frustrierendes Marschtempo unter heißer Sonne. Und gar nicht so fröhlich, wie Admiral Rosa Coutinho sich das noch Anfang August wünschte (siehe Seite 15).

Das alles beschönigt nicht, was das ausländische Kapital zur absehbaren Niederlage der portugiesischen Revolution beigetragen hat. Doch gehört es auch hier zu der Art von Ehrlichkeit, die uns Linken so schwerfällt, einzugestehen, daß schon die Gesetzlichkeit kapitalistischer Wirtschaftsweise die Investoren dazu zwingt, ihr Kapital an profitablere (und sicherere) Orte zu verbringen. Der Aufruf des Chefs der Deutschen Bank, in Portugal nicht weiter zu investieren, war

eigentlich ganz überflüssig und hat seinen Wert nur als weiteres Indiz dafür, daß das bundesdeutsche Großkapital sich anschickt, das US-amerikanische an Aggressivität zu übertreffen.

Etwas anders liegt es bei den Regierungen Westeuropas: Sie - und insbesondere die sozialdemokratischen unter ihnen - erheben ja den Anspruch, mehr zu sein als bloße Sachwalter von Kapitalinteressen. Labour-Premier Harold Wilson und SPD-Kanzler Helmut Schmidt waren sich dennoch mit den französischen und italienischen Rechts-Regierungen schnell einig, daß die portugiesische Revolution keine Unterstützung verdiene, solange sie nicht auf eine „pluralistische Demokratie" einschwenke.

(Die „pluralistische Demokratie" ist eine Erfindung der bürgerlichen englischen Staatstheoretiker zur Jugendzeit der Queen Victoria. In der Literatur der internationalen Arbeiterbewegung kommt sie nicht vor, weil sie auf einem Gesellschaftsbild gründet, das den Privatbesitz an Produktionsmitteln prinzipiell anerkennt. Es ist daher nur konsequent, daß die Forderung nach Herstellung einer „pluralistischen Demokratie" an die NATO-Partner Salazar und Caetano nie gerichtet wurde.)

Wenn Helmut Schmidt sagt, den griechischen Obristen habe man ja auch kein Geld gegeben, ist das nicht einmal die halbe Wahrheit: Die bundesdeutsche Industrie hat mit den folternden Obristen so blendend zusammengearbeitet wie mit den südafrikanischen Rassisten oder mit Salazar. Die Kapitalhilfe der Bundesregierung verhält sich zum Volumen der privaten Auslands-Investitionen wie eins zu hundert. Wer - wie die Obristen - die hundert bekommt, kann den (teilweisen) Verzicht auf die eins leicht verschmerzen. Die Portugiesen bekommen zweimal nichts.

Und die westeuropäische Linke? Die italienischen Kommunisten wollen ihren Marsch auf Rom (auf leisen Sohlen) nicht gefährden und halten sich raus. Einzig hilfreich sind die Parteien der französischen Volksfront.

Von der westdeutschen Linken möchte man am liebsten schweigen. In keiner Gewerkschaft, an keiner Universität auch nur ein Hilfskomitee für Portugal. Die Jungsozialisten entschuldigen sich: Sie arbeiten diskret an der Veränderung der Portugal-Politik ihres Kanzlers. Außerdem gewähren sie den portugiesischen Jungsozialisten organisatorischen Rat (vermutlich erklären sie ihnen, wie man es fertigbringt, daß der gesamte Bundesvorstand einer linken Parteijugend gleichzeitig vier Wochen Urlaub macht, oder schenken ihren Lissaboner Genossen einen gebrauchten Trockenkopierer, damit die auch ein Strategie-Papier abziehen können). Die DKP tut, was sie kann, und was sie am besten kann: Ihre Parteizeitung macht aus jeder Niederlage einen bedeutenden Schritt in Richtung Weltrevolution.

Im Innern hilflos, von außen ohne Hilfe - die portugiesische Revolution wird scheitern. Die Linke, die ja nichts so gern hat wie Lernprozesse, wird wieder einen kriegen.

In Druck gegeben am 13. August 1975

Konkret 09/75, S. 11

Norbert Blüm

Vielen Dank, Herr von Braun!

In den Kinder- und Hausmärchen des Kapitalismus findet sich die niedliche Erzählung von der Aktionärsdemokratie. Danach, so wird berichtet, bestimmen die Eigentümer über das Unternehmen, beaufsichtigen den Vorstand, setzen Vorstände ein, auch wieder ab etc. Und dafür haben sie sich Aufsichtsrat und Hauptversammlung geschaffen.

Aber wie das schöne Märchen hat auch diese Darstellung den Nachteil, daß sie leider nichts mit der Wirklichkeit zu tun hat. Es war (vielleicht) einmal so . . . irgendwann, als die Industrialisierung noch in Kinderschuhen ging, die Unternehmen klein, überschaubar waren. Heute bestimmen die Manager das Geschäft und machen, was sie wollen: das Unternehmen und notfalls noch den Markt dazu.

Das Märchen von der Aktionärsdemokratie jedoch, es lebt noch immer, und immer noch erfreut es herzinniglich kindliche Gemüter. Doch leider, die Wirklichkeit ist anders. Und wer es denn nicht glauben wollte, der konnte es jetzt von Wernher von Braun erfahren. „Ich kenne Herrn Zahn, den Vorstandsvorsitzenden, sehr gut und deshalb hat er mich eingeladen, in den Aufsichtsrat der Stammfirma einzutreten", so stand's im „Spiegel" zu lesen.

Wernher von Braun dient neuen Sternen. Er sitzt im Aufsichtsrat von Mercedes. Und berufen wurde er, pardon eingeladen, vom Vorstandsvorsitzenden, eben jenem Herrn Zahn, den er laut deutschem Aktiengesetz in Zukunft beaufsichtigen soll. Doch halt: Herr Zahn handelte „mit Billigung von Herrn Ulrich von der Deutschen Bank, dem Vorsitzenden des Daimler-Aufsichtsrates". Gott sei Dank, die Eigentümer sind doch im Spiel! Oder? Aber auch diese Hoffnung erweist sich als Illusion. Denn bei Licht betrachtet, ist auch Herr Ulrich nichts als ein kapitalloser Funktionär, jedenfalls kein typischer Eigentümer. Wenn Eigentum noch im Spiel ist, dann bestenfalls als Groß-Aktienbesitz. Nur, der begnügt sich nicht mit dem Aufsichtsrat, sondern hat seinen Mann im Vorstand. Und das ist dann eben auch ein Funktionär und managt Eigentum u. a.

Wohin wir sehen, das Regiment der Manager expandiert imperialistisch, aber lautlos. Im Regime der Manager ist der typische Eigentümer bestenfalls als Merkposten und repräsentativer Statist für Ritualveranstaltungen enthalten, zu deren Höhepunkten die Hauptversammlungen gehören.

Für Liebhaber von Fakten ist dies alles nichts Neues. Nur, daß ein Aufsichtsrat so plump sagt, wem er Aufsicht und Rat verdankt, wie Herr von Braun, das allerdings kommt nicht alle Tage vor und ist ein Glücksfall für Entmythologisierer.

Der Aufsichtsrat ist nicht, wie uns die alten Bücher weismachen wollen, das Kontrollorgan der Eigentümer (spare, spare, dann bestimme), sondern viel eher ein „Ausschuß zur Pflege der Geschäftsbeziehungen", manchmal auch nur noch Ehrenloge für verdiente „Mitglieder des Hauses". Die tatsächlichen Entscheidungen jedenfalls fallen ganz woanders. Sehr viel früher, als der Aufsichtsrat zu Wort kommt. So daß er sich mit Anstand nur als Absegnungsmaschine aus der Affäre ziehen kann: Er bewertet in der Mehrzahl der Fälle sowieso nur Vorgänge, die faktisch abgeschlossen sind (siehe Jahresabschluß).

So ist es dann auch nicht verwunderlich, daß Stimmrechtsbeschränkungen und ähnliche Amputationen der Aktionärsdemokratie ohne Murren, Widerstand oder gar Aufruhr hingenommen werden. Warum auch, es verändert sich nichts. Im Streitfall könnten in sehr vielen Großunternehmen die Aktionäre ausgezahlt und nach Hause geschickt werden, das Unternehmen liefe immer noch weiter.

Deshalb eignen sich die „Rechte der Eigentümer" auch schlecht zur Abwehr der Mitbestimmungsforderungen der Arbeitnehmer. Denn wo nicht viel ist, kann man nicht viel wegnehmen. Sie, die Eigentümer, erfüllen in sehr vielen Fällen nur die Funktion eines Feigenblattes vor einer nackten Technokratie, die sich längst von den Fesseln der Aktionärsdemokratie befreit hat, sich dieser Attrappe aber noch gerne bedient.

Vielen Dank, Herr von Braun.

Konkret 09/75, S. 13

Hella Schlumberger

Portugal z.B.

Wer berichtet den bundesdeutschen Zeitungslesern aus Portugal? Vorwiegend Korrespondenten, die sich dort zu Salazars Zeiten wohlfühlten. Jetzt besuchte auf Anregung des PDI eine Gruppe linker Journalisten und Autoren (u.a. Hella Schlumberger, Günter Wallraff) das Land. Ein Reisebericht

Portugal braucht Touristen. „Die Devisen nämlich, die durch den Tourismus hereinkommen", sagt uns Diplomingenieur Moura, Chef des portugiesischen Touristikbüros in Frankfurt, „sind wenigstens nicht an Bedingungen gebunden."

Als „Bild am Sonntag" schrieb: „Portugal am Rand des Bürgerkriegs", flogen wir los. Schon im Flugzeug wird's politisch: Zu lesen gibt's die „Welt" und die „FAZ" (und später wird uns der neue Gouverneur des Algarve erklären, warum: „Sonst heißt es doch wieder, bei uns gäbe es keine Pressefreiheit"). Joaquin, der Steward, erzählt von der politischen Gefangenschaft seines Vaters und von seiner eigenen Untergrundarbeit bei der portugiesischen Armee in Afrika. Die Stewardessen sind pikiert. „Das ist noch die gleiche Kochdeckelmentalität wie in Chile", sagt Joaquin. Zum erstenmal fällt das Wort: Chile.

Am Abend landen wir, wo es nach Prospekt so aussieht: „Algarve ist ein Land voller Zauber, wo die Sonne das ganze Jahr hindurch scheint . . . die Atmosphäre ist rein und lichthell . . . hier hören die Überraschungen nicht auf . . . Blumenschlachten werden veranstaltet . . . dieser Reichtum der Folklore macht den Algarve zu einem Paradies für den, welcher die Verbindung mit dem Volk und seinen spontanen Äußerungen schätzt."

Albufeira, Mitternacht, am Strand: Fischer versteigern im flackernden Licht ihrer Petroleumlampen ihr Boot voll frischgefangener Sardinen. Eine Art von Taubstummensprache zwischen Ver- und Ersteigener. Ergebnis: das größere Boot mit seinem glitzrig-glitschigen Inhalt bringt 220 Mark, das kleinere 170 Mark. Das Geld teilen die Fischer unter sich auf. Vor dem 25. April 1974, dem Beginn der portugiesischen Revolution, war das der Monatslohn eines Kellners. Der ist jetzt doppelt so hoch.

Die Fremdenverkehrssituation im Algarve ist nicht so schlimm, wie wir es uns vorgestellt hatten, die Ein- bis Drei-Sterne-Holds sind ausgebucht. Allerdings nur bis Oktober. Was dann wird. . . „Im Algarve ist es so ruhig, wie es immer war", erzählt Enzio von Baselli, deutscher Honorarkonsul aus der Provinzhauptstadt Faro, den deutschen Touristen. „Ich bedaure es sehr, daß die Presse ein derartiges Schreckensbild von Portugal malt. Man sollte vielleicht nicht vergessen, daß es bei Demonstrationen gegen Fahrpreiserhöhungen in deutschen Großstädten zu größeren Ausschreitungen kommt, als in den ganzen letzten anderthalb Jahren in Portugal nach dem 25. April." Das stimmt. Aber man sollte vielleicht auch nicht vergessen, daß von Baselli Grundstücksmakler am Algarve ist, und daß sich seine Interessen -das Geschäft ist zur Zeit ziemlich flau - im Augenblick glücklicherweise genau mit denen der portugiesischen Regierung decken.

Kein Haus eines Ausländers wurde bisher in Portugal besetzt, kein ausländisches Konto aufgelöst, keine ausländische Firma verstaatlicht. Dafür in ganz Portugal aber 6 Hotels in Selbstverwaltung (auto-gestáo) übernommen, in sehr viel mehr eine Art Mitbestimmung eingeführt (con-gestao). Auto-gestao ist ein Wort, das im 1000-seitigen portugiesischen Langenscheidt-Wörterbuch von 1954 nicht vorkommt.

Das „Hotel da Aldeia" hat Selbstverwaltung und drei Sterne (in Portugal geht die Skala bis fünf), 68 Zimmer und 400 im angeschlossenen Feriendorf. Zimmerpreis pro Übernachtung für 2 Personen: 37 oder 29,50 Mark. Beim Gespräch vertreten drei Repräsentanten aus der Arbeiterkommission die Arbeiter, zwei die Direktoren. Anfang Februar 1975 haben sie das Hotel übernommen, das noch immer einer norwegischen und einer portugiesischen Gesellschaft gehört, die ihre Gewinne aus Angola dort angelegt hatten. Die Norweger hatten nichts gegen die Selbstverwaltung einzuwenden, die Portugiesen versuchten, sie in eine Mitbestimmung umzufunktionieren. Die Arbeiter und Angestellten lehnten ab und entließen die drei Direktoren. Damit hatten sie im Monat an die 15 000 Mark gespart. Aus dem Stammkapital von einer Million Mark machten sie durch das Einbringen eigener Ersparnisse und durch Bankanleihen 7,8 Millionen. „Vorbild", sagen sie, „hatten wir keines, nur die eigene praktische Erfahrung. Unser Kampf hat nichts mit den Parteien zu tun, da geht es ums nackte Überleben." Fast alle sind gewerkschaftlich organisiert, fast alle sympathisieren mit einer Partei, „aber das ist hier nicht wichtig". Sie haben einen Vertrag mit einer englischen Werbefirma abgeschlossen, die ihnen von Oktober bis April das Haus mit Gästen belegt.

Der Gewinn - der bisher noch nicht gemacht wurde - würde aufs Konto der Besitzer gehen, doch dieses Konto ist inzwischen gesperrt: die MFA hat das Experiment „Hotel da Aldeia" bereits legalisiert. „Wir glauben nicht, daß Soares so ein Modell dulden würde", meinen die Vertreter der Arbeiterkommission. „Die Gäste? Ich glaube, die meisten haben überhaupt noch nichts gemerkt."

Auf die Frage an den jungen Bürgermeister von Albufeira, wieso er aus der Sozialistischen Partei (PS) ausgetreten sei, bekennt er schließlich: „Wenn eine Partei durch ihren gezielten Antikommunismus versucht, ein Volk

auseinanderzudividieren, dann muß man doch einfach austreten. Überhaupt würde ich vorschlagen, daß in der jetzigen Situation alle Beamten aus allen Parteien austreten sollten."

Zu den 4 Hauptproblemen des Algarve,

· Wasser (es reicht nicht einmal mehr für alle Hotels, dann dürfte es in den Privathaushalten noch prekärer sein)

· Abwässer (wie bei Grundstücksspekulationen hat auch beim Bau von Kläranlagen die Mafia ihre Hände im Spiel)

· Elektrizität (fiel im 3-Sterne-Hotel in 3 Tagen zweimal aus, dort gibt es aber ein Notaggregat)

· und Bau von Schulen

konnte er nicht viel sagen, ein Sofortprogramm gibt es offensichtlich nicht.

„Wenigstens gehen jetzt alle Kinder zur Schule", meint der Bürgermeister. Er, wie seine 5 Stadträte, die ebenfalls unter 40 sind, arbeiten abends, am Wochenende, und das ehrenamtlich. So war es schon unterm Faschismus: Bürgermeister und Honoratioren brauchten nicht bezahlt zu werden, weil sie sich schon die entsprechenden Pfründe verschaffen würden. Neben den neuen Gesetzen gegen die Kapitalflucht, oder gegen leerstehende Wohnungen, sind diese Bestimmungen Rudimente einer anderen Zeit. Trotzdem ist es verständlich, daß sie noch existieren: Ihre Aufhebung würde viel Geld kosten, und öffentliches Geld gibt es im Augenblick in Portugal wenig.

In Lissabon, 35 Flugminuten von Faro entfernt, besuchen wir die großen Parteien, die Volksdemokratische Partei (PPD), die Sozialistische Partei des Mario Soares (PS) und die Kommunistische Partei (PC).

Bei der PPD werden wir eigentlich, trotz Anmeldung, gar nicht erwartet. Als der stellvertretende Vorsitzende Guerreiro, ein grauhaariger Jurist, uns die Hand und einer seiner Assistenten das Parteiblatt „Povo labre" in die Hand gedrückt hat, werden noch ein paar Juristen abgestellt: Carlos Motapinto, Jura-Professor in Coimbra, sein Assistent Costa Andrade nebst Alfredo de Sousa, Wirtschaftsprofessor. Gemeinsam malen sie Portugals wirtschaftliche Lage in den allerdüstersten Farben. Säuberlich werden Statistiken an die Tafel gemalt:

Bruttosozial-produktInvestitionenZahlungsbilanzArbeitslosigkeitInflationsrate1973

1974

1975+ 7,2 %

+ 4 %

- 6 %+ 7,6 %

- 4,5 %

- 30 %+ 320 Mio. Dollar -

640 Mio. Dollar -

2000 Mio. Dollar1,1 %

5 %

12 %+ 12,5 %

+ 25 %

+ 25 %

Gold und Devisenreserven wären ab Oktober/November 1975 erschöpft. Die Herstellung von Banknoten sei um 700 Prozent gestiegen. Das Geld der portugiesischen Arbeiter aus dem Ausland werde immer weniger, von 1 Milliarde 200 Millionen im November 74 seien die Überweisungen auf 600 bis 800 Millionen zurückgegangen.

Und um nicht in einen „Sozialismus des gleichen Elends" zu verfallen, schlagen sie vor:

· Verbot aller illegalen Hausbesetzungen und Landnahmen, Stop der Verstaatlichungen

· Herabsetzen des Zinssatzes für die Bauwirtschaft

· Entschädigung der kleinen und mittleren Aktionäre

· Stärkung der Verbindungen nach Europa, Bremsen der Autoritätskrise im eigenen Land.

Ihr Programm sei, behaupten sie, links vom Godesberger Programm angesiedelt. Als die Rede auf Medien und Pressefreiheit in Portugal kommt, bricht es aus ihnen heraus: Zeitungen, Radio, Fernsehen, ja auch die Kommunalverwaltungen seien kommunistisch oder kryptokommunistisch „gesteuert" sagen sie, ,.verseucht" meinen sie.

Über die PS gibt es eigentlich nichts anderes zu berichten, als was täglich in unserer Presse nachgelesen werden kann. Nur auf die Frage, was an dem Gerücht dran sei, daß sich Soares neulich mit Spinola in Paris getroffen habe, protestiert Rui Mateus heftig.

Durchgekocht von den 2 Stunden Diskussion im neuen PS-Büro in der Rua da Emenda 46, bei über 35 Grad und stuhllos auf dem nackten Boden, fahren wir mit unserem Bus an den Stadtrand zum Parteibüro der PC, in der Rua Antonio Serpa, wo uns Carlos Aboim Ingles und Alvaro Mateus empfangen. Die Hand des einen ist verkrüppelt.

Außer der MFA greifen sie eigentlich alle anderen an: Die PS: Wegen ihrer antikommunistischen Kampagne, wegen ihrer Kumpanei mit Großgrundbesitzern und Monopolen; wegen ihrer Abhängigkeit von der bundesdeutschen SPD; wegen ihres unverantwortlichen Spiels mit der gegenwärtigen Krise.

Die PPD: Wegen ihrer Greuelpropaganda zur ökonomischen Situation. Die Goldreserven seien 5- bis 6mal größer. Die Industrie: Wegen ihrer Sabotageakte: Drosselung der Produktion, Ausfuhr der Gewinne.

Die Linksextremen: Weil sie Land- und Häuserbesetzungen unterstützen.

Die BRD: Weil sie in erster Linie für das portugiesische Handelsdefizit verantwortlich sei.

Auf die Frage nach der Rolle der Kommunisten beim Kampf um die Zeitschrift „Republica" kommt die empörte Antwort: „Lesen Sie doch die Republica, hören Sie Radio Renascente, dann werden sie schnell feststellen, daß deren Inhalte nichts mit der Orientierung der kommunistischen Partei zu tun haben."

Am nächsten Morgen zur „Republica". Am Redaktionsgebäude in der steilen Rua da misericordia weht die portugiesische Fahne. Man führt uns in ein enges, fensterloses Zimmer, in dem schon die Verhandlungen mit dem einstigen Chefredakteur Rego, einem der Hauptaktionäre der Zeitung (3500 Aktionäre), PS-Abgeordneter und Soares-Freund, stattgefunden hatten.

Antonio Franco, ein Redakteur, erzählt: Vor dem 25. April 74 war die „Republica" ein antifaschistisches Organ, das den verschiedensten politischen Strömungen offenstand. Bereits ab März versuchte Rego, das Blatt auf strammen PS-Kurs auszurichten. Er entließ Redakteure und ersetzte sie durch treue PS-Gefolgsleute. Dasselbe passierte in der Verwaltung. Bald waren alle wichtigen Posten in der Hand der PS. Daß am z. Mai 75 noch einmal zwei PS-Leute eingeschleust werden sollten, brachte dann das Faß zum Überlaufen. Die alte Redaktion, die Drucker und die Setzer wehrten sich gegen diese Überrumpelung, sie verlangten eine Vollversammlung.

Damit begannen die 50 Tage Konfrontation zwischen der Belegschaft der „Republica" auf der einen und der Verwaltung, der Chefredaktion und den Direktoren auf der anderen Seite. 50 Tage Verhandlungen, Demonstrationen, eingeschlagene Fensterscheiben, persönliche Drohungen, versiegelte Türen, offiziell von dem Revolutionsrat eingesetzte Kommissionen, die aber nie aktiv wurden, erneute Verhandlungen, Flugblätter und Pressekonferenzen der „Republica"-Arbeiter, Mahnungen des Ministerpräsidenten Vasco Gonçalves, bis Redakteure und Arbeiter schließlich Carvalhos COPCON-Truppe gegen eine erneute Demonstration aufgeputschter Massen zu Hilfe riefen.

Dann wurde ihnen erlaubt, in eigener Regie eine Nummer der „Republica" herauszubringen, die von PS-Anhängern auf offener Straße verbrannt wurde. In Sprechchören wurde „Pressefreiheit" und die Ausschaltung des kommunistischen Einflusses verlangt. Von den etwa 30 Redakteuren der „Republica" ist keiner in der PC, dafür einige in der PS, die meisten gehören Parteien an, die links von der PC stehen, Maoisten und Trotzkisten. Von den 130 Arbeitern sind 5 in der PC.

Der Kampf hat die „Republica" die Hälfte der Auflage gekostet, von 80 000 ist sie auf 40 000 geschrumpft, die meisten Abonnenten sind abgesprungen. Aber die „Republica"ner machen weiter, auf eigene Verantwortung, mit Colonel Pereira de Carvalho als Direktor, mit vielen unbezahlten Volontären, mit einem Ausschuß aus Redakteuren und Arbeitern, der gerade eine Satzung erarbeitet.

Am Campo Mártires da Pátria, im kühlen Goethe-Institut (linker Flügel der Deutschen Botschaft), ein blonder Hüne von Bibliothekar auf die Frage, wie er zur augenblicklichen Situation stehe: „Ach, wissen Sie, da war es eigentlich früher (vor dem 25. 4.) besser, ruhiger. Diese Demonstrationen, als die 5 Spinola-Offiziere in die Botschaft flüchteten, der Volkszorn und die verbrannten Autos, das war wirklich schrecklich!"

„Die Portugiesen", meint Neruda-Übersetzer Meyer-Clason, Chef des Goethe-Institutes, „sind eben sanfte Anarchisten. Sie haben es noch nicht gelernt, einen Dialog zu führen, sie monologisieren vor sich hin. Aber das ist nicht verwunderlich nach 50 Jahren Faschismus." Ob, und wenn, wie sich die Kulturarbeit in seinem Institut nach dem 25. April verändert hat'? „Eigentlich", lächelt der schwäbische Liberale, „eigentlich gar nicht. Seit 69 haben wir gegen den Widerstand der deutschen Gemeinde hier und nicht immer mit Zustimmung des Auswärtigen Amtes (überhaupt, eine Mesalliance!) versucht, progressive deutsche Schriftsteller herzubringen." Es fallen Namen wie Höllerer, Jens, Walser, Fetscher; die

Jungfilmer waren da, der Kroetz ist zu einer Inszenierung eingeladen, an Wallraff sind sie interessiert. Und schon während des Caetano-Regimes hatte Meyer-Clason für die Aufführung des „Lusitanischen Popanz" von Peter Weiß gesorgt.

Überrascht und erfreut verlassen wir diese Stätte deutschen Geistes, Abteilung bürgerlicher Humanismus.

Am nächsten Tag, drei Uhr nachmittags, vor dem Hauptquartier der MFA. Sengende Sonne, Hunderte von Jugendlichen, wartend. Politisch Interessierte und poppig Vermummte - es sieht nach einem neuen Fatima für Europas Jugend aus. Drinnen liest Kapitän Loreiro von der 5. Kolonne (der Werbetruppe der MFA) Erklärungen herunter, Fragen können nicht gestellt werden.

Plötzlich ist da der Fotograf Novo Ribeiro von „O Seculo" (von der PS als „portugiesische Prawda" bezeichnet), fragt nach unseren Eindrücken. Ich bedauere, daß es nicht gelungen war, mit jemand von der MFA zu sprechen. Da wird er geheimnisvoll, er könne eventuell, er sei nämlich ein Freund von Vasco Gonçalves, wir sollten gleich mitkommen . . .

Vor dem Ministerpräsidentenpalais Sao Bento hält er, spricht kurz mit den Soldaten, wir dürfen hinein. „Pässe?" Wir haben keine dabei, sie sind im Hotel, dann geht's eben auch so. Im Prunkgemach von weiland Salazar und Caetano, das jetzt Vasco Gonçalves dient, warten wir zuerst anderthalb Stunden, bis die Tür aufgeht und ein Mann in Weiß, Admiral Rosa Coutinho, das Zimmer erfüllt. Ein Typ so zwischen Telly Savalas und Yul Brynner, zwischen Chirurg und Bäckermeister, zwischen Höflichkeit und Unverschämtheit. Vor allem sehr leger und nicht uncharmant. Und voll revolutionärem Elan.

Der Anti-Kommunismus war schon immer die Lieblingswaffe des internationalen Kapitals, wie man in Chile, Bolivien, Vietnam und Korea gesehen hat. Auch in Deutschland wird er eingesetzt, warum also nicht in Portugal?

Zum letzten Mal fällt das Wort: Chile. Rosa Coutinho ist einer, der alles daransetzen wird, daß Portugal vor dem Weg Chiles bewahrt bleibt.

Konkret 09/75, S. 15

Hella Schlumberger

„Bessere Demokratie"

Coutinho antwortet auf KONKRET-Fragen

„Die politisch-ökonomische Situation vor allem in Südeuropa scheint durch das derzeitige parlamentarische System nicht mehr lösbar zu sein. Portugal ist zwar nur ein kleines Land, aber ein gefährliches Beispiel. Wir sind ansteckend.

Man kann sich offensichtlich im Ausland nicht vorstellen, daß hinter unserer Revolution nicht der Kommunismus steht. Immer setzen sie MFA und Kommunismus gleich. Eine Partei, die nur 13 Prozent der Stimmen bekommen hat, kann für Europa doch keine Gefahr bedeuten. Wirklich gefährlich ist die MFA.

Könnten doch die Streitkräfte in Italien, Griechenland und Spanien plötzlich angeregt werden, sich nicht mehr als Instrument der Unterdrückung zu verstehen, sondern als bewaffneter Arm des Volkes. Was Sie als atypische Haltung des Militärs bezeichnen, ist eine direkte Konsequenz des Kolonialkrieges. Durch den Kontakt mit den afrikanischen Völkern, vor allem mit den gefangenen Befreiungskämpfern, sind wir uns bewußt geworden, daß wir nicht eher Freiheit im eigenen Lande haben werden, bis wir aufhören, fremde Völker zu unterdrücken.

Wir haben ein anderes, ich meine besseres Verhältnis zur Demokratie als die übrigen westlichen Länder. Wir unterstützen die Arbeiterausschüsse, die Selbstverwaltungen, Stadtteilräte und Landarbeiterkooperativen als Beweise einer echten Demokratie von unten. Bei uns geht es nicht um eine Demokratie der Wahlversprechen, die sowieso meist nur Versprecher sind, die in der Hitze des Wahlkampfes passieren, bei uns geht es um Willensbildung, Abstimmung und Kontrolle an der Basis. Das sind Leute, die miteinander arbeiten, die sich genau kennen und sich deshalb nichts vormachen können. Diese Organisationen wehren sich, wie Sie selber gesehen haben, dagegen, von den Parteien und ihren egoistischen Zielsetzungen mißbraucht zu werden.

Die MFA versteht sich als Befreiungsbewegung des bevormundeten, unterdrückten und ausgebeuteten Volkes. Sie arbeitet daran, dem Volk seine eigene Stärke bewußt zu machen. Je mehr das portugiesische Volk selber in der Lage ist, sein Schicksal in die Hand zu nehmen und nicht nur Parteienslogans auf den Leim zu gehen, desto eher kann die MFA verschwinden.

Wir klagen die westlichen Demokratien an, daß sie uns 30 Jahre lang nicht halfen, den Krallen des Faschismus zu entkommen, daß sie uns 1945 nicht bei der Befreiung halfen, und daß sie seit dem 25. April intensiv daran arbeiten, den Sozialismus in Portugal zu liquidieren und das Rad der Geschichte wieder zurückzudrehen.

Wir wollen keinen verbissenen Parolen-Sozialismus, der nicht zu uns paßt. Wir wollen einen heiteren Sozialismus, der den Menschen Spaß macht. Wir töten unsere Stiere nicht in der Arena und wir machen unsere Revolution mit Nelken - wo gibt es das schon? Deshalb müssen wir auch unseren eigenen Weg zum Sozialismus finden.

Wenn die Revolution in Portugal mißlingt, wird das unser Land um 10 Jahre zurückwerfen, und damit auch alle linken Bewegungen in Europa. . .

Der Fehler der Parteien im letzten Jahr war, daß sie eines vergessen haben: Wenn durch eine Revolution ein Volk zum ersten Mal zu leben beginnt, dann haben die Parteien eine pädagogische Funktion zu erfüllen: Sie müssen versuchen, das Volk darüber aufzuklären, was Politik eigentlich ist, was Sozialismus eigentlich ist, und sich nicht als elitäre Debattier- und Herrenclubs aufspielen, die über die Köpfe des Volkes hinweg nur ihre eigene Machtpolitik verfolgen."

Konkret 09/75, S. 16

Claudia Wolff

Radikalen-Front

Vergangenheit ist wieder erlaubt, und zwar wie? Und zwar so:

Bundestag, 13.3.75. „Und Sie, Herr Brandt, ich bin kein Kenner der Parteienlandschaft der Jahres 33 ...“ (nachgereichter Zwischenruf: Sollten Sie ruhig sein, Herr Strauß). „und Sie, Herr Brandt, ich bin kein Kenner der Parteienlandschaft der Jahres 33, aber die Sozialistische Arbeiterpartei, der Sie damals angehört hatten, war auch weit links der damaligen SPD angesiedelt. Ich liebe diese Auseinandersetzung nicht, aber angesichts der heuchlerischen Töne und der diffamierenden Unterstellungen muß darüber einmal ein klares Wort gesagt werden.“

Vergangenheit ist wieder erlaubt, und zwar wie? Dpa, 13.4.75: „Mit der Rolle von Willy Brandt und Herbert Wehner im Krieg will sich die CSU nach den Worten ihres Generalsekretärs Gerold Tandler befassen... Vor dem Kreisparteitag der CSU in Burg, Landkreis Straubing, sagte Tandler: ‚Wen die SPD will, daß die Auseinandersetzungen weiter im persönlichen Bereich erfolgen, wird sie sich darauf gefaßt machen müssen, daß die CSU die Bevölkerung auf breiter Basis sagen wird, daß, während Franz Josef Strauß mit Zehntausenden an der Front gestanden hat, Willy Brandt diese Zeit in Norwegen und Herbert Wehner wegen Spionage im Zuchthaus verbracht hat’.“

Vergangenheit ist wieder erlaubt, und keine Distanzierung aus der noblen demokratischen Ecke, in welcher der Dr. Kohl offenbar auch für so was den Regenschirm aufhält. Vergangenheit ist wieder erlaubt, und wie!

„Welt am Sonntag“. 6.4.75. Hans Habe: „Achtung, Brandt-Gefahr! Brandt ist seiner Vergangenheit und seiner Überzeugung nach ein Radikaler, der Erfinder jenes demokratischen Sozialismus, der dem Sozialismus im marxistischen Sinne viel ähnlicher ist als der sozialen Demokratie.“

Vergangenheit ist wieder erlaubt, und wie, und natürlich hört das auch der Brandt, während er so damit beschäftigt ist, auf die Bundesrepublik stolz zu sein, natürlich hört das auch der Brandt: ein solcher Satz in einem Kontext, der nach Reichsgaszündelei geradezu stinkt - ein solcher Satz ist eine Trendmeldung, und Herr Habe hat zu dem tritt schon angesetzt, mit dem er einen wie Brandt aus der freiheitlich-demokratischen vollend hinauszubefördern gedenkt, er natürlich bloß als Repräsentant einer stabilen Fraktion von zeitgenössischen Freiheits-, Grundordnungs- und Sicherheitsgarantien.

Ist also Willy Brandt ein Radikaler nach Maßgabe des Beschlusses, den er am 28. Januar 1972 als Bundeskanzler gemeinsam mit den Ministerpräsidenten gefaßt hat, und zeichnet es - verknüpfen wir Tandler mit Habe -, zeichnet es den aus der freiheitlich-demokratischen hinauszubefördernden Radikalen aus, daß er eines Ernstfalls an der Front nicht aufzufinden ist, weil er vielleicht die Front für radikal kriminell hält?

Um den Zusammenhang Willy Brandt mit seinen eigenen Beschlüssen zu erörtern, würde ich ihn gern mit an einem Tee-Tisch sitzen sehen, den es wirklich gibt, denn vor einigen Wochen habe ich da gesessen, und der Tee-Tisch verhilft mit zu einem Exkurs; etwas alltäglich und gemächlich und schwerfällig läßt der sich wohl an, aber man muß Geduld haben, wenn man begreifen will, auf welche Weise Vergangenheit wieder erlaubt ist.

Es sitzen da nun am Tee-Tisch: Anna F., 24 Jahre alt, ihre Mutter, Frau F., 62 Jahre alt, und Herr P., 64, Bruder von Frau F. und Onkel von Anna.

Anna F. hat in Heidelberg die schriftliche Hälfte eines Staatsexamens absolviert, das sie befähigen soll, ein Lehramt an höheren Schulen zu verwalten. Anna F. erzählt Alltägliches: vom Studieren, von einer Wahlversammlung der SPD, die sie besucht hat, von einer Wahlversammlung der DKP, die sie besucht hat.

Alltägliches aber offenbar nicht. Frau F. nämlich grenzenlos aufgeregt: ob das sein müsse, ausgerechnet jetzt, eine solche Versammlung, wo doch, wie man weiß, jedermann fotografiert wird und der Beruf auf dem Spiel und mitten im Examen und der Verfassungsschutz und das Kultusministerium, und man weiß ja schließlich, und lohnt das denn, wegen einer Wahlversammlung.

Anna F. sagt, es gebe doch Grenzen der Selbstverstümmelung, die zu überschreiten sie ablehne. Auf ihrem Konto stehe ansonsten nicht mal eine Vietnam-Demonstration; eine Unterschrift allenfalls unter eine Resolution gegen Berufsverbote und dann auch mal, na schön, ein Mietstreik.

Warum denn, sagt Anna F., nun ihrerseits erregt, ihrer Mutter, hast du dergleichen Vorsicht und Ängstlichkeit nicht deinem Bruder empfohlen, nämlich vor 41) Jahren, als es um mehr als bloß Anstellung ging.

Also dieser Bruder, der sitzt mit am Tisch, Herr P., 64 Jahre alt, sitzt und sagt gar nichts. Ist denn die Familie F./P. eine Familie, in der die Gratisangst grassiert? Nicht unbedingt. Da gab es zum Beispiel den Vater von Frau F. und Herrn P., das war ein alter Sozialdemokrat, ein Schulmann, und 1933 wurde er aus dem öffentlichen Schuldienst entlassen, weil er nicht die Gewähr bot, jederzeit für den nationalsozialistischen Staat einzutreten.

Sein Sohn, der P., ist heute im öffentlichen Dienst, höhere Laufbahn. Über ihn muß man mindestens dies berichten (der Exkurs braucht Geduld): Daß er irgendwann in den sechziger Jahren von seiner vorgesetzten Behörde ein Schriftstück erhielt, welches ihn für 25 Jahre treuen Staatsdienst belobigte und diese Belobigung mit einer Geldprämie verband. Herr P. aber gab Schriftstück und Geldbetrag der vorgesetzten Behörde zurück, weil die vorgesetzte Behörde übersehen hatte, (laß Herrn P. keinesfalls 25 Jahre treuer Staatsdienst gutgeschrieben werden konnten, denn in dem Jahr, in dem die vorgesetzte Behörde Herrn P.s treuen Staatsdienst beginnen ließ, hatte Herr P. in einem deutschen Konzentrationslager sich aufgehalten - dahineingebracht von einem Staat, dein Herr P. nach der Altersberechnung seiner vorgesetzten Behörde eigentlich damals schon treu hätte dienen können oder müssen.

Der Irrtum war der vorgesetzten Behörde peinlich, aber sie hatte es nicht bös gemeint und nichts weiter getan, als das Übliche zugrunde gelegt, nämlich den üblichen nahtlosen Übergang von einem Staatsdienst in den anderen; und Herr P., der öffentlich Bedienstete, hat mit Interesse registriert, daß, hätte er die 25 treuen Jahre wirklich aufzuweisen gehabt, ihm Lob zuteil geworden wäre und keinerlei Zweifel an der Stabilität seiner demokratischen Gesinnungen.

Wann ist denn nun dieser Herr P. in den öffentlichen Dienst gekommen? Nun, das war Anfang der 50er Jahre, nachdem er sein durch Zuchthaus und KZ unterbrochenes Studium wieder aufgenommen und abgeschlossen hatte - das war zu einer Zeit, da man sich jener Radikalität, deren sich Herr P. in den dreißiger Jahren befleißigt hatte, noch rühmen durfte, da wurde die neugewonnene freiheitlich-demokratische Grundordnung noch so ausgelegt, daß Herr P. in ihre Landschaft paßte -wie auch Willy Brandt, mit dem nämlich Herr P. Anfang der 30er Jahre die Partei gemeinsam hatte - eine solche, die, wie der Historiker Strauß weiß, links war von der SPD.

Vergangenheit ist, je nachdem, erlaubt oder nicht. Die Gespräche am Tee-Tisch aber würden, wenn Willy Brandt mit dransäße, ebenso kompliziert wie spannend: Da wird ja doch in der Familie des Herrn P. wegen des Besuchs einer kommunistischen Wahlveranstaltung wieder gezittert - und zwar gezittert auf der Basis eines Beschlusses, den P.s ehemaliger Parteigenosse unterschrieben hat gegen sogenannte Radikale, zu denen er doch, wie er aus der „Welt am Sonntag" inzwischen weiß, selber gehört.

Herr P., wenn er heute in den Staatsdienst übernommen werden sollte - da wüßte er nicht, wie das für ihn ausginge, da sähe er seine freiheitlichen Gesinnungen überprüft unter der Federführung eines Innenministers, dem die Spruchkammer bescheinigt hat, er sei als NSDAP-Mitglied nur Mitläufer gewesen - dieser Innenminister überprüft also nun die Nichte des Herrn P. auf der Basis eines Beschlusses, den der „seiner Vergangenheit" nach Radikale Brandt unterzeichnet hat, Seite an Seite mit Goppel zum Beispiel, einem großen Mann in einer Partei, deren Generalsekretär Brandts Fehlen an der von den Nazis ausgerichteten Front öffentlich moniert, unterzeichnet hat Seite an Seite mit dem späten Kriegsrichter Filbinger, als der schon im Begriff stand, die innere Ordnung an den spruchkammergeprüften NS-Mitläufer Karl Schieß zu delegieren.

Das wäre also spannend, wenn der öffentlich Bedienstete P. mit Willy Brandt, dem wieder zum Radikalen Avancierten, am Tee-Tisch zu plaudern versuchte über diese schwierigen und labyrinthischen Hohlwege, aus denen der Brandt am Ende wieder hervortaucht, um von denen, welchen er als solidarischer Demokrat beim Unterschreiben eines vermeintlich gemeinsamen Verfassungsverständnisses geholfen hat, als radikales Sicherheitsrisiko in Empfang genommen und ausgestellt zu werden.

Vergangenheit ist wieder erlaubt, und zwar wie? Wer das sagt, wie sie erlaubt ist, der riskiert einen Ordnungsruf, auch von einer sozialdemokratischen Bundestagspräsidentin. Vergangenheit ist erlaubt insofern, als ein Tandler auf Straußens Front-Einsatz und Brandts Norwegen einschlägig wertend verweisen darf. Vergangenheit ist nicht erlaubt, insofern es der gute Ton der Bundesrepublik Deutschland verbietet, zeitgenössische politische Positionen und Wertungen zu vergleichen mit solchen, die für Straußens Front sowohl als für Brandts Norwegen ursächlich waren.

Konkret 09/75, S. 18

Winfried Thomsen

Radikalauer

Wie viele Filbinger sind eigentlich ein Archipel?

Gedanken machte sich Bürgermeister Klose, vom Kopf aus gingen sie direkt ihm in die Hose.

Ministerpräsidenten-Ablaß zur Behebung der Finanznot: Sobald das Geld im Kasten klingt, die Seele aus dem Prüfverfahren in den öffentlichen Dienst reinspringt.

Vor meinem Vaterhaus stand eine Linde, an beider Stelle steht jetzt eine Bank.

Idi ist aber nicht Amin der Cherusker.

Ein Mann, der eine Scheibe zerbrach bei einer Protestaktion, mit der die Eröffnung des Prozesses gegen einen NS-Mörder gefordert wurde, vor dem sich die Justiz seit 30 Jahren gedrückt hatte, wurde dem Schnellrichter vorgeführt.

An der Abwaschbar bestellt die Hausfrau einen doppelten Ariel.

Verwirrt erkannte der, „Bild"-Leser, daß in Portugal die Sozialisten die Demokratie verteidigen, die sie in der Bundesrepublik abschaffen wollen.

Franz Josef ist der Donnerbalken im Auge der Union.

Arbeitslosengeld macht frei.

Im Mittelpunkt des CDU-Programms steht der Mensch. Aber welcher?

-

Konkret 09/75, S. 19

Till-Matthias Jürgens

Vermieter - Terror

Ein Hamburger CDU-Mitglied hat ein neues Verfahren entwickelt, Mieten zu treiben:

Altbauviertel Eimsbüttel in Hamburg. Rombergstraße 3. Zweiter Stock rechts. Die Wohnung der griechischen Familie Chatziioannou wird modernisiert. Die Wände sind aufgebrochen, elektrische Leitungen hängen ungesichert unter Tapetenfetzen hervor, Möbel sind übereinandergetürmt und mit Planen bedeckt, auf dem Boden Schutt und Schmutz, staubige Luft, Licht nur im Schlafzimmer, in der Küche ein Haufen Ziegelsteine, Mörtel, Betoneimer und Leitern.

„So sieht es hier schon zwei Monate aus", sagt Evangelos Chatziioannou in gutem Deutsch und deutet auf das ehemalige Badezimmer, in dem jetzt WC und Waschbecken fehlen. „Seit sieben Wochen können wir die Toilette nicht benutzen. Als wir den Hauseigentümer darauf angesprochen haben, hat er uns beschimpft: ‚Ihr sollt nicht scheißen in Deutschland, sondern arbeiten."` Seine schwangere und kranke Frau berichtet: „Drei Wochen war bei uns das Wasser gesperrt. Herr Hayer hat uns geraten, wir sollten uns doch mit unserem eigenen Urin waschen."

Jener Ernst-Martin Hayer, der seine Mieter schikaniert und beleidigt, ist Kaufmann, Häusermakler und - nach eigener Angabe - „stolzes CDU-Mitglied, das in Hamburg mit die höchsten Beiträge zahlt".

Im Februar 75 kaufte Hayer zwei Altbauten in der Rombergstraße für rund eine Million Mark. Bewohner der beiden Häuser: fünf deutsche Familien, elf griechische Familien und vier alleinstehende alte Leute.

Außenseiter und Ausgestoßene also, hilflose und unerfahrene Mieter, die für jeden cleveren Hauseigentümer beliebter Ball auf dem Spielfeld Wohnungsmarkt sind. Innerhalb von zwei Monaten erhöhte Hayer die Miete der mietpreisgebundenen Altbauwohnungen von 135 auf 225 Mark. Das war aber nur der Anfang. Der große Coup kam im April.

Am 18. 4. schrieb Hayer an die Mieter: „Wie ich bereits mehrfach kundgetan habe, beabsichtige ich das vorgenannte Grundstück gründlich zu modernisieren . . . Die Arbeiten sollen laut Terminplan bis ca. Ende Mai/Anfang Juni fertiggestellt werden."

Ein Mieter: „Herr Hayer hat uns nicht über die Umbauarbeiten informiert. Daß die Arbeiten innerhalb von wenigen Tagen beginnen sollten, war für uns eine Riesenüberraschung. Außerdem haben wir natürlich sofort an erneute Mieterhöhungen gedacht. Aber nicht nur das. Obwohl die angesetzten Termine um mehr als zwei Monate überschritten sind, sehen die Wohnungen heute immer noch wie Baustellen aus."

Die Modernisierungsarbeiten werden zum Teil jetzt noch - fünf Monate nach Umbaubeginn - im Schneckentempo durchgeführt. Ein Handwerker: „Wir dürfen in den Wohnungen der griechischen Mieter nichtschneller arbeiten. Herr Hayer hat uns für diesen Fall eine Kündigung angedroht."

Einige griechische Mieter wandten sich in ihrer Verzweiflung an die Behörde und an die Kirche. Niemand half. Sie mußten die Miete weiterzahlen, obwohl die Wohnungen unbewohnbar waren. Mieter Cireltsios: „Seit zwei Monaten wohne ich bei meinem Schwager. Die Wohnung ist 60 Quadratmeter groß, und wir müssen darin mit neun Personen leben. Die Miete für meine leerstehende Wohnung muß ich trotzdem weiterzahlen. Herr Hayer hat mir gedroht, er würde mich sonst rausschmeißen."

Der Nachbar Evangelos Chatziioannou: „Wir haben schließlich eine Mieter-Initiative in Eimsbüttel aufgesucht, die uns unterstützt hat."

Wieder drohte Hayer mit Kündigung, jetzt sogar mit vorzeitiger Mieterhöhung für den Fall, daß sich die Bewohner nicht sofort von der Mieter-Initiative distanzierten. Die deutschen Mieter, die ohnehin nur an einer einzigen Versammlung teilgenommen hatten, spurten sofort. Und sie wurden von Hayer belohnt: „Ich bezahle allen Deutschen in den Häusern aus eigener Tasche Einbauküchen, weil sie nicht wie diese kommunistischen Säcke Terror auf mich ausgeübt haben. Dieses kleine Geschenk ist mein Privatvergnügen."

Ein Elektriker-Lehrling: „Der Hauseigentümer hat uns Anweisungen gegeben, die elektrischen Leitungen nur bei den Deutschen unter Putz zu legen, nicht bei den Griechen. Das soll erst gemacht werden, wenn die Ausländer draußen sind. Während den Deutschen bis zu sieben Steckdosen in der Küche installiert werden, kriegen die Griechen nur eine einzige."

Hayer steht dazu: „Die griechischen Mieter wollen ja nicht belästigt werden. Leitungen unter Putz legen, macht viel Dreck." Das allerdings wäre eine Kleinigkeit im Vergleich zu den übrigen Umbauarbeiten gewesen, die Hayer in seinem Brief vorn 18. 4. kurzfristig angekündigt hat: „Einbau neuer Fenster/Balkontüren mit Isolierglas, Einbau von Bädern/WC mit farbigen Fliesen, Einbau von neuen Türen, Einbau einer Gas-Zentralheizung, Einbau einer Klingel-Türsprechanlage, Einbau einer neuen Elektroinstallation, Einbau neuer Balkongitter an der Fassade, Plattierung der Balkone mit frostsicheren Fliesen, Einbau von Holzdecken in den Fluren . . ." Die Liste der Arbeiten ist noch zweimal so lang.

Mit 40 000 Mark - so die Schätzung eines Sachverständigen - will Hayer aus jeder Altbauwohnung eine moderne Komfortwohnung machen, um die Mieten dann drastisch anzuheben. Das ermöglicht ihm das neue Mietrecht, das seit 1. Januar in Kraft ist. Renate Eckholdt, Rechtsanwältin und Expertin für Mietrechtsfragen: „Das neue Mietrecht erlaubt den Vermietern, Altbauwohnungen in unbegrenzter Höhe zu modernisieren und die investierten Kosten mit 14 Prozent im Jahr auf die Mieten umzulegen. Damit will der Staat die Investitionsfreude der Vermieter anregen und gleichzeitig alten Wohnraum wieder bewohnbar machen. Das Ganze wird aber auf dem Rücken der Mieter ausgetragen, denn das Gesetz wird von den Hauseigentümern so interpretiert: 1. Der Vermieter muß die Mieter nicht unbedingt vorher über die geplanten Umbauarbeiten und die voraussichtliche Mieterhöhung informieren. z. Der Mieter muß die Umbauarbeiten dulden und muß in jedem Fall 14 Prozent der Modernisierungskosten als Mieterhöhung im Jahr- zahlen."

Jeannette Kracher, Mieter-Initiative Eimsbüttel: „Der Fall Rombergstraße, wird sicher kein Einzelfall bleiben. Die Miete, wird wahrscheinlich von 220 Mark auf 570 Mark steigen. Wer das nicht zahlen kann, fliegt raus.°`

Und genau das ist Hayers Plan, denn wenn er neu vermietet und neue Verträge macht, ist er nicht mehr an die 14-Prozent-Umlageklausel gebunden und kann noch höhere freie Mieten verlangen.

Renate Eckholdt: „Meine Erfahrungen sind, daß geschickte Hauseigentümer ausländische Mieter als Instrument einsetzen. In guten Wohngegenden werden die Wohnungen massiert an Ausländer vermietet. Erfolg: Die Deutschen fühlen sich gestört und ziehen aus. Die Ausländer haben Sprachschwierigkeiten, sind ängstlich und hilflos und können mühelos gekündigt werden. Dann kann der Vermieter die Verträge ändern und Mieterhöhungen verlangen."

Hayer hat die Modernisierung mit Eigenkapital durchgeführt. Aus gutem Grund. Es gibt zwar ein Hamburgisches „Programm zur Wohnungsmodernisierung", das jedem Hausbesitzer die Möglichkeit gibt, bei Umbauarbeiten öffentliche Mittel in Anspruch zu nehmen. Aber er verpflichtet sich damit, unter der Anfangsmiete des sozialen Wohnungsbaues (5,50 Mark pro Quadratmeter) zu bleiben. Außerdem ist er an ein Investitions-Limit gebunden. Bei einer 75-qm-Wohnung ca. 20 000 Mark, die er nur unter Abrechnung der öffentlichen Zinszuschüsse zu 14 Prozent auf die Miete umlegen darf.

Ein Rechenbeispiel: 20(1(10 Mark Modernisierungskosten aus öffentlichen Mitteln bedeuten für den Mieter eine Mieterhöhung von 133 Mark im Monat, aus Eigenkapital des Vermieters von 233 Mark -Differenz also 100 Mark. Hayer hat sich aber anscheinend nicht mit 20 000 Mark und der entsprechenden Mieterhöhung zufriedengegeben, er hat annähernd das Doppelte investiert. Vom Modernisierungsprogramm des Senats hält er entsprechend wenig: „Das ist eine kalte Sozialisierung, kein Vorteil für den Bauherrn, sondern die absolute Knebelung. Wer öffentliche Gelder in Anspruch nimmt, ist ein ausgemachter Ochse."

Der Mieter Cireltsios: „Ich verdiene 1500 Mark. Mehr als 350 Mark Miete kann ich nicht bezahlen, wenn Herr Hayer mehr verlangt, muß ich ausziehen." Müssen die Mieter denn nun auf jeden Fall zahlen? Renate Fckholdt: „Meiner Ansicht nach ist die Umlage nur dann möglich, wenn der Mieter der Mieterhöhung zugestimmt hat. Dafür gibt es Gründe in der Fachliteratur und im Vertragsrecht. Die einseitige Änderung von Verträgen läßt das Gesetz nicht zu, folglich darf auch die Miethöhe in einem Mietvertrag nur dann geändert werden, wenn Vermieter und Mieter zustimmen."

Die Modernisierungsarbeiten in seiner Wohnung muß der Mieter akzeptieren. Renate Eckholdt: „Der Vermieter hat aber eine mietvertragliche Nebenpflicht, die Beeinträchtigungen, die sich aus der Modernisierung ergeben, so gering wie möglich zu halten. Im Fall Rombergstraße hat Ernst-Martin Hayer ganz kraß dagegen verstoßen. Er hätte Möglichkeiten gehabt, in diesem Umfang zu modernisieren, ohne die Mieter derart zu belästigen. So wird's natürlich billiger für ihn, und es kommt sicher auch eine große Portion Ausländerhaß dazu.“

Hayer zu den Griechen: „Ich werde euch schon zeigen, was für Rechte ihr hier in Deutschland habt."

Griechische Mieter erzählen: „Vier Wochen konnte ich meine Küche nicht benutzen und mußte immer für teures Geld essen gehen." - „Ich hatte meine Kühltruhe für 100 Mark mit frischem Fleisch gefüllt. Die Handwerker haben einfach die Leitung durchgeschnitten, und das Fleisch ist verfault." -- „Die Handwerker kommen morgens um sieben Uhr ohne anzuklopfen in die Wohnung. Sie haben sogar die Tür zum Schlafzimmer geöffnet, wo sich meine Frau gerade ausgezogen hat." - „Seit acht Wochen muß ich jeden Tag nach der Arbeit zwei Stunden den Dreck wegmachen, den die Handwerker hinterlassen haben." - „Bei uns sollte heute tapeziert werden. Hayer hat den Malern Anweisungen gegeben, uns bis zuletzt warten zu lassen, weil wir Terror gegen ihn ausgeübt hätten." - „Unsere Toilette war mit Ziegelsteinen verstopft. Es gab einen Wasserrohrbruch, und die ganze Wohnung wurde überschwemmt. Mein Mann hat die Toilette repariert, aber Herr

Hayer hat sich geweigert, ihm seinen Arbeitsausfall zu zahlen. Er- hat nur gegrinst."

Auf Einladung eines Fernsehteams besuchte der Hamburger Bausenator Dr. Ralf Bialas (FDP) die Häuser in der Rombergstraße. Zu den Griechen sagte er: „Hier kann man wirklich nicht wohnen. Hier sollten andere Wohnungen unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Ich bin kein Jurist, aber ich glaube, daß kein Mensch von Ihnen fordern kann, in diesem Zustand Miete zu zahlen."

Beim Interview sagte Bialas dann freilich: „Ich habe den Findruck, daß hier Altbauwohnungen in hervorragender Weise instand gesetzt werden. Ich habe Herrn Hayer gesagt, daß ich froh darüber bin, daß auch private Grundbesitzer bereit sind, ihr eigenes Kapital für die Modernisierung von Altbauwohnungen bereitzustellen. Ich bin ganz sicher, daß die Mieten in der Rombergstraße nicht unerträglich ansteigen werden."

Der Ansicht ist auch die Mieterin Frau Grimm, 78 Jahre alt, 600 Mark Einkommen: „Herr Hayer ist ein lieber Mensch. Er hat mir gesagt, er sei kein Halsabschneider. Ich nehme an, daß die Miete höchstens um 100 Mark erhöht wird."

Konkret 09/75, S. 21

Chile nach dem Putsch - 7. Folge

KONKRET dokumentiert auf dieser Seite monatlich die jüngste Entwicklung im und um den Faschisten-Staat. Autoren der Serie sind die Mitglieder der Union antifaschistischer chilenischer Journalisten in der Bundesrepublik:

„Die Volksbewegung wird sich aller ideologischen, politischen, ökonomischen und militärischen Mittel bedienen, den Faschismus zu beseitigen. Voraussetzung für den Sturz des Faschismus ist eine breite Massenbewegung,«

Das sind die Kernsätze einer Vereinbarung, getroffen von den Exil-Führern der Parteien der chilenischen Volksfront (Unidad Popular)auf einer Konferenz Ende Juli in Berlin. Unter dem Titel „Die Unidad Popuhr und die Aufgaben des chilenischen Volkes" werden indem 22seitigen Dokument die Lage Chiles analysiert und die programmatischen Grundlagen für den Sturz der Junta formuliert.

Mit Ausnahme des KP-Chefs Luis Corvalan, der noch von der Junta gefangengehalten wird, nahmen alle UP-Parteiführer an der Versammlung teil. Corvalan wurde von Orlando Millas, Mitglied des Politbüros der KP Chiles, vertreten.

Das Dokument beginnt mit einer Schilderung des Elends, der Unterdrückung und der zunehmenden Korruption, die das faschistische Regime international und national isoliert haben. In Chile hat die Junta nur noch die Großbourgeoisie hinter sich, während die Mittelschicht sich immer stärker abwendet.

Die Parteiführer stellen fest, daß nicht zuletzt Fehler in der Führung der Unidad Popular zum faschistischen Putsch geführt haben. Dennoch bleibt der von der Unidad Popuhr eingeschlagene Wegrichtig. Kampf gegen den Imperialismus, die Monopole, die Großgrundbesitzer und Aufbau des Sozialismus sind die unveränderten strategischen Ziele der UP. Sie zu erreichen bedarf es einer demokratischen Allianz, die politisch, sozial und ideologisch breiter angelegt ist, als es die UP bisher war:

„Diese breite Allianz kann nur zustande kommen, wenn wir die Zusammenarbeit unserer Parteien festigen und eine Koalition mit allen Gegnern der Diktatur suchen."

Die neue Organisation soll christliche, marxistische und humanistische Positionen zusammenführen und einen ideologischen Pluralismus auf der Basis von „Aufrichtigkeit, Ehrlichkeit, Gleichberechtigung" garantieren. Auch Militärs, die zunächst auf den vaterländischen Schwindel der Pinochet-Junta hereingefallen sind und sich nun betrogen fühlen, werden aufgefordert, dem

neuen Kampfbündnis beizutreten.

In dem beschlossenen Dokument werden auch zwei Organisationen erwähnt, von denen sich die Unidad Popuhr wegen strategischer und taktischer Differenzen getrennt hatte. Die wichtigere der beiden ist der MIR, dessen Mitglieder von der Junta genauso heftig verfolgt werden wie die Mitglieder der Volksfront-Parteien. Die UP-Führer einigten sich nun darauf, den MIR in die antifaschistische Einheitsfront einzubeziehen. Grundlage der künftigen Zusammenarbeit ist der Verzicht auf Spaltungsversuche und gegenseitiger Respekt.

Über die Christdemokraten heißt es, daß in dieser Partei sich Positionen entwickelt hätten, die einen gemeinsamen Kampf gegen die Diktatur möglich erscheinen ließen.

Wie soll die Junta nun praktisch bekämpft werden? „Das Wichtigste ist die Neustrukturierung und Stärkung aller Widerstandsorganisationen, insbesondere der bäuerlichen und gewerkschaftlichen, die sich in den Jahren des Kampfes gebildet haben." Alle am Widerstand beteiligten Organisationen und Personen sollen sich auf ein revolutionäres Volksprogramm einigen, dessen Hauptpunkte lauten:

- Sturz der Militärregierung durch eine Massenbewegung
- Errichtung einer revolutionären, demokratischen und pluralistischen Volksregierung, Ausrottung des Faschismus, Zerstörung des polizeilichen Unterdrückungsapparats
- Einsatz aller ökonomischen Mittel, um das Land aus dem Bankrott und Chaos zu holen, in das der Faschismus es gestürzt hat
- eine unabhängige Außenpolitik an der Seite aller lateinamerikanischen Länder, die um ihre wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit kämpfen

- Errichtung eines neuen Staatsapparats
- eine tiefgreifende Veränderung der Streitkräfte und der „Carabineros", Umwandlung in bewaffnete Organisationen des Volkes.

Weitere Ziele sind die Achtung der Menschenrechte, die Wiedereinführung der demokratischen Freiheiten und die Hebung des Lebensstandards des Volkes.

Im Schlußteil des Dokuments vereinbaren die UP-Führer eine enge Zusammenarbeit ihrer Parteien auf allen Ebenen - sowohl im Ausland wie in Chile, wo es Pinochet bisher nicht gelungen ist, die illegalen Partei-Organisationen der Unidad Popuhr zu zerschlagen:

„Dieses Dokument bringt die gemeinsamen Gedanken unserer Parteien zum Ausdruck. Wir sind bereit, ihre Anwendung mit Standhaftigkeit, gemeinsam und vereint voranzutreiben. Es wird von den jeweiligen Führern im Innern Chiles - deren Aufträge wir befolgen - abhängen, wie sie verwirklicht werden können. Die Unidad Popuhr bekräftigt noch einmal ihre Siegessicherheit und verpflichtet sich, alle ihre Kräfte dafür einzusetzen."

Das Dokument ist unterzeichnet von:

Sozialistische Partei Carlos Altamirano

Christliche Linke Bosco Parra

Mapu Oscar G. Garreton

Radikale Partei Anselmo Sule

Mapu OC Jaime Gazmuri

Kommunistische Partei Orlando Mitlas"

Konkret 09/75, S. 22

Hermann L. Gremliza

Der große Flachmann aus dem Norden

Prolog: Der Vorsatz, Gerhard Stoltenberg zu porträtieren, gleicht dem Entschluß, bei dichtem Nebel vom Fünf-Meter-Brett zu springen - zu spät merkt man, (laß kein Wasser im Bassin ist. Bei der Heftplanung waren für das Stoltenberg-Porträt vier Seiten vorgesehen. Ich kam viel schneller unten an. H.L.G.

Kein Vorstandsmitglied der CDU erhielt beim Parteitag in Mainz so viele Stimmen wie Gerhard Stoltenberg: 451 von 477.

Die Partei, die ihn wählte, vertritt in der Bundesrepublik die Interessen des großen Geldes. Damit sie das kann, schart sie eine Klientel von Ex- und Import, gehobenem Mittelstand, katholischer Sozialarbeit und unverschuldeter Zwergschule um sich. Zu hundert Prozent einigt sich eine solche Partei auf gar nichts, zu 94,5 Prozent auf so gut wie nichts. Zu 94,5 Prozent auf Gerhard Stoltenberg.

Wer weiß, ob es den Mann überhaupt gibt, von dem es heißt, er sei Ministerpräsident von Schleswig-Holstein? Wer liest und hört, was unter seinem Namen verbreitet wird, mag meinen, daß der Geist von Allensbach hinter dem Schreibtisch der Kieler Staatskanzlei einen 1,88 Meter langen, graublonden Schatten wirft, das zweite Gesicht der Noelle-Neumann.

Fern von Instituten und Befragern, von Noelle und Neumann ist Gerhard Stoltenberg der Demos, der sich selbst kopiert: Zu 45 Prozent dafür, zu 45 Prozent dagegen, zu zehn Prozent keine Meinung.

Was halten Sie von Mitbestimmung?

„Mehr Mitbestimmung muß mit einer Erweiterung der Arbeitnehmer-Rechte beginnen. Außerdem muß die Handlungsfähigkeit des Unternehmens im internationalen Wettbewerb gewährleistet bleiben."

Was halten Sie von den Gewerkschaften?

„Sie müssen sich selbst als eine wichtige Institution verstehen, die wie alle Verbände Minderheiten vertritt."

Was halten Sie von einer vierten Partei?

„Man kann Parteien nicht am Reißbrett entwerfen. Sie müssen Ausdruck einer starken Volksbewegung sein, die in diesem Bereich nicht erkennbar ist."

Was halten Sie von der Pressefreiheit?

„Unter den vielen tausend Journalisten und vielen hundert Zeitungen gibt es gelegentlich Mißbrauchsfälle. Insgesamt haben wir eine pluralistische und überwiegend qualifizierte Presse."

Was halten Sie von Journalisten, die für Geheimdienste arbeiten?

.Ich möchte nicht bedingungslos ausschließen, daß auch Journalisten unter gewissen Voraussetzungen Mitarbeiter von Sicherheitsdiensten sein können."

Was halten Sie vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk?

„Die Antwort ist durch das Bundesverfassungsgericht gegeben. Die Rundfunkanstalten müssen sich allerdings einer noch wirksameren demokratischen Kontrolle unterwerfen."

Was halten Sie von der Steuerreform?

„Das Steuergesetz ist ein Kompromiß, also nach unserer Auffassung nicht vollkommen."

Was halten Sie vom neuen Mietrecht?

„Die CDU/CSU hat trotz starker Bedenken für dieses Gesetz gestimmt. Aber eine von der Union geführte Regierung würde das Gesetz ändern."

Was halten Sie vom Auto?

„Für viele Menschen ist das Auto ein Stück Freiheit, für andere ein Faktor der Belästigung."

Haben Sie Ideale?

„Ja, im Prinzip schon, obwohl der Begriff Ideal bei inir nicht mit Euphorie oder Gefühlsüberschwang in Verbindung gebracht werden soll."

Haste Töne? Hat er. Gerhard Stoltenberg trägt die „geistige Auseinandersetzung" durch „geistige Verwurzelung" im „geistigen Rahmen" mit „geistiger Kraft" zu „geistigen Positionen", wo die „produktive Gestaltung" der „elementaren Erfahrungen" zu „bleibenden Normen" durch „positive Entfaltung" der „komplexen Gegebenheiten" und „besonderen Bindungen" zur „bleibenden Aufgabe" wird. (Alles auf dreihundert Druckzeilen.)

Das ist nicht Vilshofen, nicht Sonthofen und nicht Passau. Statt Bier Brause, statt Dialekt Hochsprache, statt Gebrüll Getön, statt „rote Ratten" bloß „Ideologisierung seit 1969". Aber sonst: gegen paritätische Mitbestimmung, gegen die Gewerkschaften, für Springer, für journalistische BND-Spitzel, für einen CDU-kontrollierten Rundfunk, gegen mehr Steuergerechtigkeit, gegen Mieterschutz, für die Macht der Autokonzerne. Wie weit liegt Kiel von Sonthofen? Nicht weiter als von Allensbach.

Lassen Sie sich gern als Nationalist bezeichnen? „Nein. Ich bin auch keiner." Warum nicht? „Die Bundesrepublik ist der Kernstaat der Deutschen. Das gilt trotz der formalen Anerkennung der deutschen Teilung durch die Welt als Folge der Brandtschen Ostpolitik auch weiterhin."

Wer „Scheiße" oder „Schleimer" sagt, gilt als Demagoge. Wer „geistig, geistig, geistig" sagt, gilt als Humanist. Wer „komplex", „elementar" und „bleibend" sagt, muß ein Denker sein. Wer immer von „Vertrauen" spricht, darf als vertrauenswürdig gelten.

In einem Propaganda-Heftchen „Gefragt: Gerhard Stoltenberg" spricht er auf wenigen Seiten dreizehnmal von „Vertrauen": Das Grundgesetz „gründet auf dem Vertrauen", „es ist nicht leicht zu beschreiben, was das ist: Vertrauen in der Politik", seine Parteikarriere „ist ein Ausdruck des Vertrauens", „die Politik Brandts, Bahrs. Wehners und Ehmkes hat unser Vertrauen zerstört", die Bundesregierung hat „das Vertrauen in Investitionen geschwächt".

Was wäre, wenn Sie Bundeskanzler wären?

„Wir als Union worden nur solche gesellschaftspolitischen Ziele verfolgen, die Vertrauen in der Wirtschaft und in der Bevölkerung schaffen, die Investitionsbereitschaft vergrößern . . ."

Vertrauen ist ein Code-Wort. Die da unten schätzen's noch aus Fibel-Tagen (Vertrauen ehrt), die dort oben können's entschlüsseln: „Wir als Union" werden keine Gesetze machen, die etwas an der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums ändern. Was ist „Vertrauen in Investitionen"? Die sichere Erwartung, daß der Ausbau oder die Modernisierung des Betriebs noch mehr Profit abwirft, und daß dieser frei von Ansprüchen der Gesellschaft und des Gesetzgebers bleibt. Daß die Verfügungsgewalt über den Profit nicht durch paritätische Mitbestimmung eingeschränkt oder durch Investitionskontrollen reglementiert wird. Und daß die Märkte für Rüstung und Autos und Wegwerfgüter nicht durch Entspannungspolitik und Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und Umweltschutz dezimiert werden. Und daß die Pharma-Industrie sich weiter an den Kranken gesundstoßen darf. Und daß Polizei und Grenzschutz den Bau von Aluminium- und Kernkraftwerken gegen Bürgerinitiativen abschirmen. Vertrauen bringt Zinsen.

Infrastruktur, Repression, Profitrate, Mobilisierung - das ist Soziologen-Chinesisch, das versteht der „einfache Mann von der Straße" nicht. Geistige Verwurzelung, bleibende Aufgabe und Vertrauen, das ist deutsch, verständlich, sachlich. Gerhard Stoltenberg ist da ganz fibelfest. Ein Demagoge im Schlafrock.

Stoltenberg vertraut darauf, daß ihm diese Masche nicht von der Nadel rutscht. Sonthofen würde ihm nicht passieren, und er plaudert auch nichts im Suff aus, denn er lebt wie ein Allensbach-Mannequin: Er ist kein Trinker und kein Temperenzler - er nippt ab und zu ein bißchen Wein. Er ist kein Raucher und kein Abstinenzler - er konsumiert fünf oder sechs Zigärrchen am Tag. Er hat keine Affären und eine strahlende Ehefrau („mein Schätzchen"), zwei Kinder, im Sommer fährt

er an die Nordsee, im Winter in die Berge, im Urlaub tanzt er auch mal, er geht mal gut essen, fährt ein bißchen Fahrrad. Der goldene Schnitt. Jeder zweite Deutsche hat Karies. Stoltenberg auch.

Dieser Wirtschaftsexperte der CDU ist ein Prämiensparer wie du und ich

Wer mit all dem 49 Jahre alt geworden ist, muß entweder sehr intelligent, sehr dumm oder sehr dumpf sein. Stoltenbergs Biographen attestieren ihm das erste. Er hat eine Doktorarbeit geschrieben, hat sich habilitiert, war schon mit 27 Jahren Dozent an der Kieler Universität. 1957 kam er als Abgeordneter in den Bundestag, 1965 wurde er (für Wissenschaft und Forschung) jüngster Bundesminister, nachdem er zuvor als Direktor einer eigens für ihn geschaffenen Abteilung für Wirtschaftspolitik in der Konzernleitung der Firma Friedrich Krupp vorgestanden hatte.

Das imponiert denen, die nie studieren konnten, besonders aber denen, die nie ein Studium zu Ende brachten (sechzig Prozent der bundesdeutschen Journalisten sind abgebrochene Studenten - Gerhard Stoltenberg hat eine gute Presse).

Einer der Hofschreiber, die vor einem solchen Lebenslauf die Maulsperre kriegen, pries den Stil seines Idols und zitierte zum Beweis einen Satz aus dessen Habilitationsschrift: „Auf beiden Seiten wuchs die Macht elementarer Leidenschaften, sich in einer verhängnisvollen Wechselwirkung gegenseitig steigernd." (Passiert sein soll das im „Deutschen Reichstag 1871 bis 73".) Diese „Schreibe" sei, so hieß es, „kultiviert".

Dem „Spiegel" and seinen Redakteuren Renate Merklein und Klaus Wirtgen gebührt das Verdienst, mit der Saga von Stoltenbergs Intelligenz aufgeräumt zu haben. In einem Interview machten sie aus dem CDU-„Wirtschaftsexperten" einen Prämiensparer wie du und ich.

Erst ließen sie Stoltenberg erklären, daß er - wie die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute - gegen eine Lockerung des Stabilitätsprogramms sei. Dann sagten sie ihm, er habe wenige Tage vor der Erklärung der Forschungsinstitute das Gegenteil verlangt. Stoltenberg: Also er habe keine generelle Lockerung verlangt, sondern nur eine regionale. „Spiegel": „Nein, Sie haben gesagt, die Bundesbank müsse die Kreditbremsen lockern." Nun weiß Stoltenberg gar nichts mehr: Ja, aber die Bundesregierung muß stabilitätsgerechte Etats machen. Der „Spiegel": Aber expansive Haushalte bringen keine Inflation. Stoltenberg bekommt es erklärt, bis er sagt: „Natürlich ist die Geldpolitik nicht inflationsfördernd." (Tags darauf behauptet die Partei, deren Wirtschaftsexperte er ist, wieder das Gegenteil.) Dann wieder Stoltenberg: Die große Leistung der Bundesbank . . . „Spiegel": . . . wurde von Ihrer Partei scharf mißbilligt . . . Stoltenberg: Na ja, die Konkurse sind schon beunruhigend . . . „Spiegel": . . . Stabilität und Marktwirtschaft gibt's nicht ohne Pleiten . . . Stoltenberg: . . . gehört natürlich zur Marktwirtschaft, aber zu harter Druck . . . „Spiegel": Sie fordern aber auch inflationstreibende Steuersenkungen . . . Stoltenberg: . . . Die Zielkonflikte verschärfen sich .

„Spiegel": Und was würden Sie jetzt besser machen als die Regierung? Stoltenberg: Ich glaube, daß die nächste wirksame Chance für einen Neubeginn in der Stabilitätspolitik im Herbst liegt . . .

Also, wenn das Laub fällt, wenn es nachts kälter ist als draußen und die armen Leute ihr Haus reinnehmen.

„Das Jahr 2000 ist uns näher als das Jahr 1933", „mit marxistischen Vokabeln ist die neue soziale Wirklichkeit überhaupt nicht mehr zu fassen", „die Erfordernisse der modernen Welt" - alles, was Gerhard Stoltenberg sagt, klingt so dumpf wie der Stempel „Ablage" auf der Schreibtischunterlage eines Buchhalters.

Fragte man ihn: Sind Sie intelligent? würde er sicher antworten: Ja, aber ich bitte mich nicht mit einem entwurzelten Intellektuellen zu verwechseln. Sind Sie dumm? Nein. Und dann müßten wir eine Einschränkung machen.

Es liegt nahe, Gerhard Stoltenberg für geschickt, für raffiniert zu halten. Für einen Reaktionär, der sich als Mann der Mitte tarnt. Doch das wäre falsch. Der ist offenbar so auf die Welt gekommen. Er ist auch kein bezahlter Agent des Kapitals - trotz seiner Krupp-Zeit. Er macht das gratis und freiwillig. Es ist kein Geheimnis an ihm, er ist wirklich so platt und flach und dumpf, wie er scheint.

Konkret 09/75, S. 24

Jürgen Roth

Chemische Keule

Die SPD-Wochenzeitung „Vorwärtrs“ berichtete, die Frankfurter Polizei habe Kinder mit Giftgas auseinandergetrieben. Hessens Innenminister Bielefeld (FDP) stellte daraufhin Strafantrag gegen das sozialdemokratische Blatt - wegen „Verleumdung der Polizei". Es habe sich „nicht um ein Giftgas gehandelt, sondern um ein Tränengas als zugelassenes Hilfsmittel der körperlichen Gewalt".

Worum geht es? Es geht um das Tränengas Chloracetophenon, das die Polizei insbesondere in Hannover und Frankfurt seit einiger Zeit gegen Demonstranten einsetzt - entweder, in Wasserwerfern oder aus Sprühpistolen, „Chemical Mace" (chemische Keule) genannt.

In der Gebrauchsanweisung der Herstellerfirma Smith & Wesson heißt es:

„1. Der Inhalt kann heftige ernste Verletzungen verursachen.

2. Setze nur kurze 1-Sekunden-Sprühstöße an. Wende das Chemical Mace niemals bei Entfernungen unterhalb von 90 cm an und richte das CM bei Entfernungen unterhalb 150 cm niemals auf die Augen.

3. Unabhängig von den Umständen erfordert der Einsatz unterhalb der angegebenen Grenze, daß der Betroffene zur Notarztstation eines Hospitals verbracht wird, damit der Notarzt die notwendige Behandlung übernimmt."

Die Praxis sieht so aus: Bei kaum einer Personenkontrolle während oder nach einer Demonstration versäumt es die Frankfurter Polizei, dem Kontrollierten eine Ladung aus der chemischen Keule ins Gesicht zu spritzen. Ein Getroffener berichtet: „Beim Verlassen des Reviers stellte sich uns einer der Zivilbeamten auf dem Gang nochmals in den Weg und spritzte uns einzeln aus kürzester Entfernung Tränengas ins Gesicht: ‚Damit ihr auch eine Erinnerung an uns mitnehmt."`

Die medizinische Wissenschaft geht freilich davon aus, daß die Betroffenen etwas anderes als bloße Erinnerungen von solcher Behandlung mit Chloracetophenon (CN) mitnehmen. In Mutschlers „Arzneimittelwirkungen", einem Standardwerk der Pharmakologie, heißt es: „CN gehört zur Gruppe der chemischen Kampfstoffe. Bereits in kleinsten Konzentrationen wirkt es wie Chlorgas. Die Therapie entspricht der einer Chlorvergiftung."

In seinem Lehrbuch„ Klinik und Therapie der Vergiftung" reiht Professor Sven Moeschlin das Chloracetophenon in dem Kapitel „Die wichtigsten chemischen Kampfstoffe" unter der Rubrik „Haut- und schleimhautschädigende Kampfstoffe" ein.

CN wurde 1871 entdeckt. Nach dem I . Weltkrieg wurde es in der Kampfstoffliteratur als „Weißkreuzkampfstoff" geführt. Zur Anwendung brachten es schließlich die US-Invasoren in Vietnam. Mindestens 200 Vietnamesen überlebten die Anwendung nicht.

„CN ruft schon in kleinen Spuren starke Reizerscheinungen vor, so daß die betreffenden Leute handlungsunfähig sind. In stärkeren Konzentrationen wirkt es als Lungenreizgift. Tödliche Fälle sind selten, kommen aber vor" (Moeschlin).

„CN ist ein Hautreizstoff, welcher in hoher Konzentration (geschlossenen Räumen) auch depressorische Wirkungen auf das Atemzentrum ausüben kann . . . Todesfälle durch Lungenödem" (Braun/Dönhardt: Vergiftungsregister).

Dr. E. Hoffmann, ehemaliger Oberarzt an der Augenklinik der Uni Hamburg, schrieb 1965: „Erfahrungen aus der Kriegsaugenheilkunde zeigen, daß die Tränengase . . . in hoher Konzentration bleibende Schädigungen, insbesondere Hornhauttrübungen und Defekte hinterlassen und in direktem Kontakt mit dem Gewebe in flüssiger oder fester Form schwerste Hornhautläsionen und Nekrosen (Absterben von Gewebe) hervorrufen. Gelegentlich kann die Reizwirkung auf die Luftwege zu einem Lungenödem führen."

Das sind die Erkenntnisse der allgemeinen Wissenschaft. Doch Hessens Innenminister Bielefeld hat seine eigene Wissenschaft. Er operiert mit drei Gutachten: Eines der Universität von Michigan, eines des Dr. Gromes aus Bonn-Duisdorf und eines des Bonner Toxikologie-Professors Klimmer. Die drei wurden in eine Dienstanweisung kondensiert: „Dieser CN-Stoff ist . . . ein geeignetes Mittel, dessen Einsatz selbst bei überhöhter Konzentration niemals eine körperliche Dauerschädigung zur Folge hat."

Die Gutachten selbst wurden von der Frankfurter Polizei nicht veröffentlicht. Aus gutem Grund: So teilte etwa Professor Klimmer auf Anfrage mit, daß er sein Gutachten schon vor mehreren Jahren erstellt, jedoch nie die Harmlosigkeit der von der Polizei verwendeten Sprays bestätigt und den Tränengaszusatz in Wasserwerfern überhaupt nicht begutachtet habe. Gerade in der Kombination von CN mit Wasser sehe er erhebliche Risiken.

Im Gutachten der Universität Michigan findet sich der Satz: „Schwere, langwierige und möglicherweise bleibende Augenschädigungen bei direkter Einwirkung von Chemical Mace in flüssiger Form auf die Hornhaut der Augen können eintreten."

Der Gutachter Dr. Gromes schließlich gibt an, welche CN-Konzentration ungefährlich ist. Ein Diplom-Chemiker hat nachgerechnet: „In der Verwendungsvorschrift zum Tränengaswurfkörper TW 53 findet man, daß 2,7 Gramm Chloracetophenon in einem zwei Kubikmeter großen Raum (Zelle, Arrestwagen) innerhalb von 10 Minuten tödlich sein können. Dies entspricht einer Konzentration von 140 Milligramm pro Kubikmeter und stimmt überein mit Angaben der wissenschaftlichen Literatur, die von 85-120 Milligramm pro Kubikmeter ausgehen. Rechnet man dies auf Konzentrationen pro Liter um, so erhält man eine letale (tödliche) Konzentration von 0,085 Milligramm pro Liter. Gutachter Gromes gibt hier eine falsche Zahl, nämlich 0,85 mg/l, die also um den Faktor 10 zu groß ist. Der Herr Polizeigutachter hat sich verrechnet . . ."

Der Darmstädter Anwalt Ulrich Roeder hat gegen Innenminister Bielefeld Strafantrag wegen des Verdachts der Körperverletzung gestellt. Das Verfahren wurde - natürlich- eingestellt. Es darf weiter vergiftet werden.

Konkret 09/75, S. 26

Alice Schwarzer

Kein Zipfel auf dem Gipfel?

Alice Schwarzer, die kämpferischste Feministin der Republik, hat wieder zugeschlagen. Ihr neues Buch „Der kleine Unterschied und seine großen Folgen. Frauen über sich - Beginn einer Befreiung" erscheint in diesen Tagen im S. Fischer Verlag. Es enthält 170 Seiten Protokolle und 170 Seiten Kampfansage. KONKRET bringt die wichtigsten Passagen:

Fast immer, wenn ich in den letzten Jahren versucht habe, mit Männern über Emanzipation zu reden - egal, ob mit Freunden oder Kollegen, ob mit Rechten oder mit Linken -, fast immer landeten diese Gespräche beim „kleinen Unterschied". Das sei ja alles schön und gut mit der Emanzipation, und es läge auch noch manches im argen (so die, die sich für fortschrittlich halten), aber den kleinen Unterschied - den wollten wir doch hoffentlich nicht auch noch abschaffen?

O nein! Nie würden wir uns erkühnen! Selbstverständlich nicht! Bei der **eternelle petite difference** soll es natürlich bleiben . . . oder? Und je progressiver die Kreise sind, in denen er debattiert wird, der Unterschied, um so kleiner wird er - nur die Folgen, die bleiben gleich groß.

Es wird darum Zeit, daß wir uns endlich einmal fragen, worin er eigentlich besteht, dieser gern zitierte kleine Unterschied. Und ob er tatsächlich rechtfertigt daß aus Menschen nicht schlicht Menschen, sondern Männer und Frauen gemacht werden. Lange muß man in dieser potenten Männergesellschaft nach besagtem Unterschied nicht suchen. Tatsächlich ist er nicht sehr groß. Im schlaffen Zustand, so versichern die Experten, acht bis neun Zentimeter, im erigierten sechs bis acht Zentimeter mehr.

Und in diesem Zipfel liegt das Mannstum? Liegt die magische Kraft, Frauen Lust zu machen und die Welt zu beherrschen? Die Zipfelträger zumindest scheinen davon überzeugt zu sein . . .

Ich allerdings meine, er ist nicht mehr als ein Vorwand. Nicht dieser Unterschied, aber seine Folgen mühten restlos abgeschafft werden! Denn Biologie ist nicht Schicksal, sondern wird erst dazu gemacht. Männlichkeit und Weiblichkeit sind nicht Natur, sondern Kultur. Sie sind die in jeder Generation neu erzwungene Identifikation mit Herrschaft und Unterwerfung. Nicht Penis und Uterus machen uns zu Männern und Frauen, sondern Macht und Ohnmacht.

Die Ideologie vom Unterschied und den zwei Hälften, die sich angeblich so gut ergänzen, hat uns verstümmelt und eine Kluft zwischen uns geschaffen, die heute kaum überwindbar scheint. Frauen und Männer fühlen unterschiedlich, denken unterschiedlich, bewegen sich unterschiedlich, arbeiten unterschiedlich, leben unterschiedlich. Wie das auf unsere Stirn gebrannte Stigma der „Weiblichkeit" und „Männlichkeit" uns festlegt und einengt, weiß jede, weiß jeder von sich selbst nur zu gut. Nichts, weder Rasse noch Klasse, bestimmt so sehr ein Menschenleben wie das Geschlecht. Und dabei sind Frauen und Männer Opfer ihrer Rollen - aber Frauen sind noch die Opfer der Opfer.

Angst, Abhängigkeit, Mißtrauen und Ohnmacht der Frauen sind groß. Nicht einzelne versuchen, einer Mehrheit von „zufriedenen" Frauen den Männerhaß einzureden, sondern diese einzelnen gestehen ihn nur ein. Sie wollen nicht länger darüber hinweglügen. Je näher wir hinschauen, um so tiefer wird die Kluft zwischen den Geschlechtern. Nur wer es wagt, diese Kluft auszuloten, wird sie eines fernen Tages vielleicht auch überwinden. Nur wer Existierendes eingesteht, wird es auch verändern können. Langfristig haben dabei beide Geschlechter zu gewinnen, kurzfristig aber haben Frauen vor allem ihre Ketten und Männer ihre Privilegien zu verlieren.

Alle, die von Gleichheit reden, obwohl Ungleichheit die Geschlechterbeziehungen bestimmt, machen sich täglich neu schuldig. Sie sind nicht an einer Veränderung, nicht an der Vermenschlichung von Männern und Frauen interessiert, sondern an der Beibehaltung der herrschenden Zustände, denn die profitieren davon. Die Ausbeutung der Frauen hat sich in den letzten Jahrzehnten nicht gelindert, sondern verschärft. Frauen arbeiten mehr denn je zuvor. Nur die Formen dieser Ausbeutung sind manchmal subtiler, schwerer faßbar geworden. Das, was offiziell unter Emanzipation verstanden wird, bedeutet für Frauen oft nicht mehr, als daß aus Sklavinnen freie Sklavinnen wurden.

Die Lüge von der sexuellen Befreiung

Bei zahlreichen Gesprächen in den letzten Jahren habe ich den Eindruck gewonnen, daß zwei Drittel aller Frauen und mehr akut oder zeitweise „frigide" sind. Besser: frigide gemacht worden sind. Die Schätzungen der Sexualwissenschaft sind trotz Tabuisierung des Themas und sicherlich großer Dunkelziffer nicht weit davon entfernt. Experten vermuten, daß jede dritte oder zweite Frau akut frigide ist und fast alle Frauen massive Schwierigkeiten in der Sexualität haben.

Mit solchen Zahlen vor Augen wird erst richtig klar, wie makaber die Sexwelle für Frauen ist. Für sie hat sich weder an ihrer Abhängigkeit von Männern noch an der Unwissenheit über den weiblichen Körper grundlegend etwas geändert. Für sie hat sich nur eines geändert: Frauen müssen die nicht vorhandene Lust nun auch noch vorspielen. Früher konnten Frauen sich aus Prüderie oder Angst vor unerwünschter Schwangerschaft wenigstens verweigern, wenn sie keine Lust hatten, heute haben sie dank Aufklärung und Pille zur Verfügung zu stehen. Nach ihren Bedürfnissen fragt niemand. Auch sie selbst nicht. Sie verschweigen sie schamhaft, verbergen ihre sexuelle Verstümmelung und Ohnmacht, als hätten sie Angst, damit zu den Aussätzigen einer sexbesessenen Gesellschaft zu werden.

Nur manchmal durchbricht ein Blick, ein Satz, eine Zahl den Terror der öffentlichen Lüge. So veröffentlichte Prof. Bell 1974 in den USA eine Untersuchung bei 2373 Frauen und resümierte: Die Frauen sind so frigide wie zu Zeiten des Kinsey-Reports, also vor 20 Jahren. Nur behaupten sie heute im Unterschied zu früher, in überwältigender Mehrheit", das sexuelle Zusammensein „nicht mehr als Pflicht zu empfinden, sondern Spaß daran zu haben". - Tragische Kapitulation vor dem Zwang dei scheinbaren Normalität. Sie täuschen damit nicht nur die anderen, sondern vor allem sich selbst.

Früher, als Frauen Sexualität überhaupt abgesprochen wurde, hatten wir dennoch eine Identität, wenn auch eine negative. Heute wird uns diese negative Identität genommen, aber dafür keine Möglichkeit gegeben, Sexualität in Freiheit und Bewußtsein zu leben. Die neue Norm ist nicht die unsere, sondern die der Männer, Resultat: wir sind total verunsichert und glauben uns allein mit unseren Problemen. Wir geraten noch mehr in die Abhängigkeit von Männern, die uns nicht mehr immer nur gegen unseren Willen, sondern oft auch mit unserer hilflosen Zustimmung benutzen. Ein paar Beispiele:

Vom Hamburger Institut für Sexualforschung berichten Prof. Schorch und Gunter Schmidt, daß zunehmend Männer ihre Frauen in die Sexualberatung schicken, damit sie „richtig funktionieren": „Immer wieder wind in den letzten Jahren Frauen in die Sprechstunde gekommen mit Erklärungen wie: Mein Mann hat mich aufgefordert, etwas zu unternehmen, damit ich einen Orgasmus bekomme. Er verlangt von mir, daß ich richtig reagiere."

Und auf Vorstadtbällen ist es schon lange üblich, daß Jungen Mädchen vor dem Tanz fragen: „Hast du heute schon geschluckt?" - die Pille nämlich. Hat sie noch nicht geschluckt, wird gar nicht erst mit ihr getanzt - sie ist ja doch nicht zu gebrauchen . . . So erklärt es sich, daß eine 15jährige Schülerin, die noch keine sexuelle Beziehung hatte, vor zwei Jahren einem Journalisten auf die Frage, warum sie die Pille nehme, antwortete: „Damit ich vielleicht auch einmal einen Jungen kennenlerne, mit dem ich ein wenig länger zusammen sein kann." „Wie lange?" „Na, vielleicht ein paar Wochen, das wäre schön."

Das heißt: Frauen erkaufen sich menschliche Nähe, Hautkontakt, Zärtlichkeit und soziale Anerkennung durchs Bett. Eigene sexuelle Bedürfnisse werden gar nicht erst bewußt, sie sind zu unterdrückt und deformiert.

Die Beziehungen zwischen Mann und Frau sind heute so eindeutig Machtbeziehungen (selbst da, wo Männer an ihrer Rolle zweifeln oder zerbrechen), daß auch die weibliche Sexualität nur wieder Ausdruck weiblicher Ohnmacht sein kann. Daran liegt es, daß auch wünschenswerte Freiheiten wie Verhütung oder legaler Schwangerschaftsabbruch Frauen manchmal noch unfreier machen können: sie schlagen als Bumerang auf die Frauen zurück. Darum muß jede Liberalisierung gerade auch in der Sexualität Hand in Hand gehen mit Bewußtseinsprozessen, die es den Frauen möglich machen, dies für sich selbst zu nutzen, anstatt sich zusätzlich nutzen zu lassen.

Was Frauen frigide macht

Vor allem anderen macht Abhängigkeit vom Mann Frauen unfähig, sexuelle Lust zu empfinden. Ein genauso wesentlicher Faktor wie die Abhängigkeit aber sind die herrschenden sexuellen Nonnen, die total an den körperlichen Bedürfnissen von Frauen vorbeigehen.

„Frigide" ist heute eine Frau, die keinen „vaginalen Orgasmus" bekommt, das heißt, einen Orgasmus, der ausschließlich durch das Eindringen eines Penis in die Scheide ausgelöst wird. Das ist die offizielle Definition der Wissenschaft. Gleichzeitig aber weiß diese Wissenschaft seit über einer Generation (seit dem Kinsey-Report), daß es diesen vaginalen Orgasmus gar nicht gibt.

Der mit einer seltenen Konsequenz und Ehrlichkeit erarbeitete und dargestellte Kinsey-Report basiert auf der Befragung von 6000 Frauen und ebenso vielen Männern. Er ist die bisher umfassendste Studie der herrschenden Sexualpraktiken und konstatiert in nüchternen Zahlen und Fakten unter anderem: Es gibt keinen vaginalen Orgasmus, es gibt nur einen klitoralen, das heißt, einen körperlich durch die Klitoris ausgelösten Orgasmus. Die Klitoris ist das weibliche Pendant zum männlichen Penis, ist das erotische Zentrum des weiblichen Körpers.

Der Kinsey-Report, der eigentlich zur Grundschul-Lektüre gehören müßte, wurde in mehreren Ländern verboten, in einigen sogar verbrannt. In allen aber wurde seine Bedeutung durch verfälschte Resümees und Auslassungen manipuliert. Kein Wunder, denn seine Realität ist Dynamit für die heutigen menschlichen Beziehungen, vor allem für die zwischen Mann und Frau.

In den sechziger Jahren bestätigten Masteis und Johnson („Die sexuelle Reaktion") Kinseys Befragungen mit präzisen Messungen und Labor-Beobachtungen. Auch sie kamen zu dem Schluß: es gibt keinen vaginalen Orgasmus. Er ist eine physiologische Absurdität, denn die Vagina hat so viele Nerven wie der Dickdarm, das heißt: fast keine. Ihr Hauptteil kann ohne Betäubung operiert werden. Frauen wissen selbst sehr gut, daß sie z. B. einen Tampon nicht spüren und daß das auch alles andere als erotisierend wirkt. In der Vagina spielt sich nichts ab.

Zur sexuellen Stimulierung muß der klitorale Bereich direkt oder indirekt gereizt werden (einmal abgesehen von dem psychisch bewirkten Orgasmus, der körperlich jedoch auch in der Klitoris ausgelöst wird). Bei der Penetration, dem Eindringen eines Penis in die Scheide, geschieht das in den meisten Fällen nicht: die Klitoris liegt zu sehr vorne, um automatisch berührt zu werden.

Masturbierende Frauen wissen das sehr gut. Sie berühren sich fast immer nur außen, also an der Klitoris, und nie innen in der Scheide und kommen dabei zu 85 % (Giese) zum Orgasmus. Diese Frauen spüren instinktiv, wo ihr Lustzentrum liegt, wagen es aber nicht, ihr eigenes Bedürfnis gegen die von ihnen selbst akzeptierten herrschenden Normen und gegen das Verhalten der Männer durchzusetzen. Doch all dieses Wissen konnte weder den Mythos von der weiblichen Minderwertigkeit noch den vom vaginalen Orgasmus erschüttern. Selbst Masters und Johnson straften, nachdem sie bewiesen hatten, daß es den vaginalen Orgasmus nicht gibt, ihre eigene Erkenntnis Lügen mit den Konsequenzen, die sie zogen. Sie veranstalten heute mit sexualgestörten Paaren regelrechte Koitus-Gymnastiken. Und damit die Frauen dabei nicht total frustriert auf der Strecke bleiben, wird das, was für sie physisch das Wesentliche ist - nämlich Hautkontakt, Zärtlichkeit und klitorale Stimulierung-, im sogenannten Vorspiel untergebracht.

Nur die einstigen Propheten scheinen manchmal Skrupel zu befallen. So die Freudianerin Helene Deutsch, Päpstin der Psychologie von der „Weiblichkeit". Die Psychoanalytikerin war . jahrzehntelang treue Anhängerin von Freuds These vom „unreifen klitoralen Orgasmus" mit dem Übergang zum „reifen vaginalen Orgasmus". Erst nach langer praktischer Erfahrung mit den „frigiden" Frauen, die sie „heilen" wollte, kapitulierte Helene Deutsch vor der Realität der Frauen. Mary Jane Sherfey berichtet über sie:

Helene Deutsch sei zu der Überzeugung gekommen, „die Klitoris ist das eigentliche Geschlechtsorgan und die Scheide dient nur der Fortpflanzung". Sie, die sich ein Leben lang gefragt hatte: Wie kommt es, daß Frauen keinen vaginalen Orgasmus haben?, fragte sich nun: „Warum und wie ist es gekommen, daß es Frauen gibt, die überhaupt einen vaginalen Orgasmus erleben?"

Das heißt: Der Koitus, der bis heute als unentbehrliche und zentrale Praxis in der Heterosexualität gilt, ist zwar unentbehrlich zur natürlichen Zeugung von Kindern, aber durchaus entbehrlich zur Zeugung von Lust. Er könnte eine von vielen möglichen Varianten des Hautkontaktes sein, die man tut, aber auch lassen kann. Körperlich wesentlich für eine lustvolle Sexualität ist für die Frau nicht die Penetration, sondern das Stimulieren ihrer Klitoris - so wie für den Mann das Stimulieren seines Penis. (Und der muß nicht unbedingt in der Vagina stimuliert werden.)

Wie aber konnte es überhaupt zu diesem scheinbar absurden Dogma kommen? Wie konnte es zu der zentralen Bedeutung einer Sexualpraktik kommen, die Frauen frigide macht und für Männer auch nicht zwangsläufig die körperlich befriedigendste Praktik sein muß? (Ich kann mir vorstellen, daß zum Beispiel oral-genitale oder manuelle Zärtlichkeiten auch für Männer ebenso befriedigend sein könnten. Außerdem scheint der Vaginalverkehr in der Menschheitsgeschichte durchaus nicht immer an erster Stelle gestanden zu haben. So beschreibt Ernest Bornemann im „Patriarchat" die

wesentliche Rolle, die im antiken Athen der Analverkehr nicht nur bei homosexuellen, sondern auch bei heterosexuellen Beziehungen spielte - zumindest für die Männer.)

Was spricht für die Penetration? Nichts bei den Frauen, viel bei den Männern! Der die Frau zur Passivität verdammende Koitus ist für Männer die unkomplizierteste und bequemste Sexualpraktik: Sie müssen sich nicht mit der Frau auseinandersetzen, müssen sie weder seelisch noch körperlich stimulieren - Beine spreizen genügt.

Auch ist die psychologische Bedeutung dieses in sich gewaltsamen Aktes des Eindringens für Männer sicherlich nicht zu unterschätzen: Bumsen, wie es im Volksmund so treffend heißt, als höchste Demonstration männlicher Potenz! Außerdem wird für viele Männer Gewalt gleich Lust sein und darum die Penetration vielleicht heute doch auch das lustvollste.

Aber das allein erklärt noch nicht den absoluten Zwang zu sexuellen Normen, die konträr zu den Bedürfnissen der Hälfte der Menschheit (nämlich der weiblichen) stehen und zusätzlich die ungeheure Belastung der Verhütung mit sich bringen. Man stelle sich vor: Das ganze Grauen der ungewollten Schwangerschaften und Abtreibungen, die Nebenwirkungen der Pille und die Entzündungen durch die Pessare- alles wäre mit einem Schlag überflüssig-, wenn Frauen Sexualität ihren natürlichen Bedürfnissen entsprechend leben könnten: die Penetration in der Heterosexualität wäre dann keine Liebespraktik mehr, sondern der Zeugung vorbehalten. Ungewollte Schwangerschaften wären nicht mehr möglich.

loch weder das Elend der Abtreibung noch die weibliche Frigidität konnten das Dogma vom vaginalen Orgasmus erschüttern. Die Gründe müssen gewichtig sein. Meine These:

Nur der Mythos vom vaginalen Orgasmus (und damit von der Bedeutung der Penetration) sichert den Männern das Sexmonopol über Frauen. Und nur das Sexmonopol sichert auch Männern das private Monopol, das das Fundament des öffentlichen Monopols der Männergesellschaft über Frauen ist.

Das heißt: In dieser Gesellschaft, in der Menschen einsam sind, wenn sie keine Liebesbeziehung haben, in der sie sich Gefühl und Zärtlichkeit mit Sex erkaufen müssen, sind Frauen wie Männer auf sexuelle Beziehungen angewiesen. Wenn diese Sexualität nur Letter den Vorzeichen des „Unterschiedes" möglich, also Heterosexualität absolut vorrangig ist, sind Frauen und Männer aufeinander angewiesen. Das Monopol ist also scheinbar umkehrbar. Aber nur scheinbar.

Denn ein Mann ohne Frau ist in unserer Gesellschaft allemal ein Mann, eine Frau ohne Mann aber keine Frau.

Männer finden ihre Existenzberechtigung nicht nur in der privaten Beziehung, sie haben noch andere Bereiche der Bestätigung (Beruf, Öffentlichkeit, Kumpanei mit anderen Männern). Ein Mann zum Beispiel, der im Privatleben scheitert (wobei die Frigidität seiner Frau selbstverständlich nicht für sein Scheitern gehalten wird), es aber im Beruf schafft, ist anerkannt. Eine Frau kann im Beruf noch so tüchtig sein, sie wird immer an ihrem Privatleben gemessen werden. (So ist einer Simone de Beauvoir ein Leben lang die verweigerte Mutterschaft vorgeworfen worden. Wer käme darauf, Sartre nach der verpaßten Vaterschaft zu fragen?)

Eine Frau hat keine Existenzberechtigung als autonomes Wesen, sondern nur in bezog auf den Mann. Ihre Definition ist die eines Geschlechtswesens. Jeder Emanzipationsversuch muß darum früher oder später in einer Sackgasse landen, solange jede Frau einzeln privat dem Mann ausgeliefert ist. Und solange sie keine Alternative hat, kann sie ihre Beziehung nicht freiwillig wählen, sondern ist auf sie angewiesen.

Das ist der entscheidende Punkt: Das Sexmonopol von Männern über Frauen sichert ihnen gleichzeitig das emotionale Monopol (Frauen verlieben sich selbstverständlich nur in Männer), das soziale Monopol (Frauen sind zur sozialen Anerkennung auf die Ehe, mindestens aber auf die Männerbeziehung angewiesen) und das ökonomische Monopol (Frauen akzeptieren „aus Liebe zum Mann" Gratisarbeit im Haus und Zuverdienet-Jobs im Beruf).

Darum kann nur die Erschütterung des männlichen Sexmonopols von Grund auf die Geschlechtsrollen ins Wanken bringen.

-

Konkret 09/75, S. 30

Hermann L. Gremliza

konkret ex-press

Rätsel: Wie heißt der zeitgenössische deutsche (naja) Autor, der seinen **Sommer**-Urlaub auf Kreta verbringt und als Reiselektüre Thukydides' „Peloponnesischen Krieg", Karl Poppers „Offene Gesellschaft und ihre Feinde" sowie auch irgendwas von Nikos Kazantzakis mitnimmt? Der nicht mehr braucht, weil alles andere auf ihn wartet: die Bay von Mallia, die Dörfler, die er in seinem „einfachen Griechisch" anspricht („Sö, ham's net den Thukydides g'sehn?"), das Hinterland, wo „jeder Stein schwanger von Geschichte ist" und jeder Blick auf „fünfzig Jahrhunderte voll Agonie und Erfolg, unerhörtem Glanz und unaussprechlichem Schrecken" fällt. Wo zwölfhundert Jahre vor den Römern die Dorier und zwölfhundert Jahre nach den Dorffern die Römer und zwölfhundert Jahre nach den Römern die Sarazenen, gefolgt von Byzantinern, Venetiern, Türken und weiteren fünfzehn Seiten Baedeker . . . Und wo einem, sogar auf englisch, Überschriften einfallen wie „Schichttorte der Geschichte", „Die Vergangenheit ist gegenwärtig" und „Hoffnungen und Ängste". Zu Druck gebracht ist das alles im amerikanischen Nachrichtenmagazin „Newsweek", das wohl ausprobieren wollte, ob es jemand merkt. Auflösungen bitte senden an „Die Zeit", Chefredaktion, 2 Hamburg 1, Pressehaus, Kennwort „Unser Mann in Kreta". Erster Preis: Die zehn schönsten Wirtinnen-Verse auf Alt-Assyrisch.

„Spiegel"-Leser wissen mehr und manchmal sogar mehr als „Spiegel"-Redakteure. Die brachten jüngst von der KSZE aus Helsinki einen ganzen Diplomatenkoffer voller Zitate mit, eins schöner als das andere: „Wenn wir nicht aufpassen, wird Honecker der neue Ceausescu" hieß eines, oder: „Wenn von drüben nur noch die Sozialdemokratismus-Exporte kommen, die Salamander-Schuhe aber nicht mehr, . . . dann hat sich Erich Honecker endgültig als schlechte Übergangslösung erwiesen", sowie: „Mit den Millionen Besuchern aus Westdeutschland kommt ein Tropfen sozialdemokratischer Ideologie nach dem anderen ins Land" und: „daß man deutschen Kommunismus in der DDR nur machen kann, wenn man der Sowjetunion bedeutet, dies sei in ihrem Interesse", aber auch: „Natürlich hat er, das können wir doch belegen" und schließlich: „Die SED hat zwar psychologisch die Nation geteilt, sich aber gleichzeitig die Option offengehalten, die Bundesrepublik eines Tages als den unterentwickelten Teil Deutschlands darzustellen." Wer sagt's denn? Ja, wer? Der Reihe nach: „Ein Sowjetmensch", „ein ZK-Mitarbeiter", „ein Funktionär", „ein westdeutscher Bekannter (Honeckers) aus der Frühzeit", „ein Ostberliner Journalist" und „ein Bonner DDR-Experte". Name: Nixverstehn, Adresse: unbekannt verzogen. Macht nichts: „Spiegel"-Leser wissen nicht nur, sie glauben auch mehr.

„KulturPlatz" ist eine fortschrittliche „Vereinigung Bremer Autoren und Künstler", die die „1. Bremer Hörspieltage" veranstaltet. Ein schöner Zug. Nur die Einladung, die ist entgleist: „Da es keine Veranstaltung dieser Art in der BRD gibt, halten wir es für notwendig, daß so eine Tagung ins Leben gerufen wird." Auch ein Grund! Mit dem Ins-Leben-Rufen der Tagung werden die Veranstalter eh Schwierigkeiten haben, weil sie „im Augenblick nicht übersehen können, welches Spektrum an Hörspielen hier eingeht". Offenbar eine katholische Entbindung: Tagung ins Leben gerufen, Spektrum eingegangen. Nur die Väter sind wohlauf und schreiben deutsche Hörspiele.

„Der Zeitungsjunge darf nicht sterben" ist kein Hilferuf an die Ärzte eines Kreiskrankenhauses, einem vom Rad gefallenen und von einem Transporter überrollten Zeitungsjungen das Leben zu retten, sondern der Titel einer Pressekampagne der deutschen Zeitungsverleger mit dem Ziel, die billige Arbeitskraft Minderjähriger frei von gesetzlichem Schutz zu erhalten: „Denn was wäre die Zeitung ohne denjenigen, der sie zum Leser bringt?" Gute Frage, die gelegentlich wieder aufgegriffen werden sollte: Was wäre die Zeitung ohne diejenigen, die sie drucken, setzen, umbrechen und die die Manuskripte tippen? Was wäre dann z. B. die **„Welt",** die auch so gefragt hat? Ein Furz im Hirn des Herbert Kremp, also kein Problem des Jugendarbeits-, sondern des Emissionsschutzes.

Oder der Deutschen Revlon GmbH, die „aus Anlaß des gemeinsamen sowjetisch-amerikanischen Weltraumunternehmens in Zusammenarbeit mit der Moskauer Parfümeriemanufaktur Nowaja Sarja (neue Morgenröte) . . . einen auserlesenen Duftstoff aus konzentriertem Eau de Cologne mit Ingredienzien von Lavendel, Zitrus, Sandelholz und Moschusrose" gebraut hat. Das liest man in der PR-Zeitschrift der sowjetischen Botschaft **„Sowjetunion heute".** Frage: Wann kriegt Helena Rubinstein den Lenin-Orden'? Und wann gibt's, in Zusammenarbeit mit Hoffmann-La Roche, das kommunistische Manifest als Beruhigungs-Zäpfchen?

Einer der penetrantesten Berufssöhne ist dieser **Golo Mann,** der, wo alle Pappi feiern, in der „Bild"-Zeitung ein weiteres Mann-Jahr ankündigt: 1985. Dann nämlich wird, sagt man, sagt Mann, ganz Europa marxistisch sein (ein Zustand, der nach der bekannten Auffassung der „Bild"-Zeitung bereits eintritt, wenn Jochen Vogel die absolute Mehrheit hat). „Deshalb", ein Mann, noch ein Mann, ein Wort gibt das andere, „heißt es aufgepaßt, die Augen offen und das Pulver trocken halten." In den Buddenbrooks beschrieb Thomas Mann, selbst auch nicht gerade der Erfinder des Augen- oder sonstiger Pulver, den Vorfall seiner Familie. Der hält an. Zu Recht heißt es in der Fortsetzung zu „Joseph und seine Brüder": Mann, er riecht schon.

Der nordrhein-westfälische FDP-Vorsitzende **Horst Ludwig** (wenn ich so hieße, würde ich zumindest den Ludwig in L. abkürzen) **Riemer** bekommt „Briefe vieler Unternehmer, die es satt sind, sich ständig . . ." und so fort. Da fehlt ein Druckfehler: Es handelt sich um viele Unternehmer, die satt sind.

Es gibt in dieser Gegend aber auch Selbstkritik, so wenn der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Banken, **Dr. F. Wilhelm Christians,** ein Steigen der Arbeitslosenzahlen voraussieht, weil in den Unternehmen eine „Ausleseaktion" und ein „Durchforstungsprozeß" im Gange ist. (Nur ruhig bleiben, der Präsident denkt gar nicht daran, bei diesen Worten an Himmlers Selektionsrampen zu denken; solche Kerle reden so unter jedem Regime, das sie reden läßt.) Christians wirft aber den Unternehmern vor, daß sie „im Abschwung oft zu lange Personal mitgezogen" haben. Was er meint? Daß auch bei schlimmstem Konjunktureinbruch weder Herr Flick auf seinen Chauffeur, noch Herr Henkel auf seine Köchin, Herr Wolff auf seinen Gärtner und Frau Sohl jun. auf ihr Kindermädchen verzichtet haben, wird sie alle - also uns - noch teurer zu stehen kommen. Christians ist ein Mahner, einer der wenigen - Christian Monitor sozusagen. Aber solange das Personal ihn mitzieht . . .

Karl Kraus liebte die Druckfehler. Schade, daß er den nicht erlebt hat: „Wenn heute ein Arbeiter eingestellt wird, muß der Unternehmer als Kosten Hohn und Sozialversicherung . . . in seine Kostenrechnung einsetzen." Der Autor dieses wahrsten Satzes, der je in der „Welt" zu lesen war, ist anonym. Bekannt ist nur der Verfasser der dürftigen Vorlage. Er heißt **Paul C. Martin,** und der Name sei nur genannt, damit Neugierde nicht daran hindert, ihn schnell wieder zu vergessen.

Im Jahre 77 nach Marx haben die Wirtschaftswissenschaftler **Dennis Lees** und **Brian Chiplin** von der Universität Nottingham ermittelt, daß „die Gewinne einer erfolgreichen kriminellen Aktivität etwa die gleichen wie jene sind, die aus legalem Handel stammen". Die Herren Ökonomen berichten das in einem Ton, den Scott nach der Entdeckung des Nordpols angeschlagen haben könnte. Vielleicht „entdeckt" einer gelegentlich noch die Sache mit dem Mehrwert. Sie kommen spät, diese Nationalökonomen, aber es ist ein Trost: Sie kommen.

Die **„Frankfurter Allgemeine Zeitung"** berichtet**:** „Die afrikanischen Journalisten hätten um die Freiheit der Presse gekämpft, den Kampf aber verloren. In mehreren Staaten werde gegen mißliebige Journalisten mit Gewalt vorgegangen. Viele Journalisten seien in andere Berufe ausgewichen oder nach anderen Kontinenten ausgewandert. Das hat . . . der Afrika-Direktor des Internationalen Presse-Instituts, Frank Barton, auf der Jahrestagung des Instituts in Zürich erklärt. Wörtlich sagte Barton: ‚Es ist eine unangenehme Erscheinung- und das ist etwas, das jedem sich selbst achtenden Afrikaner, der das erkennt, die Kehle zuschnürt -, daß es in Südafrika mehr Pressefreiheit gibt als im übrigen Afrika zusammengenommen."` Südafrika, das manchem sich selbst achtenden Afrikaner die Kehle zugeschnürt hat, trieb jetzt die Pressefreiheit so weit, den ZDF-Korrespondenten Günther Peus wegen Kritik an der Apartheid-Politik auszuweisen, nachdem westdeutsche Politiker und Wirtschaftsfachleute - wie die **„Welt"** berichtete -die südafrikanische Regierung über Peusens kritische Filme informiert hatten. Der **„Bayernkurier"** weiß es, kein Wunder, noch genauer: „Es zog ihn in das friedliche Südafrika. Dort suchte er beharrlich nach Schattenseiten. Der Vorbereitung einer zielbewußt aufbereiteten Polemik wollte Informationschef Dr. Eshel Rhoodie nicht zusehen. Erwies den fatalen Gast aus, höflich und korrekt." Und, was Herr Barton, der „Bayernkurier" und die „Welt" sicher nicht erwartet haben, ganz ohne zugeschnürte Kehle. Das ist Pressefreiheit. Nach Institutsherren-Art.

Immer wenn's um Geld geht, meldet sich VW-Aktionär **Bodo Grosch,** im Nebenberuf Chefredakteur der SPD-eigenen „Hamburger Morgenpost", zu Wort: „Es geht auch um unser Geld", schrieb er über seinen Kommentar zu Helmut Schmidts Gesprächen mit Honecker. „Da der Osten sich solches menschliche Entgegenkommen bisher meist bezahlen ließ, bedeutet das für Helmut Schmidt zähes Handeln. Mit der DDR - die große wirtschaftliche Schwierigkeiten hat . . ." Da ist man nun Chefredakteur der letzten SPD-Boulevard-Zeitung, im Land regiert die SPD auf anderthalb Millionen Arbeitslosen und sechseinhalb Prozent Inflation 'rum, und da rät man seinem Kanzler zu zähem Handeln, weil *die andern* . . . Groschs Sorgen möcht' man haben. Ein paar Seiten weiter liest man die „Morgenpost"-Umfrage: „Sind Frauen dümmer als

Männer?" Anders gefragt: Ist Grosch Transvestit?

Nein, es ist noch nicht genug, weil, wenn's so weitergeht, **Grosch** nicht nur Chefredakteur der letzten SPD-Boulevard-Zeitung ist, sondern auch ihr letzter Chefredakteur sein wird: Seit seinem Amtsantritt wirtschaftet er das Blatt systematisch herunter, jetzt hat er sich bei einem jährlichen Auflagenverlust von sieben bis acht Prozent eingependelt. In zwei, drei Jahren könnte er die gesamte Auflage (handsigniert) auf seinem Weg ins Büro an Schaffner oder Verkehrspolizisten verkaufen. Grosch selbst gibt seinem Blatt freilich nur noch ein knappes Jahr -Schlagzeile am 1. August: „Olympia '76 - ohne uns!"

Nach „Ich war Hitlers Schäferhund" sowie „Des Führers Leibspeisen" ist jetzt **Albert Speer** wieder dran. Die „Welt" druckte seine neue Fest-Schrift „Spandauer Tagebücher" ab, die den seltsamen Satz enthält: „Während Hitler die Kinder, mit seinen Gedanken ganz woanders, tätschelte, standen wir mit jenem betretenen Stolz dabei, den Eltern in solchen Situationen zeigen." Deutschland ist inzwischen irgendwie ärmer geworden: Heute gehen Eltern, wenn ein Fünfzigjähriger ihre Kinder in Gedanken ganz woanders tätschelt, zur Polizei.

Konkret 09/75, S. 32

Hermann Scheer

Fehlorientierte Kritik

„Fehlorientierungs-Rahmen" - unter diesen Titel dokumentierte KONKRET (7 + 8/75) die Kritik der SPD-Mitglieder Albers, Kisker, Neumann, Wand und Zerdick am Entwurf eines SPD-„Orientierungsrahmens". Auf die linke Kritik antwortet der stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungsozialisten, Hermann Scheer:

Mit der in zwei KONKRET-Ausgaben erfolgten grundsätzlichen Verwerfung des Orientierungsrahmen-Entwurfs der SPD durch fünf Autoren, die als zum „linken Flügel der Jungsozialisten (der sogenannten Stamokap-Gruppe)" zugehörig oder diesem nahestehend angekündigt werden, scheinen die Fronten der Auseinandersetzungen um den OR-Entwurf klar: Es gibt die Strömung um den bayerischen SPD-Landesvorsitzenden Vogel, die am liebsten für Ablehnung votieren möchte, sich aber wohl auf Versuche der Herausnähme ihm zu weitgehender Passagen beschränken wird; die Parteimitte, die wohl für Annahme plädieren wird; die Jungsozialisten und Teile der sonstigen Parteilinken, die ihre Zustimmung von einigen wesentlichen Änderungen in erster Linie in Fragen der Wirtschaftslenkung abhängig machen werden; und schließlich der selbsternannte „linke Flügel" der Jungsozialisten, der Ablehnung empfiehlt und Fortführung der Grundsatzdiskussion fordert. Letztere werden zwar auf dem Parteitag selbst keine Rolle spielen, weil dort ihr quantitativer Einfluß (gleich Anzahl der Parteitagsdelegierten) nahezu gegen Null geht.

An dieser Stelle geht es jedoch in erster Linie um eine Auseinandersetzung mit der qualitativen Seite der Argumente von Albers u. a. und dabei wiederum weniger um eine Auseinandersetzung mit deren Schlußfolgerung zur Behandlung des OR-Entwurfs. Warum hier die Unterscheidung zwischen Analyse und Schlußfolgerung? Deshalb, weil nicht grundsätzlich bestritten werden soll, daß man mit politisch sehr ernst zu nehmenden Argumenten zu einer Ablehnung des OR-Entwurfs kommen kann. Doch wird bei der Betrachtung des OR-Entwurfs durch Albers u a. dieser mehr entstellt als analysiert, weshalb es ein Bärendienst an gleich welcher Richtung innerhalb der SPD-Linken ist, mit einer solchen Begründung eine ablehnende Haltung zu empfehlen.

Eine Kritik des OR muß Oberlegungen einbeziehen, welche Funktion ein solcher Entwurf hat und haben kann. Auf jeden Fall muß sein Funktionswert im Zusammenhang mit der aktuellen Parteientwicklung gesehen werden. Dabei reicht auf keinen Fall aus, was immer wieder bei der akademischen Linken festgestellt werden kann: daß man programmatische Äußerungen einer Partei allein so analysiert wie ein Buch, das man auf seine Wissenschaftstheorie, Methoden und Aussagenstringenz hin rezensiert. Kritik des OR-Entwurfs ist mehr und entsprechend komplizierter als reine Textanalyse, es ist Politikanalyse.

Von daher ist es besonders wichtig, wie *man den OR-Entwurf interpretiert.* Dieses Problem kennen Albers u. a. auch, wenn sie davon schreiben, daß es Jahre gab, in denen der SPD „schließlich selbst das Godesberger Programm ‚altmodisch` schien, weil es trotz aller Verschwommenheit doch auch die ‚Bändigung der Macht der Großwirtschaft` und die Errichtung einer neuen sozialistischen Gesellschaft forderte . . . Für die Gesamtpartei geht es vorläufig erst darum, die rechtslastigen Interpretationen des Godesberger Programms in Theorie und Praxis zu überwinden . . . Der deutliche Fortschritt, den der ‚Auftrag von Hannover` für die Oberwindung prokapitalistischer Auslegung des Godesberger Programms darstellte, schuf einen neuen Maßstab."

In der Tat wurde das Godesberger Programm ein Jahrzehnt lang hingestellt als eine Absage der SPD an die Sozialisierung. Dies geht aber nicht nur auf das Konto der Parteirechten, die hieran ein natürliches Interesse hatten, *sondern auch der Linken, die es ebenfalls so interpretierten, um zum soundsovielten Male die Anpassungspolitik der SPD damit zu belegen.* Außerhalb der SPD ist dies bis jetzt eine ständige Übung geblieben. An der rechtslastigen Interpretation des Godesberger Programms hatten auch pauschale linke Kritiken ihren Anteil. Heute beruft sich die Parteilinke auf das Godesberger Programm.

Die Gefahr ist heute dann wieder akut bei der Behandlung des OR, wenn man sich durch pauschale Ablehnungen faktisch aus der Parteidiskussion um die konkrete Ausgestaltung des OR ausschließt und wenn man den OR vorschnell zu einem Entwurf der äußersten SPD-Rechten deklariert („Adenauer als Ghostwriter"), um sich später wieder mühsam solche Positionen rückerkämpfen zu müssen, wie sie heute z. T. im OR schon in Ansätzen drinstehen.

Sollte mit dem Zitat aus der Albers-Kritik gleichzeitig gemeint sein, daß der OR eine rechte Interpretation des Godesberger Programms darstelle, so fällt dieser Satz hinter einige Entwicklungen der letzten Monate zurück. Wie bereits angedeutet, gab es ernsthafte Versuche in der Partei, den OR zu so etwas wie einer verbindlichen Interpretation des Parteiprogramms zu machen - zu einer Art SPGO, wie Wolf-Dieter Narr vor kurzem in Anlehnung an den Begriff der FDGO ironisch feststellte. Doch ist diese Auffassung mittlerweile so gut wie vom Tisch, worauf nicht zuletzt diejenigen Jungsozialisten hingewirkt haben, die Optionen auf Änderung einbrachten.

Für Vertreter der Parteilinken folgt aus den politischen Folgen von Interpretationen und „herrschenden Meinungen", wie sie in der Jurisprudenz ihr Unwesen verbreiten: Es geht

darum, sehr sorgsam die linken Ansätze im OR zu unterstreichen und gegenüber anders einzuschätzenden Passagen eben Änderungsanträge durchzusetzen.

Genau das tun Albers und Genossen nicht: Die Existenz durchaus linker Ansätze im OR-Entwurf paßt nicht in ihr Bild bzw. ihr politisches Konzept (von dem weiter unten die Rede ist). Um dieses Bild hängenlassen zu können, betreiben sie eine unsorgfältige bis unredliche Textanalyse und sammeln alles mögliche an Kritikpunkten, was irgendwie aufzutreiben ist, ob sie sich auf kontextgebundene oder willkürlich herausgegriffene Zitate stützen, ob sie Vorurteile produzieren oder Emotionen heischen wollen, ob sie ernst zu nehmende oder nicht mehr ernst zu nehmende Punkte einwerfen.

1. Weltwirtschaft und Multinationale Konzerne

Es wird moniert, daß der OR die Ursachen für das internationale Gefälle, das er auch konstatiert, nicht benenne. Damit **„entstehe der Eindruck, als ob die Unterentwicklung wesentlich inneren Faktoren der betreffenden Länder geschuldet sei".** Im weiteren beschreiben Albers u. a. die Rolle der Multinationalen Konzerne und der zunehmenden Abhängigkeit ganzer Staaten von diesen. Es hat nach diesen Worten den Anschein, daß der OR-Entwurf dieses Problem streckenweise ausgesprochen weltfremd betrachte. Doch ist dies, jedenfalls gemessen an den geäußerten Vorhalten, in dieser Form unzutreffend. Der Eindruck, daß Ursachen der Unterentwicklung vom OR auf die inneren Faktoren betreffender Länder geschoben würden, kann wohl kaum entstehen, wenn man im Orientierungsrahmen immerhin liest: „Unter äußerlich verschiedenen Bedingungen sind in vielen Teilen der Welt wirtschaftlich und sozial instabile Situationen entstanden. Ungleichgewichte und Mangelerscheinungen, Ungerechtigkeiten und soziale Gegensätze werden nicht beseitigt, sondern nehmen zu. Dies gilt für das innere Verhältnis vieler Staaten und für das Verhältnis zwischen Staaten und Staatengruppen." Der OR spricht ebenfalls von „fehlenden staatlichen Möglichkeiten zur Kontrolle und Lenkung der weltweit handelnden multinationalen Unternehmen, die in den hochentwickelten Industriestaaten und in den weniger industrialisierten Staaten bestimmte Strategien gegen den Willen der Regierungen durchsetzen können".

Bis hierhin existieren also - außer sprachlichen Unterschieden - keine wesentlichen Differenzen, jedenfalls nicht solche, die eine derartige Kritik rechtfertigen. Die wesentlichen Differenzen liegen bei genauem Hinsehen bei den Vorstellungen von den jeweiligen Alternativen: Der OR setzt als Alternative die „ständige Bemühung um Verbesserung der Funktionsfähigkeit und um den geeigneten Ausbau der politischen internationalen Organisationen. Weltmarktprobleme sind nur in internationaler Zusammenarbeit lösbar." Diese Aussage ist prinzipiell richtig, nur zweifellos unzureichend, weil sie angesichts des unumkehrbaren ökonomischen Verflechtungsgrades wohl auf die unbedingt notwendige internationale Wirtschaftslenkung verweist, aber keinerlei konkreten Schritt angibt, mit welchen internationalen Mitteln eine Kontrolle der Multis ermöglicht werden könnte. Was man hier erwarten könnte, wären Konzepte wie der Ausbau bilateraler ökonomischer Kontakte mit rohstoffreichen Entwicklungsländern unter Umgehung bzw. Ausschaltung der Multis und sonstiger Privatkonzerne; Investitionskontrolle und Konjunkturlenkung in internationalem Maßstab; Vergesellschaftung multinationaler Unternehmen auf internationaler Ebene; und vor allem die zügige Weiterentwicklung der wohl am kurzfristigsten durchsetzbaren Bildung einer erfolgreich gegen Multis operierenden internationalen gewerkschaftlichen Gegenmacht. Dies ist keine reine gewerkschaftliche Angelegenheit, da nahezu alle für die Bildung einer internationalen Gewerkschaftsgegenmacht in Frage kommenden Gewerkschaften mittelbar und unmittelbar mit den großen sozialistischen und kommunistischen Parteien Westeuropas zusammenhängen. Also ist verstärkte Kooperation in Fragen der Strategie und Taktik zumindest zwischen den sozialistischen Parteien ein weiteres wichtiges Element einer solchen Strategie. Davon steht nichts im OR-Entwurf, aber auch nichts in der Kritik von Albers u. a.!

Bei den Kritiken des Entwurfs wird dagegen ein simples Patentrezept als Alternative verschrieben: **„Die SPD kann sich nicht hinter anderen Staaten oder hinter supranationalen Institutionen verstecken, sondern muß alle möglichen Anstrengungen unternehmen, in der BRD die westdeutschen Multinationalen Konzerne und die Töchter der ausländischen Multinationalen Konzerne zu vergesellschaften. Nur so ist eine Bresche in den kapitalistischen Weltmarkt zu schlagen und die Entwicklung der BRD zu einem der gefährlichsten Ausbeutersysteme zu stoppen."**

An dieser Stelle muß man nicht nur verblüfft einhalten, sondern sich auch fragen, ob die Verfasser noch ganz bei Trost sind. Die Bundesrepublik soll die Töchter z. B. der internationalen Ölgesellschaften vergesellschaften, und wie will sie mit den Gegenschlägen fertig werden? Wie will sie auf die so sicher wie das Amen in der Kirche eintretenden Handelsrestriktionen z. B. der USA antworten, die sich sicher nicht scheuen dürften, ihre Konzerne mit politischen Hilfsmaßnahmen zu unterstützen. Gerade weil der Einfluß der Multis auf Regierungen und Weltmarkt bekannt ist: wie soll die Bundesrepublik mit ihrer hohen Exportabhängigkeit die Massenarbeitslosigkeit als Folge rapide sinkender Exportaufträge verkraften?

Lenin wird von den Füßen auf den Kopf gestellt: Wollte dieser mit der Revolution in einem Entwicklungsland eine Bresche in den Weltkapitalismus schlagen, so wollen das Albers u. a. mit der Bundesrepublik. Es leuchtet jedem ein, der etwas von der Ökonomie versteht, daß den Preis eines solchen Schrittes in der Bundesrepublik zunächst in erster Linie die Arbeitnehmer zu zahlen hätten, daß die Wirtschaftsstruktur mit einem solchen Schritt wohl auf das Niveau der Nachkriegszeit zurückfallen würde. Die weitere Folge wäre sicherlich eine gewaltige Massenmobilisierung der deutschen Arbeitnehmer für eine Reprivatisierung der Multi-Töchter.

Der Zugriff in Form einer Vergesellschaftung von Multis ist nur auf einer europäischen Ebene denkbar, und dies auch nicht überall. Denn bei der Größe eines solchen Wirtschaftsraums sind z. B. handelspolitische Gegenmaßnahmen der USA oder einzelner Multis für diese selbst zu nachteilig, weil der Verlust des europäischen Absatzmarktes natürlich erst einmal riskiert sein will. Den Rest bilden tatsächlich internationale Kooperation, gewerkschaftliche Gegenmacht -oder Weltrevolution. Daß wenigstens einer der Autorengruppe „Fehlorientierungsrahmen" etwas von Ökonomie versteht, ist bekannt. Daß keiner auf europäische Strategieansätze kommt, mag an den alten Stamokap vorbehalten dagegen liegen. Aber auf die gewerkschaftliche Gegenmacht und internationale sozialistische Parteikooperation hätten die Genossen eigentlich kommen müssen. . .

2. Rolle des Staates

Die Autorengruppe kritisiert, daß im OR-Entwurf **„der prinzipielle Zusammenhang der auf dem privaten Eigentum an Produktionsmitteln beruhenden kapitalistischen Produktion, der durch den antagonistischen Klassengegensatz gekennzeichneten bürgerlichen Herrschaftsordnung und dem bürgerlichen Staat (unberücksichtigt bleibt). Damit wird verkannt, daß der bürgerliche Staat Ausdruck und Garant des Kapitalverhältnisses ist. Der bürgerliche Staat schützt die Herrschaft des Kapitals über die Lohnarbeit."** Anschließend wird die berühmte These von Engels vom Staat als „ideellem Gesamtkapitalisten" übernommen. Insoweit übernehmen die Autoren bis hierhin die Staatsanalyse der „antirevisionistischen" Linken. Dann folgt jedoch die Verlobung mit der Stamokap-These: **„Infolge der Konzentration und Zentralisation haben sich die Monopole als strukturbestimmende Kapitalien herangebildet."** Dem OR-Entwurf wird eine **„illusionäre Strategie"** der Politik schrittweiser Reformen vorgeworfen, die glaube, **„auf eine zentrale Machtauseinandersetzung zwischen den Klassen . . . verzichten zu können".**

Nun kann schon aus Platzgründen hier nicht die Staat-und-Reform-Debatte des letzten Bundeskongresses der Jungsozialisten wiederholt werden, schon gar nicht noch unter Einbeziehung des OR-Entwurfs. Zu diesem nur soviel: Eine seiner zentralen Aussagen ist, daß „die staatlichen Handlungsmöglichkeiten . . . sich aber noch zu sehr in der nachträglichen Korrektur von Folgen privater Entscheidungen (erschöpfen)".

Eine weitere: „Der Staat schafft und erhält die wirtschaftlichen, die sozialen und die politischen Existenzbedingungen der privaten Unternehmungen." Und eine dritte: „Wir sind durch eine Politik, die dem Ziel der Vollbeschäftigung hohe Priorität einräumt, sowie durch Mitbestimmung und Arbeitsrecht auf dem Weg der Einschränkung wirtschaftlicher Macht ein Stück vorangekommen. Durch Mißbrauch privatwirtschaftlicher Macht wird aber auch heute noch die demokratische Bestimmung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung durchkreuzt." Die strukturelle Abhängigkeit des Staates von der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung ist also durchaus hervorgehoben. In einigen Punkten ist dabei der OR-Entwurf ausführlicher, wenn nicht gar differenzierter als die Kritik von Albers u. a. Doch eine solche Gewichtung ist hier nicht wesentlich. Wiederum von speziellen Unterschieden abgesehen, auf denen allein oft einige ihr ganzes politisches Abgrenzungsbedürfnis aufbauen, gibt es einen zentralen Unterschied: Der OR-Entwurf geht von der grundsätzlichen, in der Vergangenheit (Arbeits- und Sozialrecht) bewiesenen und in der Zukunft auszubauenden Möglichkeit zu Reformschritten mit Hilfe des Staatsapparates aus, die Kritik verleugnet die Möglichkeit antikapitalistischer Strategie mit Hilfe des Staatsapparats, zumindest solange nicht **„tiefgreifende Eingriffe in die kapitalistische Wirtschaft und damit in die Eigentumsverhältnisse"** erreicht werden können.

Der OR-Entwurf hat eines nicht gemacht: die unmittelbar bei Reformversuchen aufgetretenen und mithin in empirischer Klarheit vorliegenden konkreten einengenden Bedingungen in der hier möglichen Konkretheit auszuführen. Doch ist wiederum die Alternative in der Kritik am Orientierungsrahmen zu simpel. Der OR-Entwurf streift wenigstens die ganze Palette von Problemen bis hin zu denen der staatlichen Koordination. Die Kritik von Albers u. a. meint wiederum so originell sein zu können, mit der Vergesellschaftung allein seien fast alle Probleme gelöst. Zu deren Durchsetzung wird eine zentrale Machtauseinandersetzung als notwendig angesehen. Überspitzt ausgedrückt: eines Tages kommt „high noon" frei nach Gary Coopers berühmtem Western; vorher kann der Staat ohnehin nichts Richtiges machen, denn er ist monopoldominierter ideeller Gesamtkapitalist. Mit letzterem Staatsverständnis ergeben sich zumindest einige Fragen, deren Beantwortung bisher offengeblieben ist:

Kann tatsächlich eine im Interesse der Lohnabhängigen liegende Reform, die von der SPD und den Gewerkschaften mit Hilfe eines Gesetzes schließlich durchgesetzt wird, keine antikapitalistische Reform sein? Ist diese trotz erfolgten Widerstands von Kapitalseite aus nur deswegen noch nicht antikapitalistisch, weil die Theorie sagt, der Staat sei ideeller Gesamtkapitalist? Ab welchem Zeitpunkt eigentlich ist er es nicht mehr? Ab der Vergesellschaftung der Großindustrie, ab Beginn einer gebrauchswertorientierten Produktion nach staatlichem Produktionsplan? Wo ist der empirische Beweis, daß es die Stunde der Entscheidung zwischen dem einen und dem anderen System in einem hockentwickelten kapitalistischen Land überhaupt gibt?

Es ist nicht so, daß alle diese Fragen unbeantwortbar sind. Daß der heutige Staat eindeutig überwiegend kapitalistischen Interessen folgen muß, ist unbestreitbar. Doch ebenso unbestreitbar ist, daß er auf der Basis veränderter Kräfteverhältnisse auch anders kann. Albers u. a. dagegen zeigen ein Verständnis vom Staat als vom Kapitalismus produzierter Einheit (Totalität), die nur durch eine andere Totalität ersetzt werden kann. Diese Auffassung führt dann allerdings stringent zu der eines alles oder nichts, auch wenn man dies nicht beabsichtigen sollte. Denn wenn alles, was über den Staat läuft, solange wir noch kapitalistische Produktionsverhältnisse haben, tendenziell prokapitalistisch ist (wie könnte er sonst ideeller Gesamtkapitalist sein), dann dürften Sozialisten kein Interesse an einer Reform haben, die zwar augenblicklich für den Arbeiter Besserungen bringen mag, aber damit gleichzeitig das Leben des Kapitalismus verlängert. Und vor allem: wie will man mit Hilfe des ideellen Gesamtkapitalisten namens Staat überhaupt die Monopole vergesellschaften? Kann der Torwart gleichzeitig der Elfmeterschütze sein? Das Staatsverständnis von Albers u. a. bleibt metaphysisch.

Mit dieser Bewertung soll nichts an dem Einfluß des Kapitals auf den Staatsapparat geschmälert werden. Aber was verlangt die Aussage von Albers u. a. eigentlich? Schlüssig weitergedacht verlangt sie den Verzicht der Partei auf „illusionäre Reformforderungen", solange nicht die Monopole vergesellschaftet sind bzw. Vergesellschaftung der Monopole in demselben Atemzug gefordert wird. Also: illusionäre Reformforderungen anderen überlassen, allein auf die Vergesellschaftung hinarbeiten.

Aber was soll die Partei machen, ehe die Situation reif ist für die Vergesellschaftung? Dann werden sicher auch Albers u. a. nicht kleinlich sein wollen und Reform fordern, doch nicht ohne den Hinweis zu vergessen, daß dies bei dem Zustand des Staates ohnehin „illusionär" sei. Damit ist nur noch nicht geklärt, wie man auf diesem Wege das Vertrauen der Massen gewinnen will. Die großspurige Einschätzung z. B. auch arbeits- und sozialrechtlicher Reformen als illusionär mag derjenige für legitim halten, der als Hochschullehrer mit über 3000 Mark Gehalt von kleinen Verbesserungen nicht viel hat. Denn wird aber wohl kaum der Facharbeiter folgen wollen, der bereits den Unterschied zwischen gesicherter zusätzlicher Betriebsrente und nicht gesicherter Betriebsrente gut kennt.

3. Ziele, Grundwerte und analytische Kriterien

Albers u. a. schreiben zum OR-Entwurf: **„Wenn aber für die Bundesrepublik der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital nicht einmal erwähnt wird und statt dessen genauso pathetisch wie resignativ ‚allgemeinmenschliche` Probleme vorgeführt werden (‚Irrtum und Schuld, Schmerz und Verzweiflung, Krankheit und Unglück'), dann ist der Weg verstellt zu einer Analyse der besonderen geschichtlichen Bedingungen und der aus ihnen folgenden Notwendigkeiten und Möglichkeiten politischen Handelns."**

Eine solche Zitierweise, wie sie eben wiedergegeben wurde, versperrt allerdings zunächst einmal den Weg zu einer Auseinandersetzung mit dem OR-Entwurf. Zwar ist richtig, daß der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital nicht expressiv verbis im OR-Text steht, unmittelbar anstelle dieses Widerspruchs sind jedoch nicht etwa „Irrtum und Schuld usw." genannt, sondern steht eine Reihe von näher bezeichneten Widersprüchen, wie Wunsch nach Frieden/andauernde Kriegsgefahr, Unproduktivität der Rüstungsausgaben/Rüstungswettlauf, Vergeudung von Produktionskapazitäten/Armut in der Welt, Überproduktion von Lebensmitteln/Hunger, wirtschaftliche Oligopole/Demokratie- und Freiheitsanspruch, Forderung nach humanerer Arbeitswelt/menschenunwürdige Abhängigkeiten am Arbeitsplatz, technischwissenschaftlicher Fortschritt/Entmenschlichung der Städte.

Dies sieht dann schon ganz anders aus, sind doch zumindest einige der hier als wesentlich genannten Widersprüche nicht zuletzt Ausdrucksformen des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital.

An anderer Stelle der Albers-Kritik steht:

„Als Ziele, die auf die Durchsetzung von mehr Gerechtigkeit orientieren, werden im allgemeinen Teil die ‚gerechte Verteilung von Einkommen` genannt. Wirksame Mittel zu ihrer Durchsetzung sind dem Entwurf aber ebensowenig zu entnehmen wie der Versuch erfolgt, die bisherige Tendenz zu noch ungleicherer Einkommensverteilung . . . auch bei einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung zu erklären." Doch auch dies steht im Entwurf in Wahrheit anders: „Die außerordentlich unterschiedliche Bewertung von Arbeit in unserer Gesellschaft schafft ständig neue Konflikte,

beeinträchtigt Verantwortungsbewußtsein, und fördert Einzel- und Gruppeninteressen. Je größer die Ungleichheit in der Teilhabe der Bürger an den Gütern und Leistungen unserer Gesellschaft ist, desto größere Interessengegensätze trennen sie und desto weniger Verständnis und Solidarität ist zwischen ihnen möglich." An einer anderen Stelle des OR-Entwurfs heißt es: „Solche nicht zu rechtfertigenden Unterschiede gibt es nicht nur zwischen Beziehern von Kapitaleinkommen und abhängigen Lohn- und Einkommensbeziehern sowie zwischen Mann und Frau, sondern z. B. auch zwischen akademisch ausgebildeten und allgemein ausgebildeten Arbeitnehmern, innerhalb der industriellen Arbeitnehmerschaft und innerhalb des öffentlichen Dienstes. Deshalb wird künftig neben der weiteren Anhebung des allgemeinen Einkommensniveaus vor allem die Verminderung dieser schwerwiegenden Unterschiede wichtig sein. Erste Schritte in diese Richtung müssen im öffentlichen Dienst unternommen werden. Durch solche Förderung unmittelbarer sozialer Gerechtigkeit könnte der Staat von Anforderungen der Umverteilungspolitik zugunsten struktureller Reformpolitik in wachsendem Maß.: entlastet werden. Das Maß sozialdemokratischer Reformpolitik bestimmt sich nicht einfach nach dem Umfang der Staatsausgaben, sondern zugleich am jeweils erforderlichen Maß dar Umverteilungsleistungen. Entsprechend haben Reformen, die zum Abbau der Ungerechtigkeit bei der Verteilung der Primäreinkommen beitragen, Vorrang vor staatlichen Umverteilungsmaßnahmen, die den öffentlichen Haushalt belasten."

Liest man demgegenüber wiederum die Kritik von Albers u. a., so wird deutlich, warum eingangs der Entstellungs- und Verzerrungsvorwurf gerechtfertigt war. Es heißt bei Albers u. a., mit dem Solidaritätsbegriff werde **„der Illusion Vorschub geleistet, fortschrittliche sozialdemokratische Politik könne durch die Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Gruppen nach bürgerlich-pluralistischem Muster durchgesetzt werden. Der unterschiedslose Appell an die Solidarität aller wird in ihrer objektiven Funktion leicht zu einer Integrationsformel gegenüber der selbstbewußten Interessenvertretung der Lohnabhängigen".** Tatsächlich macht der OR-Entwurf an solchen Stellen ausführlich deutlich, von welcher strukturellen Vorbedingung Solidarität abhängt. Es scheint, daß zumindest derjenige nicht gut beraten ist, der die Kritik von Albers u. a. übernimmt, ohne den OR-Entwurf selbst gelesen zu haben.

4. Wachstum und Reform, Markt und Lenkung

Eine der zentralen Aussagen des OR-Entwurfs besteht in der Forderung nach qualitativem Wachstum anstelle von naturwüchsigem quantitativem Wachstum. In Erwartung geringeren quantitativen Wachstums und entsprechender geringer werdender Staatseinnahmen wird die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Umverteilung bestehender Besitzstände angekündigt, Ausgabenbeschränkung soll der Staat vorexerzieren, indem er die Personalausgabensteigerungen im öffentlichen Dienst zum Stehen bringt. Die Umstrukturierung des Wachstumsprozesses setzt Investitionslenkung voraus. Hier beschränkt sich der OR-Entwurf auf Maßnahmen indirekter Lenkung, auf Rahmendaten für die industrielle Produktion. Der Markt wird unter der Voraussetzung als unersetzbares Instrument einzelwirtschaftlicher Produktionsplanung betrachtet, daß es gelingt, der Vermachtung von Märkten entgegenzuwirken, seine asozialen Folgen zu überwinden und gleichzeitig die Planungsfähigkeit des Staates zu erhöhen.

Die Kritik von Albers u. a. bestreitet die Prognostizierbarkeit kapitalistischer Produktionsentwicklung, die Möglichkeit der Ausschaltung der Krisenhaftigkeit einer kapitalistisch organisierten Wirtschaft und die Möglichkeit der qualitativen Produktionssteuerung ohne direkten Eingriff in die Produktionsplanung. Nach allen bisherigen Erfahrungen ist ihnen hier zuzustimmen.

Sie lehnen Vorstellungen ab, **„die inflationäre Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft auf die zügellose Konsumgüternachfrage der Bevölkerung zurückzuführen und von den Gewerkschaften entsprechende lohnpolitische Zurückhaltung zu fordern, ohne gleichzeitig konkrete Maßnahmen einzuleiten, die sich auf die Bändigung der Macht der Großwirtschaft und der Monopolpreisbildung richten".** Auch hier ist den Autoren zuzustimmen, deren Kritik in diesem Fall identisch ist mit der von den Jungsozialisten immer wieder geäußerten Kritik an einseitigen Maßhalteappellen.

Der OR-Entwurf ist in diesem Punkt von ökonomischen Gleichgewichtsmodellen geprägt, die mit der Realität nichts zu tun haben.

Als Alternative zu den Konzepten einer Lenkung über den Anreiz privater Profite formulieren Albers u. a.: **„Damit bleibt die Forderung nach einem Konzept der Investitionslenkung bestehen, das die Erfüllung gesellschaftlich vorgegebener Ziele notfalls auch gegen die Interessen einzelner Unternehmen oder diejenigen aller Unternehmen der Bundesrepublik ermöglicht."** Auch dieser Folgerung ist zuzustimmen, sie entspricht den Forderungen nach Investitionslenkung, die bisher allerdings auf Bundeskongressen der Jungsozialisten von den gleichen Wortführern der sogenannten Stamokap-Richtung als reformistisches Konzept des Juso-Bundesvorstands abgelehnt wurden.

Auch die Schlußfolgerung von Albers u. a. zum Thema Vergesellschaftung entspricht den Vorstellungen des Bundesvorstandes der Jungsozialisten zum OR.

Zusammenfassung

Die Argumente der Autorengruppe sind kaum geeignet, damit bei parteiinternen Diskussionen bestehen zu können. Albers u. a. demonstrieren insgesamt eher die Alternativarmut und auch das enge Analysespektrum bestimmter Formen linker Kritik. Am „linken Flügel" der Jungsozialisten ist offenbar nicht mehr dran als ihr Etikett. Wie linke Politik aussehen soll, wenn die Kräftekonstellationen die Generalempfehlung einer Vergesellschaftung nicht zulassen, bleibt so gut wie unerörtert. Dem Verfasser ging es nicht um die unbedingte Verteidigung des OR-Entwurfs. Eine Durchsetzung linker Positionen in der Partei setzt jedoch die Bereitschaft zu differenzierter Betrachtung und Kritik anderer Positionen voraus. Mit Verzerrungen und Unterstellungen ist der Linken ebensowenig weitergeholfen wie mit vorschnellen Abqualifizierungen des OR-Entwurfs nach rechts und nur mehr abstrakten, in weiter Ferne liegenden oder gar unsinnigen Alternativen, die auf jeden Fall keine bessere Orientierung bieten als der Orientierungsrahmen.

Mit solchen Kritiken verlieren sich leider viel notwendigere und treffendere Kritiken: Behandelt wird auf dem Parteitag der allgemeine Teil. Die einzelnen Reformabschnitte des besonderen Teils werden als „Materialien" überwiesen. Mit dieser Ankündigung verlor die Partei den besonderen Teil aus den Augen. Dies bedeutet, daß alle unmittelbar gegenwärtigen Probleme sozialdemokratischer Politik unerörtert bleiben: angefangen von der Bewältigung der konjunkturellen Situation bis zur Einsparung von Mitteln ohne Sozialstaatsabbau, internationale Bündnisfragen, die Bekämpfung restaurativer Tendenzen, bis zur Bildungs-, Forschungs-, Gesundheits- und Energiepolitik. Diese zentralen Probleme werden auch und gerade dafür sorgen, daß die Grundsatzdiskussion bisheriger Art schnell vergessen wird.

Nicht die komplette Ablehnung des allgemeinen Teils steht auf der Tagesordnung, sondern die Ablehnung der Empfehlung, über zentrale Aussagen und Anträge zum besonderen Teil auf dem Parteitag nicht zu diskutieren. Denn mit diesen Punkten steht und fällt die Orientierung der Partei.

Daß die Grundsatzdiskussion in der Partei fortgeführt werden muß, ist eine Selbstverständlichkeit. Für eine Partei, die über den gesellschaftlichen Status quo hinaus will, muß Grundsatzdiskussion eine ständige Aufgabe sein und darf deshalb nie aufhören. Nur sollte diese Grundsatzdiskussion anders aussehen, als Albers u. a. es sich vermutlich vorstellen. Das demonstrierte Selbstbewußtsein ihrer Kritik steht in krassem Gegensatz zur relativen Dürftigkeit ihrer Kritik. Dort, wo die Kritik einen zentralen Nerv der OR-Diskussion trifft, z. B. bei der Markt- und Lenkungsdebatte, besteht ihre Kritik aus Wiederholungen dessen, was seitens des Bundesvorstandes der Jungsozialisten und Teilen der Parteilinken schon lange gesagt wird.

Daß die Jungsozialisten, wie es die Autorengruppe kritisiert, „die Einlösung ihres Versprechens, ein eigenes Konzept vorzulegen, schuldig (blieben)", lag nicht daran, daß sie „sich unter Führung des Bundesvorstandes in interne Macht- und Fraktionskämpfe (verwickelten)". Es lag daran, daß anfänglich untermaßgeblicher Mitwirkung von zwei Mitgliedern der Autorengruppe „Fehlorientierungsrahmen" die seinerzeitige Bundeskommission der Jungsozialisten zum Orientierungsrahmen nichts zustande brachte, weil zu dem Zeitpunkt, da die Jungsozialisten Reformalternativen formulieren sollten, die „Stamokap"- und „antirevisionistischen': Vertreter, selbst im schärfsten Gegensatz miteinander, den anderen erst einmal ihren jeweiligen Staatsbegriff unterschieben wollten. Die Folge war Agonie. Grundsatzdiskussionen mit solchen Ergebnissen sollten allerdings künftig den Jungsozialisten und der SPD erspart bleiben.

Konkret 09/75, S. 35

Peggy Parnass

Eigner Herd - Goldes wert

Anklage: Passive und aktive Bestechung.

Der Regierungsobersekretärin Ursula R., 25 Jahre, wird vorgeworfen, in der Zeit von Januar bis Juni 1971 und im November 1972 in dreiundzwanzig Fällen als Sachbearbeiterin des Bezirksamtes Hamburg-Mitte für die Vergabe von Wohnungen an wohnungssuchende Griechen Geldbeträge in einer Gesamthöhe von ca. 39 000 Mark von Sokratis I., 43 Jahre, angenommen zu haben. I. soll als Dolmetscher und Vermittler aufgetreten sein, von seinen Landsleuten Geldbeträge in Höhe von je 2000 bis 2500 Mark verlangt, hiervon jeweils 300 bis 500 Mark für sich verwendet und die Restbeträge an Frau R. weitergegeben haben.

Wenn man bedenkt, wie schwer es ist, für unsereins, obwohl der deutschen Sprache mächtig und mit Land und Leuten relativ vertraut, eine geeignete Wohnung zu finden, wundert man sich. Wenn man sieht, daß Gastarbeiter aus ganz anderen Breitengraden ohne Sprachkenntnisse und völlig ohne Erfahrung mit den Behörden und dem Leben hier auch nur halbwegs klarkommen, wundert man sich erst recht. Wenn man hört, daß Leute, die durch eine Art Monopolstellung die Wohnungsvergabe in der Hand haben, zu Schiebern werden - in einer Gesellschaft, in der es selbstverständlich ist, sich an der Notlage anderer zu bereichern, wundert's einen gar nicht.

Daß in diesem Fall die Rosinen-Pulerei im Kleinen geschah, macht die Geschichte nicht hübscher. Wenn sich Deutsche schon mal mit Gastarbeitern zusammentun, dann um zu plündern.

Die Angeklagte war vor einiger Zeit schon einmal vor Gericht. Als Zeugin. Als ihr Kollege, der Abschnittsleiter, Betreuer und Überwacher Pingel, den sie während Urlaub und Krankheit vertrat, des gleichen Deliktes angeklagt war. Allerdings sagten damals nicht nur der Grieche, sondern auch zwei Türken unter Eid aus, daß sie ihm für jede Vermittlung Geld geben mußten.

In seinem Fall waren die Kapitalverhältnisse freilich anders verteilt als in diesem - Pingel kriegte nur 200 bis 300 Mark pro Vermittlung, der Mitangeklagte sackte den Bärenanteil ein. Trotzdem gab es fünf Monate Gesamtstrafe für Pingel, und für den Griechen nur wegen Ordnungswidrigkeit eine Geldbuße von 300 Mark. Weil seine Landsleute ihn aus Angst deckten. Beschwert haben sich nur die, die bezahlt hatten, ohne eine Wohnung zu erhalten. Darum hat man dieses mal verbindlich zugesagt, daß alle Griechen - egal was ausgesagt wird und sich ereignet- ihre Wohnung behalten werden. Mehr wollen sie ja auch nicht. In Ruhe gelassen werden und ihr Dach über dem Kopf behalten dürfen. Frau R. sagte damals auch unter Eid aus, daß sie Sokrates I. ein paarmal im Amt gesehen habe. Privat nie. Deswegen ist sie jetzt auch wegen Meineides dran.

Frau R. hat das hübsche, ruhige Gesicht mancher Dicken. Man sieht ihr Lug und Trug nicht an. Mit dem vielen Fleisch im kurzen Hellblau sieht sie aus wie ein Vorher-Foto in der „Brigitte", sie hat noch nicht das Beste aus ihrem Typ gemacht. 'Mitklingender, weicher Stimme sagt die junge Frau, die bis dahin - auch vor der Polizei - die Aussage verweigerte, sehr ruhig aus: „Ich verdiene 1200 Mark netto. Mein Mann als beamteter Rangierer bei der Bundesbahn ungefähr das gleiche. Ich bin seit zehn Jahren Behörden-Angestellte. Seit 1970 beim Wohnungsamt."

„Kennen Sie den Angeklagten?"

„Ja. Er begleitete die griechischen Wohnungssuchenden als Kollege, Freund und Dolmetscher."

„Und da gab's kein Geld in bar auf den Tisch des Hauses?" Natürlich nicht. Was sonst sollte sie sagen?

Über ihre damalige Tätigkeit berichtet sie: „ich habe die Anmeldungen entgegengenommen, nach polizeilichen Anmeldungen und Pässen gefragt und alles zur Prüfung weitergegeben." Sie habe sich solche Papiere aber nicht zeigen lassen.

Der Vorsitzende: „Und wenn einer gesagt hätte: Ich wohne auf dem Mond. Hätten Sie das auch aufgenommen und gedacht, es prüft ja einer nach?"

Frau R.: „Ja." Dann spricht sie nur noch Behörden-Deutsch: „Wohnungsvergabe", „die Prüfung oblag", „daß Herr Främcke verfügt hat, weil die Zuweisung bereits erfolgt war", „die Wohnung, die er zur Zeit innehat, kam als Tauschobjekt in Frage".

Sokratis I. wird zur Person befragt. Ein wenig sympathischer Mann. Im Gegensatz zu den griechischen Zeugen, die draußen warten. Er ist jetzt Mechaniker bei Blohm & Voss. Verdient etwa 2000 Mark netto. Hat Frau und 11jähriges Kind.

Er erzählt: „Ich selbst war auch besonders betroffen. 1969/70 nahm ich einen Kredit von 5000 Mark auf. Damit wollte ich den Abstand für eine 2 ½ -Zimmer-Wohnung zahlen, die 320 Mark Miete kostete. Da hieß es plötzlich: Ausländer werden in unserem Wohnblock nicht aufgenommen. So was ist eine tiefe Wunde für uns Gastarbeiter. Da ging ich zum Wohnungsamt. Erst sagte Frau R.: Da ist nichts. Dann sagte sie, vielleicht könnte sie mir doch was beschaffen. Wenn ich ihr 1700 Mark geben würde. So bekam ich meine Wohnung. Sie sagte auch: Für 1700 Mark läuft es so weiter, wenn du mir Freunde und Bekannte bringst."

Frau R.: „Das stimmt nicht, daß ich ihm angeboten habe, für 1700 Mark auch anderen Leuten eine Wohnung zu verschaffen."

Hallo! Auf ihr „auch" ging keiner ein. Schließlich stritt sie ja ab, jemals Geld bekommen zu haben. Sodom und Gomorrha. Abgründchen tun sich auf.

Der Grieche: „22 Wohnungen hat sie mir zugewiesen. Nur wegen des Geldes. Wir Griechen gehen nicht viel aus. Wir sind immer mit unseren Familien zu Hause. Dann kommen alle Freunde und fragen: Woher hast du die Wohnung? Wie teuer ist sie? Bei einem machte sie etwas Schwierigkeiten, weil er eigentlich nach Altona gehörte. Da gab ich ihr einfach wieder 1700 Mark. Da sagte sie: Ich werde mich bemühen, daß die Sache erledigt wird. Kurz darauf gab sie mir zwei Besichtigungsscheine. Grün und weiß. Adressen am Schlachthof. Ich war die ganze Zeit dabei. Auch beim Vertragsabschluß. Nach einem Feuer in Billstedt in einem Fachwerkhaus waren viele Wohnungen nötig. Die Leute, die darin gewohnt hatten, hatten nur noch das, was sie am Leibe trugen. Das regelte ich dann auch über Frau R."

Dann riskierte der Angeklagte eine sensationelle Aussage über seine Mitangeklagte: „Sie hat unglücklicherweise die Stellung in einem Amt bekommen, in dem schon vom Sachbearbeiter bis zum Pförtner alle bestechlich waren."

Der junge Vorsitzende Brüggemann bremst die Aussage und die Nachfolgeschilderungen, die sicher einiges erhellt hätten, so ungeschickt es geht. Beruft sich auf Zeitmangel.

Staatsanwalt Sommer schaltet sich ein: „Ich hielte es für unglücklich, nicht schildern zu lassen. Da muß man eben länger verhandeln, um volle Klarheit zu bekommen."

Sokratis I.: „Es war mein Unglück, daß alles so zusammentrifft."

Damals sicher sein Glück.

Die Tür geht auf. Eine Dame kommt herein. Der Richter: „Wenn Sie Zeugin sind, müssen Sie bitte draußen warten."

„Nein", lächelt die nette Dame, „ich wollte ein bißchen zuhören. Aber die Tür zum Zuschauerraum ist abgeschlossen."

Betroffenheit. Staatsanwalt Sommer faßt sich als erster: „Mein Gott, dann war ja bis jetzt die Öffentlichkeit ausgeschlossen! Das ist ein absoluter Revisionsgrund. Meine Herren, wir müssen noch einmal von vorne anfangen."

Die Hintertür wurde aufgeschlossen, die Dame hereingelassen und der ganze Prozeß mit Vernehmung zur Person und allem, was bisher gelaufen war, fing noch mal von vorne an. Als wäre man in der Schule sitzengeblieben. Welch ein Glück für den Steuerzahler, daß die junge Dame nicht erst am späten Nachmittag zuhören wollte!

Dann kommt zur Sprache, daß die beiden Angeklagten nicht nur viele Dutzend Male im Amt miteinander über Wohnungen verhandelten - fast immer in Abwesenheit der Wohnungssuchenden -, sondern sich auch privat sahen. Laut Sokratis I., der voll geständig ist, beabsichtigt und um über Geschäfte zu sprechen. Mal in der Wohnung der Beamtin, mal in seinem damaligen Lokal „Zum Berghof" in der Großen Bergstraße in Altona.

Laut Frau R. völlig unverhoffte Treffen: „Das eine Mal in meiner Wohnung. Da habe ich den Angeklagten sofort gebeten, doch seine Anliegen nur bei mir in der Behörde vorzutragen."

„Woher hatte denn der Angeklagte Ihre Privatadresse?" „Damals hatten wir Telefon." Na, na. Unter dem Namen des Mannes. Und dies ist ein Name, den es im Telefonbuch seitauf, seitab gibt.

Frau R.: „In sein Lokal kamen wir ganz zufällig. Mein Mann wollte den Taxen-Schein machen. Da fiel ihm Altona besonders schwer. Auf gut Glück gingen wir in ein Lokal rein und bestellten nur kurz eine Erfrischung. Ich war sehr überrascht, Herrn I. dort zu sehen."

Wieder na, na, na! Hotel „Berghof" sieht aus wie eine viertklassige Absteige. Ist als Gastwirtschaft von außen kaum zu erkennen. Ja, so häufen sich die Zufälle. Auch der Beamte Pingel bestritt erst, mit seinem Mitangeklagten Katranidis in einer Kneipe in der Bremer Reihe zusammengetroffen zu sein. Später gab er es zu.

Die Ehepartner sagen als Zeugen aus. Ihr Mann und seine Frau. Die Griechin, gereift, intelligent, sagt: „Wir waren mehrfach bei Frau R. Bei ihr habe ich zum erstenmal im Leben Erdbeeren mit Milch gegessen. Wir haben auch die Erdbeeren zusammen gesäubert. Herr R. fuhr uns hinterher nach Hause. Jetzt in letzter Zeit gab es viel Belastung und viel Unruhe. Herr R. hat mich zusammen mit zwei Männern in Lederjacke bedroht: Wehe, wenn Sie was sagen! Ich hatte Angst."

Dann ging es um die Wohnungsverteilung. Wenn auch sehr knapp. Staatsanwalt Sommers Bitte, genauer zu recherchieren, wurde doppelt abgeschmettert.

Verteidiger: „Es ist ja geklärt. Meine Mandantin hat alle 22 Fälle vergeben."

Sommer: „Das erklärt nicht, warum Akten frisiert wurden. In sämtlichen 22 Vorgängen war es so, daß die Lebensverhältnisse anders lagen, als sie in der Akte dargestellt waren. Sie stimmten nicht mit der Realität überein. Die Personenzahl einer Familie wurde verändert, die Kinderzahl erhöht und Absender gefälscht. In mehreren Fällen z. B. erfand Frau R. ein Schrebergartengelände, das schon zwei Jahre vorher geräumt worden war. Von diesen Einzelheiten wußte der Wohnungssuchende überhaupt nichts. Das wurde nur zwischen Sokratis I. und Frau R. geschaukelt."

Der Vorsitzende: „Stimmt. Das sagt aber nichts über den Empfang von Geld oder nicht aus. Also, Frau R., wie kommt es, daß Sie so viel mehr Wohnungen für Gastarbeiter zur Verfügung hatten als für andere?"

Sie: „Es gibt Leute, die ganz spezielle Vorstellungen haben. Größe, Gegend. Einbauten. Andere sind froh, wenn sie überhaupt ein Dach über dem Kopf haben. Hamburg 6 ist für viele unannehmbar. Die sagen: Richtung St. Pauli - da wollen wir nicht hin."

Studenten schon. Das ganze Karolinen-Viertel ist ja erst durch die vielen kleinen griechischen Lokale attraktiv geworden: „Rigas Ferreos", „Sokrates", „Taverna Mikis", „Z", „Taverna Knosses", „Stoa".

Dann die Frage: „War denn mal jemand bei der Geldübergabe dabei?"

Sokratis I.: „Nein. Ihr Mitarbeiter verschwand immer mit einer Akte unter dem Arm, sobald ich kam. Die Tische standen aneinander. Frau R. öffnete ihre Schublade und ich legte das Geld rein. Von der anderen Seite hätte man es gesehen. Ich hatte inzwischen Routine. Ich habe mir auch nichts dabei gedacht. Ich fand es billig. Vielleicht mag sie jetzt nicht sagen, daß sie Ölflecke gemacht hat. So sagt man in Griechenland für unerlaubtes Tun. Aber für uns war das gut. Legal kann man nur Montag und Freitag hingehen. Und Formulare muß man gut ausfüllen, auch wenn man kein Deutsch kann. Und alles geht ganz langsam. Sonderkommission bei Dringlichkeit. Das heißt: nach ein bis zwei Monaten wird die alte Wohnung ausgemessen. Noch ein Monat, dann erst bekommt man die Dringlichkeitsbescheinigung. Dann muß man noch einen Monat warten und sich trotzdem selbst bemühen. Frau R. hatte schubweise Wohnungen zur Verfügung. Die konnte sie nach Laune und Willkür vergeben. Für mich hatte sie immer welche und hat alles wunderbar organisiert. Frau R. schulte mich im Ausfüllen und Frisieren."

Der Vorsitzende bremst wieder.

Staatsanwalt Sommer eindringlich: „Bitte, darf Herr I., ohne unterbrochen zu werden, drei Stunden erzählen, wenn es notwendig sein sollte?"

Er durfte nicht.

Die Herren Richter nehmen übel, wenn die anderen Beteiligten mitdenken und auch Fragen stellen. Sie müssen freilich selten damit rechnen, daß Verteidiger und Staatsanwälte dabei sind, die ihnen zeigen, wo es eigentlich längsgehen müßte.

Der Verteidiger Hahm sagt über Sokratis I.: „Der hat doch alles erfunden."

„Warum sollte er?"

„Damit ihn seine Landsleute nicht verprügeln. Weil er nur so getan hat, als müßte er die Behörden schmieren und in Wirklichkeit selbst das ganze Geld behalten hat."

Staatsanwalt Sommer meint: „Man setzt doch als Beamtin nicht für nichts und wieder nichts alles aufs Spiel. Da muß man doch starke Motive haben. Wenn er nun ein glühender Grieche wäre. Aber wenn man die beiden hier so sieht, weiß man, das fällt weg,«

Ursula R. wird von dem Vorwurf freigesprochen, Geld für die Wohnungsvergabe genommen zu haben. Wegen Meineides erhält sie acht Monate Freiheitsstrafe mit Bewährung und 2000 Mark Geldbuße. Weil umfangreiche Privatkontakte

zwischen den beiden Angeklagten als erwiesen galten.

Sokratis I., trotz seiner Selbstbezichtigung in Sachen passiver Bestechung, muß nur wegen Annahme unangemessen hoher Entgelte für Dolmetschen eine Geldbuße von 3400 Mark und 2100 Mark zahlen. Der Angeklagte hat pro Wohnungsvermittlung von seinen Landsleuten 2000 Mark genommen. Ihm ist nicht zu widerlegen, daß er davon 1700 Mark an Ursula R. weitergab, so daß er pro Fall 300 Mark in seine eigene Tasche steckte. Das sei Wucher, Wirtschaftskriminalität. Für seine Dolmetschertätigkeit bei Behörde und Landsleuten seien aber nur 150 Mark angemessen.

Endlich erfährt man mal, daß auch Wirtschaftskriminalität bestraft wird. Wenigstens im ganz Kleinen.

Konkret 09/75, S. 37

Christel Buschmann

Barbara Ossenkopp oder die Journalistin

„Frl. Ossenkopp versichert, daß alle geschilderten Begebenheiten wahr sind. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Namen zu verändern oder zu verschweigen.“

Das Recht, alle geschilderten wahren Begebenheiten zu verändern, behält die Redaktion sich sowieso vor, das braucht nicht extra erwähnt zu werden, das versteht sich von selbst, Gewohnheitsrecht sozusagen. Denn obige Passage ist Absatz 3 eines Vertrages zwischen der „Bild“-Zeitung in Form von Chefreporter Willi Schmitt und Barbara Ossenkopp alias „Chinesenbabs“, die „ihre Erlebnisse als Striptease-Tänzerin auf St. Pauli“ erzählen soll und für „ihre Bemühungen ein Honorar“ erhält. Einen Nervenzusammenbruch bekommt sie gratis nach Erscheinen der Zeitung. Willi Schmitt hatte da nämlich verdammt eigene Vorstellungen vom Leben der „sündigen Barbara", der Herr weiß, was Sünde ist.

Trotz Vertrages hat er Chinesenbabs so gut wie gar nichts geglaubt. Nur ihren Namen, um dessen Änderung sie ihn dringend gebeten hatte.

„Wie diese Jungs so arbeiten . . ."

„Es war im Grunde so und das seit mindestens 8 Jahren: wenn jemand nach St. Pauli kam, egal woher, und drehte einen Film, egal worüber, oder brauchte irgendein Mädchen, das ein sogenanntes leichtes war, dann kam er auf die Große Freiheit, zu mir. Das war dann langsam Sprechkundschaft. Weil ich ja immer so schön doof war, ich war so talentiert und mit mir konnte man ja alles machen, die Leute waren froh, daß sie mich hatten. Geh man da hin, nach St. Pauli, geh man zu Babs, brauchst keine Angst zu haben, die Babs macht das schon, die macht das auch billig, der macht das Spaß. Keiner hat mich informiert, was ich wert bin, weil sie mich alle beschissen haben. Und an meinem Familienleben haben sie sowieso fast alles jetzt kaputtgemacht."

Nutte vom Dienst, außer Dienst, für alle „Kulturindustriellen", die die große, weite Welt des Abgrunds goutieren und verwerten wollen, ohne eins auf die Uhr zu kriegen oder womöglich selbst reinzuknallen. Lüstern bis in die Nüstern.

Ihre ersten schlechten Erfahrungen hat sie mit einem Alfred Semrau gemacht. „Der verlegte diese Zeitschrift ‚Eden`. Ein ziemlich blöder Typ. Ich hab damals, vor Licht .fahren, meine ersten Fotos mit einem Buttje gemacht, den ich sehr gut kannte, und der mich auch nicht so beschissen hat - wenigstens meiner Meinung nach nicht-, und der also hat mich diesem Kerl vorgestellt. In irgend 'ner Zeitung oder Illustrierten zu erscheinen, fand ich noch irre und sehr wahrscheinlich aufregend, ich hatte gerade bei Durand im Paradieshof angefangen mit Strippen, im Salome, na ja. Wir haben also Fotos gemacht, in Rissen im Country Club, den ganzen Nachmittag, und ich hab mich über die Brüstung gebeugt und so, is ewig her, na, mit ordentlich Pullover und so'm entsetzlichen BH, also schreckliche Bilder, Quatschbilder, Scheißbilder, Blödsinnbilder."

„Na ja, geschrieben war das denn nachher noch ganz nett, Babsie will Architektin werden, und ich weiß nicht, was alles, alles so'n bißchen aufgebauscht, und der Mann, dieser Semrau, war immer dabei bei der Fotografiererei, und schüttete auch immer reichlich Whisky ein, damit ich schön in Form kam. Kam ich auch, und es waren noch Leute von ihm dabei, und dann bot einer dieser Leute an, mich nach Hause zu fahren, was Herr Semrau wohl anscheinend nicht wollte, er war ziemlich angestoßen auf diesen Typ, und er hat sich dann auch mit dem angelegt, das mag ich nicht haben, mischen Sie sich nicht in meine Sachen' usw., und da habe ich gesagt, erstmal müssen Sie *mich* doch fragen, ob *ich* überhaupt will, vielleicht werde ich auch mal daran beteiligt, an dieser Diskussion, nicht, also sehr unangenehm, ich bin dann abgehauen. Und einen Monat später erschien diese Zeitung. Mehr war das eigentlich nicht. Nur ich hab eben zum ersten Mal gemerkt, wie diese Jungs so arbeiten. Dank meiner großen Klappe hatte er natürlich nicht so viele Möglichkeiten. Aber wenn ich noch ein bißchen blöder gewesen wäre, dann hätte es vielleicht geklappt, es geht mir ja auch nicht ums Bumsen oder nicht, das ist ja nicht so wichtig, aber diese Art, diese Masche... Ne weißte, die die auch beim „Stern" gemacht haben."

Es folgt: der saubere Wohnwagentest. Weil jeder Journalist wieder anders ist irgendwo, und keine Situation wie die andere, und der Mensch auch nur begrenzt lernfähig, und Babs ebenso gutgläubig wie gutmütig und „ich meine, leider Gottes Geld ja in vielen Dingen so wichtig ist und ich immer ehrlich dachte, Mensch, vielleicht kannste mit'n bißchen Geld noch was Witziges machen, vielleicht sind Zeitungen auch Reklame für dich, einfach so, bin ja auch Geschäft irgendwo, nicht?"

Der saubere Wohnwagentest

Darum: Es kommen also zwei „Herren" zu Babs ins Erotiktheater Salambo, „ein Herr Rossberg und ein Herr Will", „als Gäste getarnt". Sie setzen sich an den Tisch, lassen eich wie Gäste behandeln, laden Babs und noch zwei andere Mädchen zum Whisky ein und wispern so ein bißchen rum. „Da hör ich auf einmal, wie der eine zum andern sagte, du, das wär doch was für uns, und zeigt auf mich. Und dann sagt er, komm und sag mal, hättest du Lust, mit uns nach Westerland, Fotos zu machen? Ich denk, was macht ihr denn schon für Fotos, na. Ja, sagt der eine, paß mal auf, was verdienst du hier? Und da kriegte ich damals, 1973, ich sag, 50 Mark, du. Da sagt er, paß auf, da kriegste von uns 150 am Tag. Wir machen nämlich son' Wohnwagentest, wir müssen so Autos testen, 5 verschiedene, und wir brauchen, damit das ein wenig hübsch ist und sich sicherlich auch besser verkauft, hier, die moderne Verkaufspsychologie, Mädchen im Bikini und so, damit es ein bißchen appetitlicher wohl aussehen sollte. Und ich und ein Mädchen, was ich noch kennenlernen würde, sollte denn da diese Dinger aufbauen und hinsetzen und hier und tralala. Und ich war, wie gesagt, in dieser Beziehung sowieso sehr blöd, was heißt blöd, naiv und doof und unerfahren, und habe gesagt, ja, klasse und habe gedacht, da krieg ich 150, hier krieg ich 50, hab da noch zwei Tage Urlaub Westerland, vorher nie gesehen, gut mach ich."

In der nächsten Woche hat Babs sich dann auch gleich den „Stern" gekauft, und da standen Rossberg drin und Will, Fotograf, und da hat sie gedacht, „na ja, dann hem se nicht wesentlich gelogen".

Sie wird abgeholt, noch ein Mädchen ist dabei, man fährt nach Sylt, und auf der Fahrt sagt „Herr Kurt Will zu mir, so beiseite, du, ich möchte nicht, daß du ihr, Ilona hieß sie glaub ich, erzählst, daß du Striptease-Tänzerin bist, die kommt nämlich aus einem . . . das ist nämlich son' Mädchen, also das ist ein Mädchen, das würde die sehr schockieren. Ich sag, was soll *der* Quatsch denn und, was issn' dabei. Na jedenfalls wollte er das nicht."

Sie kommen irgendwann morgens in Westerland an, es ist entsetzlich kalt, „und er hatte so'n weißen Volkswagen mit Verdeck oben, der wurde natürlich aufgemacht, damit man gesehen wurde, und da sind wir da rumgekurvt und haben dann nach langem Suchen irgendwelche zwei Wohnwagen gefunden, und die haben wir dann auch mit Mühe und Not aufgestellt. Und dann schickte Herr Will uns Mädchen in einen dieser Beate-Uhse-Shops, da soll ten wir Präservative kaufen, Pakete in verschiedenen Farben, wir haben das auch gemacht usw. und noch so kleine Pideltüten geschenkt gekriegt, mit irgendwas drin, so mit Marmelade, damit das besser geht sehr wahrscheinlich, weiß ich nicht, jedenfalls haben wir die auch noch eingesteckt, und das fand ich dann alles schon ziemlich sehr doof."

Als sie wieder zu den „Männern" kommen, „suchen die immer noch irgendwelche Wohnwagen, da waren immer noch bloß zwei erst. Wir sind also alle Kaffeetrinken gegangen, weil die Wagen nicht kamen oder so, und Ilona, wahrscheinlich inspiriert durch die Leute, die da alle nackt rumliegen, sagt, Mensch, weißte was, ich war mal in diesem Salambo, und da sind so Frauen, mit sooo'm Riesengummischwanz, o Gott, wie entsetzlich und so, und der Will tritt mir unterm Tisch auf die Füße und ich sag, na ja, macht ja nischt, soo groß waren se nun bestimmt auch wieder nicht."

„Und dann sind die Typen zum Glück verschwunden und haben wohl, ich weiß nicht was erledigt, ich hab ihr natürlich gleich erzählt, was ich mache, diese verzickte Scheiße hat mir gestunken, und sie sagt, weiß ich auch nicht, was der Zirkus soll, ist doch nicht schlimm, ich glaub, ich hab dich auch gesehen da. Jedenfalls hab ich abends den Will auch noch ziemlich angewichst, hab gesagt, weißt du, du bist doch eine ziemliche Sau, ich weiß nicht, als was du mich hier angeheuert hast, als Fotomodell oder irgendwas, kannst ihr doch sagen, daß ich Striptease-Tänzerin bin, stört sie doch überhaupt nicht, du willst vielleicht, daß sie das stört, aber ich glaub nicht, daß sie das wirklich stört. Na ja, wir waren dann noch baden, er war etwas gesäuert, und ich hab dann schließlich gesagt, so o. k., denn fahren wir wohl jetzt mal in die Pension. Und er dann, Pension? Wieso Pension? Wir haben doch hier zwei Wohnwagen. Ich sag, wieso, soll ich denn hier schlafen oder was? Und da dacht ich, ich soll mit der Ilona schlafen, nicht, und es ergab sich aber, daß die mit dem Kurt Will da in den Wohnwagen einstieg und ich mit dem andern in den andern rein sollte. Hab ich auch gemacht, war bis dahin ja noch in Ordnung, nicht?"

Fotos waren noch nicht gemacht?

„Nee, Fotos waren noch gar nicht gemacht. Die suchten ja noch die andern drei Vergleichsmöglichkeiten da an Wohnwagen. Na ja, und dann hörte ich die Geräusche dieses entzückenden Liebesspiels, die hauen wahrscheinlich die mehrfarbigen Präservative ausprobiert da nebenan, und dann wurde der Rossberg auch etwas unruhig, na ja, ich hatte nun überhaupt keine Ambitionen auf diesen Mann, fand diese krummen Touren einfach Scheiße. Wenn die gesagt hätten, du, wir wollen bumsen fahren, dann hätt ich entweder ja oder nein gesagt, an oder ab, aber auf so'ne blöde Tour, wir machen Fotos. . ."

„Der Gag kam dann am nächsten Morgen, die Stimmung war ein wenig gespannt sozusagen, und die beiden Männer hauten ab, angeblich, um eine dritte Person zu suchen, als Testobjekt oder irgendwas, und irgendwann mittags kamen sie wieder und da sagte der Kurt, du, paß mal auf, der Mann, der noch kommt, ist gerade krank. Das war köstlich. Und du, die Ilona bleibt hier, die hat hier noch ne Freundin die sie besuchen will. Sehr wahrscheinlich sollte die meine Stelle vertreten. Du kannst mit dem Zug fahren, wir bezahlen dir den Ausfall natürlich. Das sind für mich primitive Kerle, die sowas machen."

„Das ist Scheiße, das geht nicht"

„Da waren zwei Herren, ein Herr Höpker und ein Herr Imbeck, zwei sehr sympathische Herren, finde ich heute noch, auf ihre Art und Weise, nicht? Die sprachen mich auf der Großen Freiheit an. Ich hatte mich gerade mit René Durand erzürnt und arbeitete im Fifty Fifty, ein ganz schlimmer Laden, keine gute Reklame für mich. Ich hatte die beiden noch gebeten, da nicht son' Wind draus zu machen, aber umsonst. Na ja, das versteh ich schon, daß die Journalisten das auch auf diese üble Art und Weise immer bringen wollen, aber trotzdem. Na ja, und ich hab wieder gedacht, ‚zwei, drei Bilderchen`, ‚kleine Geschichte über Sie` und Gott, ‚Stern` ist für mich immer noch 'ne ganz vernünftige Zeitung, verhältnismäßig. Wir haben Interviews gemacht, mein Beruf und Gäste und hallollo und Erfahrungen usw. und eine ganze Menge Bilder, phantastische Fotos, also Bilder über Bilder. Und dann kriegte ich 300 Mark und ein Zettelchen, wo ich unterschreiben sollte, das wäre angeblich die Quittung. Und ich Idiot hab das natürlich geglaubt und unterschrieben, und wie ich später erfahren habe, waren sämtliche Rechte damit weg. Es erschienen nicht ein paar Bilderchen, sondern zwei drei Seiten im Stern, und ich weiß nicht wieviel, später kommt ein holländischer Kollege und bringt mir das ‚Panorama' aus Holland: die gleiche Geschichte in Holländisch. Ein paar Wochen später kommen Freunde aus Italien: die gleiche Geschichte in Italienisch. Dann ‚Saturday Titbits`, eine Horrorzeitung aus England, so in dem Stil Wochenend oder irgendsowas Schreckliches, Titelseite auch noch. Wer weiß, wohin sie das noch verkauft haben. Und ein Foto davon hat der „Stern" mal in Zusammenhang verkauft mit einer Geschichte, ‚Mädchen auf dem Straßenstrich`, mit der ich überhaupt nichts zu tun hatte. Meine Güte, es hätte ja 'ne Frau vom Senator sein können, die jetzt spazieren geht mit ihren Hunden, und dann steht so'n Spruch drunter. Das ist Scheiße; das geht nicht."

Es gibt Fotos von Babs, die in fünf verschiedenen Zeitungen in fünf verschiedenen Zusammenhängen erschienen sind, mit denen sie absolut nichts zu tun hat. Das erklärt sich unter anderem dadurch, daß Fotos von richtigen Prostituierten Mangelware sind, meistens geht wenigstens die Kamera bei drauf.

Die Wahrheit des Herrn Bredenberg

„Auch die Bilder, die Herr Volker Bredenberg von der ‚Morgenpost' bei mir mal in der Garderobe gemacht hat, werden laufend immer wieder irgendwo veröffentlicht, für alle möglichen Zwecke. Apropos Bredenberg - einen Tag vor meinem Film ‚Susi`, den ich mit Wolf Wondratschek gemacht habe, kommt Herr Bredenberg an und sagt, Mensch Babs, das find ich ja Klasse, morgen abend im Fernsehen, dufte, ich finde, da machen wir 'ne dufte Story. Da hab ich gedacht, na ja, wat solls. Er machte Fotos also und fragte mich auch, warum ich den Film gemacht und was ich dafür gekriegt hätte. Ich sage, 500 Mark, aber du, das h-h ich gemacht, weil der Wondratschek, dem ich gerne helfen wollte, weil der 'ne Chance hatte, als Journalist was zu bringen, ein fabelhafter, intelligenter Junge ist. Ich hätte den Film vielleicht auch ohne Geld gemacht, nicht aus Publicitygeilheit, sondern weil es Spaß macht, mit einem vernünftigen Menschen was zu bringen. Und da stand in der Nachtausgabe die größte Sauerei überhaupt, auf der ersten Seite unten, ein altes Bild von mir: Striptease-Star von St. Pauli heute abend im Fernsehen. Sie zur Redaktion: Ich habe diesen Film gemacht, weil ich mit Herrn Wondratschek bumsen wollte. Und dann drinnen nochmal so'n Ding. Na, ich bin wahnsinnig geworden, hab geheult vor Wut und habe den Bredenberg angerufen, und der hat gesagt, versteh' ich nicht, das ist doch witzig."

Als Babs aufhörte, auf St. Pauli zu arbeiten und aufs Land zog und nichts mehr gemacht hat außer Sonnen und ein bißchen Musik, sagte sie sich, ich brauche Geld, also ruf ich doch mal bei der ‚Morgenpost' an, diesmal laß ich mir die Sachen vorlesen, bevor sie gedruckt werden. „Vielleicht interessiert die Leute, was aus einem Mädchen wie mir geworden ist."

Das interessierte die Leute schon, aber nicht so, wie sie dachte.

„Der Bredenberg kam vorbei, und ich bat ihn sehr herzlich darum, meinen Nachnamen nicht zu erwähnen, weil ich meine Familie da raushalten wollte, meine Eltern wohnen in einer Kleinstadt, und dieses ganze Breittreten, das ist doch unangenehm, die Leute zu zermartern, so richtig Klatsch und Tratsch rauszureißen. Es ist im Grunde doch auch gar nicht

wichtig, wie groß mein Bruder und wie breit mein Vater gebaut ist. Als die Geschichte fertig war, hab ich sie also gelesen und gesagt, Mensch, da haste wieder ganz schön rumgesponnen, und er, ja, ist ja noch nicht ganz zu Ende, mach ich noch anders, und in dem Tempo. Und ich hatte auch viel zu tun und anderen Arger, und hatte wieder so eine Phase, wo ich dachte, naja, hat ja doch alles keinen Wert, dies Krakeelen. Aber, da wurde mein Vater krank, und ich kriegte Angst, weil man sagte, er dürfte keine Aufregung haben, daß er zufällig die Geschichte in die Hände kriegen könnte. Das wollte ich nicht."

„Also rief ich in der Redaktion an, den Bredenberg konnte ich nicht erwischen. Ich bekam jemand anders, der mich aber kannte, und sagte, wissense was, mein Vater ist sehr schwer krank, und ich möchte um keinen Preis, ich weiß, das ist für Sie uninteressant, das ist privat, das ist mein Privatleben, ich weiß, daß Sie darauf scheißen, so süchtig, wie die Leute da sind bei Ihnen, aber für mich ist das eben wichtig, also, daß Sie das veröffentlichen. Nein, sagt er, das erscheint auch erst in ein paar Monaten, wir haben gar keinen Platz. Und zwei Tage später glaube ich, kriege ich dann den Umschlag mit den Fotos, die sie sich geliehen hatten, und dabei steht, dankeschön, Story beginnt morgen. Am nächsten Tag war sie drin, mit entsetzlichen Diskriminierungen, mit und ohne Beate-Uhse-Artikeln erfreute sie die Gäste und man fand sie in billigen Absteigen usw., also wirklich 'ne Schweinerei. Und in der Kleinstadt hat ja keiner einen Blick hinter die Kulissen. Mein Vater ist dann gerade in der Woche danach gestorben, die haben mich auch gar nicht zur Beerdigung eingeladen, sie haben gesagt, ich hätte ihm zuviel Kummer gemacht, und das war dann ja auch sehr glaubwürdig. Danach habe ich gleich 20 Pfund abgenommen, ne schwere Gastritis gehabt, das hat mich umgeworfen."

Nichtsdestotrotz - und das ist ihr Zwiespalt, mit dem sie nie fertig werden wird -kann auch noch ein Herr Braum landen. Es geht zwar so los:

„Bin ich gutmütig oder bescheuert?"

„Ich bin, wissen Sie, unheimlich sauer auf die ‚Morgenpost', so was mache ich nicht mehr mit." Aber im Hinterstübchen denkt sie „Mensch, du verdienst ja nischt auf dem Land, und wenn der Europa-Report wirklich 30 Prozent des Nettogewinns zahlt, das ist doch noch 'ne Möglichkeit, und dann ist Ende".

Babs schreibt ihrer Mutter einen Brief, sie sollte, falls was erscheinen würde, nicht durchdrehen, sich nicht die Ohren vollquatschen lassen, es gäbe eben viel Geld dafür, sie bekäme auch was ab.

Und diesmal wollte sie es noch schlauer machen. Sie wollte die Geschichten nicht nur lesen, sondern auch einen Vertrag, den sie vorher ihrem Anwalt vorlesen konnte. Sie hat auch schon „gewisse Dinge" anders formuliert weil sie gelernt hat, „daß man gewisse Dinge nicht sagen darf". Herr Braum sitzt also da, „fett und schwitzend", „ich hab angefangen zu erzählen, wieder von vorne".

Leider passiert erneut ein kleines Malheur. Braum besorgt sich ein Foto von ihrem alten Freund John, einem Holländer, der sich später schwer empört, in Holland zu lesen, daß er Babs heiraten wolle und ihren Sohn Alexander adoptieren. Auch seiner neuen Freundin und deren Eltern paßte das nicht besonders und Babs war wieder „mit den Nerven zu Fuß".

Auch ihre Idee, es jetzt mal anders, und also aus ihrer Tochter Petra Alexandra einen Sohn zu machen, „damit das mal endlich aufhört mit zu Hause", brachte ihr nichts Gutes. „Mein Bruder hat dann den bescheuerten Spruch losgelassen und gesagt, seit wann hast du 'neu Sohn? Ich sage, das hab ich extra gemacht. Und er: na, irgendwas muß ja dran stimmen."

„Es gibt eben immer noch viele Leute, die sagen: Das stimmt, das habe ich in der Zeitung gelesen."

Babs schreibt dann irgendwann Herrn Braum, er möge doch beim Verkauf seiner Geschichte in alle Himmelsrichtungen berücksichtigen, daß ihr Name unerwähnt bleibt, das hatte er zugesagt, und sie bäte um die Abrechnung. „Und da schrieb er mir, der größte Schwachsinn, mein Familienname könne nicht wegbleiben, da das eine ‚journalistische Verfälschung' wäre. Also diese zehn Seiten waren fast von vorne bis hinten verfälscht. Und dann kam der Clou: Ich drehe das Blatt um und da steht: Abrechnung. Quick/Holland: 500; Reeperbahn/Hamburg 250. So das waren 750. Dann ging es los. Bielefeld-Hamburg (der Mensch kam aus Bielefeld) BMW sowieso, blubblubblubblubb, Benzingeld und Unkosten 700 Mark. Dann Fotomaterial blablabla, also insgesamt 1300. Sie sehen, von einem Nettogewinn kann noch nicht die Rede sein, aber die Produktion geht weiter. Ja, und dann kriegte ich von Gott und der Welt von überall her diese Scheißgeschichten geschickt,

und nicht eine einzige Mark."

Durch einen Anwalt versuchte Babs dann zwar zu protestieren („Frl. Ossenkopp lehnt es ab, Kilometergeld für Ihr Luxusfahrzeug in Höhe von 0,50 DM pro km zu zahlen. Ein Flug wäre in jedem Falle billiger gewesen."), aber sie hat dann gedacht, was soll das eigentlich alles. „So 'ne Zeit war das mal wieder."

„War meine Schuld, is' meine Schuld. Die einen sagen, ich bin gutmütig, die anderen nennen das bescheuert. Ich weiß es auch nicht."

„Diese Sauerei war zu groß"

Unter „miesester Journalist überhaupt" läuft bei Babs vorgenannter „Herr Willi Schmitt", der vorerst letzte in ihrer Sammlung. Er, der in seiner kürzlich in „Bild" erschienenen Titelserie über Babs, ihr angekündigt unter dem Thema „Interessante Persönlichkeiten in unserer Stadt" und gedruckt unter „Strip-strip-hurra!", kann sich freuen, daß er noch lebt. Jetzt, nach 8 Jahren Journalistenpraxis, droht Babs überzukochen. Babs wußte zwar, daß nichts so dastehen würde, wie sie es erzählt hatte, aber „es kam so schlimm, daß ich mich diese sechs Tage nirgends mehr blicken lassen mochte. Er hat alles aber auch völlig verdreht, ich bin vom Heulen ins Lachen gekommen, das war so furchtbar, ich habe gezittert vor Wut. Das war das erste Mal, daß ich vorhatte, mir zwei Rocker zu kaufen und den richtig aufzumischen. Diese Gefühle habe ich immer unterdrückt. Aber diese Sauerei war zu groß. Ich war einfach so fertig und dachte, der muß was auf die Fresse kriegen. Ich hab mich so geschämt."

Babs' Mutter nimmt denn auch diese Artikelserie zum Anlaß, vor Gericht zu gehen, um Babs das Sorgerecht für ihre Tochter Petra zu entziehen:

„Ich überreiche drei Zeitungsausschnitte vom 26. - 30. 5. 1975. Die Mutter, welche sich so aufführt und ihre Nacktheit zu Geld macht, ist nicht in der Lage, ihrem Kind eine erzieherische und vorbildliche und vertraueneinflößende Mutter zu sein."

„Da bin ich zusammengebrochen."

Und die Moral von der Geschicht?

Die gibt es nicht.

Konkret 09/75, S. 42

Hans Christoph Buch

Die Freiheit des freien Schriftstellers

Praktische Erfahrungen im Umgang mit der Zensur

Ende April dieses Jahres werde ich aufgefordert, einen Kurzkommentar zu einem Kulturmagazin im Dritten Fernsehprogramm des SFB beizusteuern. Motto: Drei Minuten Meinung. Ich soll zu einem selbstgewählten Thema drei Minuten lang meine Meinung sagen - meine persönliche Meinung, wohlgemerkt, nicht die der Redaktion oder des Intendanten. Mein Vorschlag, gegen die pauschale Gleichsetzung von Anarchisten mit Terroristen anzuschreiben, bleibt schon beim ersten Vorgespräch auf der Strecke. Alles, was auch nur von ferne an die „Baader-Meinhof-Bande" erinnert, so werde ich belehrt, ist bei diesem Sender tabu; an Stelle von Differenzierung ist hier nur Diffamierung erlaubt.

Wir einigen uns schließlich darauf, daß ich über den im Bundestag anstehenden Gesetzentwurf zur „Propagierung von Gewalt" sprechen „darf" (vgl. KONKRET vom Juni dieses Jahres). Hier fühle ich mich als Autor persönlich betroffen, denn nach dem Willen der Bundesregierung - die in diesem Fall mit der Opposition am gleichen Strang zieht - soll in Zukunft jede Form der „Propagierung von Gewalt", auch wenn sie als theoretische Untersuchung oder verbale Distanzierung „getarnt" ist, mit Geld- oder Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren bestraft werden.

Im Klartext bedeutet das, wie Karl Markus Michel im „Kursbuch" gezeigt hat, die Wiedereinführung der Zensur: Das geplante Gesetz richtet sich nicht nur gegen Autoren, sondern auch gegen Drucker, Verleger und Buchhändler, ja, es soll sogar rückwirkend angewandt werden, so daß im Ernstfall auch Kant und Hegel als Gewaltprediger verboten werden müßten -schließlich haben beide die Französische Revolution gerechtfertigt.

Um die nötige „Ausgewogenheit" in meinem Kommentar herzustellen, verweise ich auf England und die USA als Vorbild, wo die bürgerlichen Freiheiten ernster genommen werden als bei uns, und komme zu dem vorsichtigen Schluß:

„Ich bin von Beruf freier Schriftsteller, und meine Freiheit besteht unter anderem darin, Dinge zu sagen und zu schreiben, die ein festangestellter Journalist oder Redakteur, aus welchen Gründen auch immer, nicht sagen will oder kann. Ich habe Angst, daß mir diese Freiheit genommen werden soll. Gerade wer sich zu Recht über die Unterdrückung der Meinungsfreiheit in sozialistischen Staaten empört, sollte jeden Versuch, die Meinungsfreiheit im eigenen Land zu beschneiden, energisch zurückweisen."

Am Abend vor dem geplanten Aufnahmetermin ruft mich der zuständige Abteilungsleiter vom SFB an und eröffnet mir, daß mein Kommentar nicht gesendet werden dürfe und deshalb auch nicht aufgenommen zu werden brauche. Eine schriftliche Begründung für diese Entscheidung lehnt er ab, nennt aber am Telefon u. a. folgende Gründe:

· Ressortüberschneidungen zwischen Kultur und Politik - so als gäbe es heute bei uns einen ernst zu nehmenden Autor, der sich bei ähnlicher Gelegenheit nickt politisch äußert;

· das Thema sei einfach „zu groß" - so etwas müsse in einer „Open-End-Diskussion" abgehandelt werden, leider seien für das laufende Jahr jedoch alle Termine ausgebucht;

· einschlägige Hinweise in meinem Text, wie eine historische Parallele zur Restauration nach 1848, müßten erst von „Fachleuten" überprüft werden; wie es denn komme, daß er, der Abteilungsleiter, von dem geplanten Gesetz „noch nichts gehört" habe? Anscheinend mutmaßt er, ich hätte das Ganze frei erfunden, ebenso wie die angebliche Restauration nach 1848, von der er auch noch nie gehört hat.

Am Schluß des Telefongesprächs empfiehlt er mir die Publizistin Karena Niehoff als Vorbild, die in ihrer Kolumne für die Sendung (über Rechtstendenzen in der Bundesrepublik) ähnliche Vorgänge nur plaudernd gestreift habe. Offensichtlich hat der Mann mit der Logik Schwierigkeiten: Einerseits ist das Thema „zu groß" für drei Minuten, andererseits genügt es, wenn man es lediglich flüchtig antippt.

Ein paar Tage später teilt mir Karena Niehoff am Telefon mit, daß ihr Kommentar ebenfalls abgesetzt worden ist. Schriftliche Begründung: Keine. Mündliche: „Nach Stockholm" sei beim SFB „nichts mehr möglich".

Wir beschließen, gemeinsam die Presse zu informieren; Öffentlichkeit herzustellen ist für einen Autor das einzige Mittel, sich zur Wehr zu setzen. Was folgt, ist eine Odyssee durch mehrere Zeitungsredaktionen, die noch lehrreicher ist als der, vergleichsweise unbedeutende, Anlaß.

Der *Spiegel* bringt nach langwierigen Telefongesprächen eine winzige Meldung, die nur die halbe Wahrheit enthält; mein Fall wird einfach unterschlagen, mit der -vom SFB kritiklos übernommenen - formalen Begründung, daß beides „nichts

miteinander zu tun" habe.

Die *Süddeutsche Zeitung,* für die ich, ebenso wie für den Spiegel, gelegentlich schreibe, kommt nach sechs Wochen (!) zu dem Schluß, der ganze Vorgang sei nur von regionaler Bedeutung; außerdem habe jede Redaktion das Recht, Beiträge abzulehnen.

Die *Frankfurter Rundschau* kann sich nicht entscheiden, ob ihre Berliner oder ihre Frankfurter Redaktion in dem Fall zuständig ist; ihr Chefredakteur schreibt mir bedauernd, daß er das Verhalten des SFB in meinem Fall „nicht verstehe".

Der Westberliner *Tagesspiegel* nimmt es mit der Ausgewogenheit so genau, daß er, nachdem ein Mitarbeiter mehrere Wochen lang recherchiert hat, am Ende gar nichts bringt.

Drei Monate vergebliches Warten, angefüllt mit zahlreichen Briefen und Ferngesprächen (natürlich auf eigene Kosten), so endet der Versuch von zwei Autoren, für ihr Recht auf Meinungsfreiheit einzutreten. Das mir zustehende Ausfallhonorar vom SFB habe ich bis heute nicht bekommen.

Wie hieß es doch so schön in meinem Kommentar:

„Ich bin von Beruf freier Schriftsteller, und meine Freiheit besteht unter anderem darin, Dinge zu sagen und zu schreiben, die ein festangestellter Journalist oder Redakteur, aus welchen Gründen auch immer, nicht sagen will oder kann."

Pustekuchen.

Konkret 09/75, S. 43

Hermann Peter Piwitt

„Die blödsinnige Realität“

Was liest die studentische Linke? Wandzeitungen und Parteiblätter statt „schöner Literatur"? Eine Umfrage unter Bremer Philologie-Studenten gibt Aufschluß. KONKRET-Autor Hermann Peter Piwitt interpretiert sie:

Im Mittelalter war Wissenschaft nur denkbar und praktizierbar dadurch, daß Wissenschaftler davon ausgingen, die Erde sei flach und die Sonne drehe sich um sie. Wissenschaft in Westdeutschland mußte bis vor kurzem vereinbar sein mit dem Glaubensartikel, daß Kapitalismus und Demokratie unteilbar seien, daß das Geld „arbeitet" und wir verhungern müßten, wenn Unternehmer uns nicht Arbeit gäben.

Mittlerweile werden in Bremen Forschungsergebnisse auch unter andern Voraussetzungen erzielt, und das nicht zu knapp. Dabei kommt es zu Konflikten 1. mit der sozialen Psyche vieler linksgerichteter Studenten, einer Gefühlsvergangenheit, die von Haus und Schule aus mehrheitlich noch immer bürgerlich-mittelständisch ist. Und z. mit dem Bedürfnis des Staates, mit möglichst geringen finanziellen Mitteln und in möglichst kurzer Zeit funktionierende Akademiker heranzuziehen. Entsprechend widersprüchlich lesen sich die Antworten der angehenden Lehrer in Bremen, die über ihr Leseverhalten befragt wurden: Sie klagen über Zeitmangel und Konzentrationsschwäche. Sie halten sich zugute, daß sie sich fast nur noch für wissenschaftliche und politische Fachliteratur - statt für Belletristik - interessieren; aber sie empfinden die Fachliteratur selbst wieder als ermüdend, zu schwierig geschrieben und oft unbefriedigend. Zwar hat man Peter Schneider und Plenzdorf gelesen, aber so eine Begründung - vor allem, weil die Bücher dünn und „in einer Nacht durchzulesen" sind.

Einerseits steht die „schöne Literatur" nach wie vor im Geruch, „bürgerlich", „individualistisch", „affirmativ" zu sein; man wirft ihr vor, die gesellschaftlichen Probleme zu literarisieren; Kunst - heißt es geradezu altfreudianisch - tauge nur zum Verdrängen und Sublimieren; andererseits wird von vielen als Nachteil empfunden, wie sehr das Studium der Fachliteratur die individuellen seelischen Bedürfnisse, Interessen und Nöte der Studenten außen vor läßt, wie wenig Gelegenheit zu gefühlsmäßiger Identifikation sie bietet. Was, so fragen sich viele, haben diese „objektiven gesellschaftlichen Prozesse", die da an Literaturdenkmälern sichtbar gemacht werden, mit mir zu tun, mit meinem Wunsch nach ästhetischem, das heißt sinnlichem Ausdruck, nach Glück?

Hier Selbstverleugnung, mit puritanisch-donatistischen Zügen, realitätsverfranste oder abstrakte politische Geschäftigkeit, die es dem einzelnen Schwermacht, an den politischen Zielen und Erkenntnissen ein persönliches Interesse auszumachen („Wann ruft der Stuga K/Ä endlich zur KÄ/VV auf?" - „Solidarität mit dem unterdrückten Volk von Oman!"). Dort Flucht aus der Wirklichkeit zu Kafka, dem frühen Sartre, dem späten Hesse oder gar Maharishi Mahesh Yogi. Das sind die Pole, zwischen denen sich mancher Student so oder so falsch entscheidet.

„Im Gegensatz zu meiner Kinderzeit ist mir der Inhalt der Bücher heute das Wichtigste", schreibt da einer und ahnt wohl selbst nicht einmal, was für ein deprimierender Rückschritt das ist. Oder es schreibt einer: „Ich war auf einer Wolke und wurde immer versessener, auf dieser Wolke zu bleiben. Zum Glück bin ich heute nicht mehr auf dieser Wolke. Nach viel Arbeit und bitteren Erfahrungen. Romane lese ich kaum, eigentlich gar nicht mehr. Ich halte mich da an Fachliteratur, da gibt's keine Helden . . . wenn man sie richtig angeht."

Wo auf diese Weise die Phantasie, die Fähigkeit zum schöpferischen Träumen, die Lust „sich Bilder zu machen" aus der Beschäftigung mit der Literatur verbannt wird, da sucht sich das Unterbewußtsein, das Gefühl, natürlich anderweitig ein Ventil: Krimis, sentimentale Beat-Texte und Action-Filme bekommen plötzlich jene Lebensersatz-Funktionen, die man der Kunst eben noch unterstellt hatte und mit ihr vermeiden wollte.

Was geht hier vor? Zunächst einmal gestattet die Studienzeitbegrenzung kaum noch, sich mit Romanen und Gedichten wie früher zu beschäftigen. Das heißt, die unwirtschaftliche bürgerliche Wirtschaftsweise ist mit schuld daran, daß das bürgerlich-humanistische Erbe nicht lebendig bleibt. Aber hier liegt nur ein Grund für Askese. Mindestens ebenso stark wirkt sich nach wie vor das tiefe Mißtrauen aus, das sich auf Marcuses These vom „affirmativen Charakter der Kultur" gründet. Welche Rolle Theater, Fernsehen, Romane im Klassenkampf von oben spielen, welche Wirkung sie auf die soziale Psyche der Mehrheit haben, erleben Studenten tagtäglich.

Was dagegen ein aufgeklärter Roman, ein Gedicht, das schön und subversiv ist, für die Entwicklung *ihres* Gefühls, *ihrer* sozialen Psyche, *ihres* sinnlichen Ausdrucks leisten könnte, wollen sich viele noch nicht wieder eingestehen. Zu groß ist offenbar die Enttäuschung über die Illusionen gewesen, die man als Kind, als Heranwachsender bei Lektüre genährt hat. Daß man bei Balzac ebensoviel - bloß anders - über bürgerliche Wirtschaftsweise erfahren kann wie bei Marx, das muß offenbar erst wieder gelernt werden. Daß der logischdiskursive Weg der Wissenschaft *ein* Weg zur Wahrheit ist, der Weg der Literatur ein ganz anderer, wird offenbar als Zumutung empfunden von denen, die hinter der Welt der Erscheinungen, Bilder und Gefühle, also der Kunst, nur ein Manöver der „Herrschenden" wittern, um von den „Gründen" abzulenken.

Tatsache ist, daß die frühe Kultur der Seele, die differenzierte Psyche, zu der ein bürgerlich Heranwachsender gelangt, nicht einfach rückgängig gemacht werden kann durch Selbstverleugnung und Unterordnung unter das höhere politische Prinzip, die sogenannte „Sache". Wer mit 12 oder 14 am wohlgefüllten Bücherschrank der Eltern die Tage verträumen konnte, wird mit 20 ein anderer Mensch sein als jemand, der mit 14 an der Drehbank stand. Linke politische Gruppen sollten das berücksichtigen, wenn sie vermeiden wollen, daß ihnen Parteigänger plötzlich ausscheren und auf der Suche nach anderem seelischen Kraftfutter als es Fachliteratur oder Bredel und Gotsches Romane bieten können, Karin Strucks „Mutter" oder dem schon erwähnten Maharishi Mahesh ins Messer laufen.

Tretjakov schreibt einmal von jenen Intellektuellen, die „ihre Klasse, in der sie geboren und erzogen wurden, verlassen mußten und über eine schreckliche Seereise durch die Schlünde des Individualismus, Anarchismus und der Prinzipienlosigkeit zur Klasse der Produzenten gelangten, eine Seereise, die vielleicht schrecklicher ist als die des Kolumbus, als er sich vom Festland losriß, um die Neue Welt zu finden". Diese „Seereise" gewaltsam abkürzen zu wollen, indem man seitens politischer Gruppen „Selbstverleugnung", Hintanstellung „persönlicher" Interessen und Gefühle fordert, schafft Krüppel und „drop outs".

„Ist`, fragte mich kürzlich ein Student, „ist das Verlangen eines Arbeiters nach Lohnerhöhung vielleicht weniger ‚persönlich` als mein Bedürfnis, mit 10 Mark in der 'Pasche den ‚Schrei des Schmetterlings` zu hören? Und warum muß ich um dessen Lohnerhöhung willen mich solidarisieren, wo ich mit seinem Verständnis für *meinen* Wunsch kaum rechnen kann? Warum muß ich ihn am Ende noch ums Mittun bitten, wenn es um seinen Vorteil geht, und dabei so tun, als gäbe es mich selbst nicht einmal?" Ich fragte ihn, inwiefern er sich denn noch von einem Arbeiter unterscheide: Geringes Einkommen, Kreditschulden, drohende Arbeitslosigkeit nach Studienabschluß seien schließlich auch sein Schicksal. Aber der Überbau wälzt sich bekanntlich langsamer um als die Basis, und mittelständisches Gefühlsleben sieht nach wie vor Mittel und Wege, um anders als „bloß materiell" zu überleben. Die Antwort: „Was nützt es mir, wenn ich mehr Bafög kriege, wenn ich unglücklich bin und mit meinen Gefühlen auf Eis sitze?" Man sieht: die mittelständische Seele - während der Studentenrebellion scheinbar schon rudimentäres Organ - verlangt wieder nach ihrem Recht. Heraus stellt sich, daß mittelständisches Bewußtsein während der studentischen Politisierungswelle nur verdrängt, hintangestellt war und sich jetzt deutlich Nachholbedürfnisse erfüllt: mit dem neuen Verlangen nach Emotion und Subjektivität, mit neuen Lektüreerlebnissen bei Nietzsche und Castaneda, bei de Sade und den Surrealisten.

Ist deshalb der Vorwurf des Irrationalismus am Platz? Er trifft leider ziemlich genau, verschweigt allerdings auch das Neue, das sich hier im Ansatz zeigt und erst nach Ausdruck sucht. Denn viele Studenten, die zu scheinbar irrationalen Lösungen ihrer Probleme neigen, erteilen damit politischen Zielen keine Absage, sie wollen nur raus aus jeder pseudo-marxistischen Verstandeskultur, in der als das Höchste der Gefühle gilt, etwas auf den Begriff gebracht zu haben. Angezogen vom „wilden Denken" vorindustrieller Kulturen, das Begriffe in unserem Sinn nicht kennt, fühlen sie sich in ihrer Vorstellungskraft einfach überfordert von der Sprache der Handzettel und Wandzeitungen, wo „der Revisionismus sein freches Haupt erhebt" oder die „Realitäten verlangen, daß man ihnen ins Auge sieht".

Die Universität als Zauberberg, wo im platonistischen Ideenhimmel nach den erloschenen bürgerlichen jetzt die sozialistischen Sternbilder gezeigt werden, das kann die optimale Lösung nicht sein. Den Vorwurf, nicht wissenschaftlich denken zu können, empfindet deshalb heute schon nicht mehr jeder Student als disqualifizierend, zumal sich das logisch-diskursive Denken als ein Werkzeug jener typisch „weißen" Art von Lebensfürsorge herausgestellt hat, die auf Ausplünderung der Natur und Verapparatung des Lebens aus ist. Wie sagt der alte Indianer-Zauberer Don Juan zu Castaneda? „Dein Freund Wittgenstein hat sich die Schlinge zu eng um den Hals gelegt, und jetzt kann er nirgends mehr hingehen." Und Rolf Dieter Brinkmann klagt einmal, „wie sie überall die Wahrnehmung verstopfen mit ihrer blödsinnigen ‚Realität"`. Und er meint damit jenes System von Interpretationen in unseren Köpfen, das wir unter dem Etikett „Realität" tagtäglich erleben, einer Realität, wo neue subjektive sinnliche Wahrnehmungen nicht mehr gemacht werden und das Abenteuer Alltag ohne wissenschaftliche und politische Reiseleiter nicht mehr eingegangen werden darf.

Wie auch immer die ästhetischen, das heißt sinnlichen Bedürfnisse vieler Philologie-Studenten, ihr Verlangen nach gefühlsmäßiger Identifikation mit ihrer wissenschaftlichen und politischen Arbeit sich äußert, ob offen verleugnet oder verdrängt - es ist da und kommt offenbar nicht auf seine Kosten. Auch die sogenannte „Kunst, die siegen hilft", hilft hier nicht aus Identifikationsproblemen; und sich mit „Literatur der Arbeitswelt" zu befassen, verlangt von einem kleinbürgerlich-mittelständisch aufgewachsenen Studenten allemal nur wieder eine altruistische Anstrengung; denn sie hat mit ihm, mit seinen Sehnsüchten, Träumen und Gefühlen, eigentlich nichts zu tun.

Hier liegt der entscheidende Unterschied: Ein Setzer oder Drucker, der sich gemeinsam mit Kollegen gegen Kündigungen zur Wehr setzt, ist immer „bei sich", bei seinem Interesse; die Gefahr, die ihm droht, ist materiell und betrifft ihn in seiner ganzen Person; und nicht zuletzt sein Gefühl sagt ihm: einen besseren Egoismus, als Solidarität mit Kollegen zu üben, gibt es nicht. Anders der kleinbürgerlich-mittelständisch aufgewachsene Student: Er lebt zwar oft unter schlimmerem materiellen Druck als der Arbeiter; aber sein größerer Einblick in politische Zusammenhänge einerseits und die ihm eingebürgerte differenzierte Gefühlskultur andererseits verschaffen ihm einen geistigen Spielraum, den der Arbeiter nicht

hat: So schlecht es ihm materiell geht, er hat immer eine Wahl: Er kann aus der Summe seines politischen und gesellschaftlichen Wissens, seinem Gewissen, die Konsequenzen ziehen und sich politisch engagieren; oder aber seinen „Gefühlen leben", „Grenzen der Wahrnehmung überschreiten", „die Welt anhalten", wie es bei Castaneda heißt, sich „Bilder machen".

Erst, wenn immer mehr Arbeiterkinder studieren, und immer mehr Studierende von Arbeitslosigkeit und Proletarisierung bedroht sind, wird es diesen Spielraum, diese Möglichkeit zur geistigen Wahl, wohl nicht mehr geben. Dann wird, glaube ich, die Mehrheit erfahren, was vielen schon jetzt vertraut ist: was nämlich ihre Gefühle, ihre seelische Verfassung, ihre Bilderwelt mit ihren unmittelbaren materiellen Grundlagen zu tun hat. Erst dann dürfte sich die Schere schließen zwischen persönlichem Interesse und politischem Engagement, zwischen der Lust, sich Bilder zu machen und „auf Wolken zu sein" und der politisch notwendigen Disziplin, zwischen den Problemen des Ich und den angeblich übergeordneten des Proletariats, zwischen „leichtsinniger" Belletristik und bierernster Fachliteratur, zwischen dem Schönen und dem Wahren, zwischen Gefühlsvergangenheit und Bewußtseinszukunft.

Vorerst aber erleben manche Lehrerstudenten lieber mit Handkes Keuschnig, daß seelisches Unglück individuell und ursachenlos ist, als daß sie in einer der vielen „K-Gruppen" überhaupt nichts von sich spürten. Und lieber fühlen sie sich bei Kafka auf eine trostlose Weise verstanden, als beim Lesen konkurrierender linker Matrizen-Makulatur nirgendwo mehr auf sich selbst zu stoßen. „Karrieren" wie die der jungen B., Studentin in Bremen, sind zwar nicht die Regel, aber auch nicht die Ausnahme: Sie hat diskutiert, demonstriert, Flugblätter verteilt und schließlich riskiert, daß sie aus dem Schuldienst entlassen wurde. Sie hat mit Genossen geschlafen und ist von ihnen auf die „Sache" verwiesen worden, der zu dienen sei. Und irgendwann hat sie festgestellt, daß sie seelisch völlig verkümmert war. Ihre persönlichen Probleme waren weniger denn je gelöst. Jetzt liest sie Karin Struck, sie besucht Maharishi, den Guru, und versucht eben, kraft Meditation, mit Verstorbenen in Verbindung zu treten. Das Wort „Marxismus" kann sie nicht mehr hören, obwohl sie in allernächster Zeit mit materieller Not rechnen muß, also Solidarität bitter nötig hätte und ein intellektuelles Besteck, um ihre Interessen zu erkennen und durchzusetzen. Trotzdem kann ich sie ein bißchen verstehen. Man hat ihr, sagt sie, auf der Universität den Marxismus so gründlich verleidet, wie uns auf der Schule die Klassiker verleidet wurden, die Klassiker, die doch wichtig, lehrreich und schön sind.

Konkret 09/75, S. 45

Hans Magnus Enzensberger

Schreckgespenst oder Chimäre - Wolfgang Harichs allerneuester Katastrophen-Kommunismus

Ein Brief von Hans Magnus Enzensberger

Lieber Wolfgang Harich,

Ihr neues Buch scheint mir wichtig und skandalös, es beschäftigt und ärgert mich, ich wünsche ihm möglichst viele Leser. Dennoch möchte ich es nicht „rezensieren". Buchbesprechungen habe ich mir abgewöhnt. Sie verführen zu einer Haltung des Schreibens, die mir pontifikal und obsolet scheint. Die „Stimme der Kritik" hört sich allzuoft an wie die eines Bauchredners, man versteht nicht recht, aus welcher Ecke sie kommt, in wessen Namen und zu wem sie spricht, ihre Autorität ist hohl geworden. Eine vergleichbare Irritation mag Sie dazu bewogen haben, für Ihre Arbeit die Form des Interviews zu wählen. Menschheitsfragen. und keine anderen sind es, die Sie in Ihren Gesprächen mit Freimut Duve aufwerfen, verführen - viel mehr noch als das sogenannte Richteramt der Kritik - zu einer öden Rhetorik. Das Mißverhältnis zwischen der Enormität der Sache und den bescheidenen Möglichkeiten des einzelnen, der sich zu ihr äußert, kann leicht dazu führen, (laß der Weltgeist aus solchen Schriften statt zu wehen piepst.

Diese Schwierigkeit haben Sie ziemlich vermieden. Das liegt nicht nur daran, daß man Sie auf jeder Seite des Textes reden hört, sondern auch daran, daß Sie nicht allein reden. Sie haben die Form einer Kontroverse gewählt und sich Ihren Partner nicht ohne List gewählt: Duve ist ein erklärter, fast möchte ich sagen: ein hoffnungsloser Sozialdemokrat, der seine Sache mit Intelligenz und Beharrlichkeit vertritt. Selten, aber doch. wird er wütend, und mindestens einmal packt auch Sie die Lust, den ganzen Kram hinzuschmeißen. Das paßt zu Ihnen, und daß Sie sich erlauben, in einem Buch über den drohenden Untergang des Menschengeschlechts ab und zu witzig oder (auf hinterlistige Art und Weise) ironisch zu werden, mag Ihnen vorwerfen, wer da will - ich (-lenke nicht daran.

In der Kunst, mit theoretischen Sätzen Krach zu provozieren, haben Sie ja einige Übung. Dennoch bezweifle ich, daß Ihnen der Skandal, den Ihre Ansichten verdienen, beschieden sein wird. Wenigstens hierzulande hat die Linke, glaube ich, die Lust am Streit verloren. (Der übliche ideologische Tischfußball verdient doch diesen Namen kaum.) Es herrscht hier eine Müdigkeit, die Sie sich vielleicht schwer vorstellen können, und die Müdigkeit hat, wie weiland die Kirche, einen guten Magen.

Sie sehen das mit aller Deutlichkeit an der Reaktion der westdeutschen Intelligenz auf die Thesen der Ökologie. Sie wissen natürlich, daß die Veröffentlichungen, auf die Ihre Überlegungen sich vor allem stützen, es bei uns zu Bestsellerehren gebracht haben. Die populären Kurzfassungen von Meadows *(Die Grenzen des Wachstums)* und von Taylor *(Das Selbstmord-Programm)* sind hier an jedem Bahnhofskiosk zu finden, und ihre Schlußfolgerungen sind in allen Massenmedien derartig breitgetreten worden, daß es niemanden mehr gibt, der vom bevorstehenden Untergang der Menschheit nichts hätte läuten hören.

Es fühlt sich aber niemand davon betroffen. Gewiß fehlt es nicht an Protesten, Bürgerinitiativen, Pressure Groups aller Art, aber denen geht es darum, ein paar Bäume zu retten, den Bau einer Raffinerie in der unmittelbaren Nachbarschaft zu verhindern, besonders gefährliche Emissionen auf andere Standorte abzuwälzen. Mit anderen Worten, sie vertreten ganz bestimmte, meist lokale, jedenfalls aber partikulare Interessen. Daran ist auch gar nichts auszusetzen. Daß den Leuten das Hemd näher ist als der Rock, kann nur Idealisten verstören. Doch ist das Mißverhältnis dieser Reaktionen zu den Prognosen der zitierten Ökologen eklatant.

Wenn Sie diesen Sachverhalt in Beziehung setzen zu der grassierenden Mode der Katastrophenfilme, werden Sie schwerlich umhinkommen zu schließen, daß die Untergangsprognosen, jedenfalls bei uns, vor allem als Genußmittel konsumiert werden. Die Linke wiederum begnügt sieh damit, diesen Frisson zu „durchschauen" und zu verschmähen. Sie treibt Ideologiekritik als Abwehrmechanismus, und wenn es hoch kommt, so bringt sie es, über die „Entlarvung" hinaus, zu dem schlichten Satz: Der Kapitalismus ist schuld, im Sozialismus lösen sich diese lumpigem Probleme wie Rohstoffverknappung, Hunger, Übervölkerung und Zerstörung der Biosphäre ganz von selber.

Sie hingegen behaupten schlichtweg, das Problem existiere wirklich, es sei von großer Dringlichkeit, auch ein Bekenntnis zum Marxismus dispensiere nicht von der Notwendigkeit, es ernst zu nehmen: im Gegenteil. Und wer nicht bereit ist, es ernst zu nehmen, und sei er auch ein verdienter Genosse, dem geben Sie kräftig eins auf den Hut. Daß das Ärger geben muß, weil Sie gegen die Etikette verstoßen, ist Ihnen natürlich klar, aber sei's drum! Das ist im übrigen erst der Anfang, es kommt, wie wir sehen werden, noch weit schlimmer. Denn Sie behaupten zwar, Sie seien „sehr linientreu": „Nur verleiten Phantasie und logische Strenge mich dazu, die Linie bis zu Konsequenzen durchzuziehen, die nicht jedermanns Geschmack

sind. Wenn man auch das eine Abweichung nennen will, so hätte sie gegenüber sonstigen Abweichungen den Vorzug, ungefährlich, weil äußerst unpopulär, zu sein."

Also gut. Sie jedenfalls nehmen die Befunde des Club of Rome beim Wort, ja sogar für bare Münze. Auf die kontroverse Forschungssituation innerhalb der Ökologie lassen Sie sich nicht ein, Gegenstimmen von naturwissenschaftlicher Seite werden nicht einmal referiert, geschweige denn zur Diskussion gestellt. Ich gebe zu, daß es ein äußerst mühseliges Geschäft wäre, die enorm detaillierte Fachliteratur zu sichten, und ich vermute, daß eine solche Arbeit Ihnen bald über den Kopf gewachsen wäre. Leute wie wir sind da wohl auch nicht kompetent. Wahrscheinlich sagen Sie sich: Methodologische Skrupel können wir uns nicht leisten; im Zweifelsfall müssen wir davon ausgehen, daß die ungünstigere Variante stimmt. Zwar sind die Leute vom Club of Rome bürgerliche Wissenschaftler, also politisch borniert; aber das ist noch lange kein Grund, ihre Resultate abzulehnen. Vielmehr scheinen diese Wissenschaftler Ihnen als mögliche Bündnispartner willkommen zu sein, und was ihr politisches Defizit angeht, so machen Sie sich mit Ihrem Buch anheischig, es auszugleichen. Umgekehrt machen Ihnen die ökologischen Mangelerscheinungen bei Ihren Genossen Kummer, und auch diesen Leuten kann geholfen werden.

So gesehen, ist Ihre Arbeit, auf weite Strecken hin, auf Vermittlung aus: auf Vermittlung zwischen Wissenschaftlern und Kommunisten, zwischen Klassenkampf und Ökologie; Ihre Streitbarkeit sorgt dafür, daß die Vermittlung nicht zur Versöhnung degeneriert. Sie ist schwierig genug. Schließlich wird niemand bestreiten können, daß die ökologische Argumentation in unserem Teil der Welt vor die räudigsten Karren gespannt wird: die Mineralölkonzerne stellen sich in ihrer Werbung als Engel des Umweltschutzes dar, saubere Luft und sauberes Wasser werden zunehmend als Konsumware betrachtet und vermarktet, ja es formieren sich bereits Gruppen, die sich ganz offen als Öko-Faschisten deklarieren. Vom Lohnabbau bis zur Sozialdemontage, von der Spekulation bis zum Preiswucher - es gibt kaum ein reaktionäres Manöver, für das sich nicht eine ökologische Ausrede finden läßt. Auch die Parole vom globalen Nullwachstum ist zwielichtig genug.

Alle diese Widersprüche machen eine sorgfältige Differenzierungsarbeit nötig. Nicht weniger schwierig ist das Bild in den nachkapitalistischen Gesellschaften, wo der Fetisch des industriellen Wachstums um jeden Preis bisher nur äußerst zaghaft, wenn überhaupt, kritisiert worden ist. Auch hierbei helfen Sie tüchtig nach. Es sind diese Passagen Ihres Buches, die, wie ich glaube, seinen eigentlichen Nutzen ausmachen. Allerdings wird nach ihnen kein Hahn krähen, denn sie bewegen sich im Gestrüpp des Wenn und Aber, einem Gelände, das zwar hier einen plötzlichen Ausfall, dort eine überraschende Attacke erlaubt, aber keine triumphierende Thesenbildung. Alles in allem also eine mühsame und undankbare Arbeit. Sensationen sind hier nicht in Sicht.

Wie heroisch ist das Proletariat?

Dagegen Ihre Haupt- und Staatsaktion. Ihre Große Lösung, Ihre „Konsequenz" wird mindestens ein paar Schreibmaschinen in Bewegung setzen, denn sie ist, mit den Worten des hiesigen Medien-Jargons, ein ziemlicher Hammer. „Dieser Einfall", schreiben Sie, „ist mir gekommen, und zwar Ende 1973, als für kurze Zeit in der Bundesrepublik die Rationierung des Benzins erwogen wurde. Da fiel es mir plötzlich wie Schuppen von den Augen, und ich dachte: Warum nicht gleich alles rationieren? Und wenn ja, warum nicht auf sozialistischer Grundlage? Und wenn auf sozialistischer Grundlage, wäre das nicht bereits Kommunismus?" Lenins alte Formel ersetzen Sie durch eine neue: Kommunismus = Rationierung plus Nullwachstum. Der Übergang zu dieser neuen Art von Kommunismus müsse und könne sofort geschehen; eine andere Möglichkeit, die Menschheit vor dem baldigen Untergang zu retten, lasse sich nicht angeben.

Die Lösung, die Sie vorschlagen, hat mindestens einen Vorzug (wenn man da von einem Vorzug sprechen kann): sie ist so simpel, daß jedermann sie verstehen kann. Das Geld wird abgeschafft, es gibt fortan „den vom Weltwirtschaftsrat ausgearbeiteten Weltwirtschaftsplan mit seinen Kontingentierungsauflagen für die Welt-Kugellagerproduktion wie für alle übrigen Industrieprodukte, und für den einzelnen gäbe es Rationierungskarten, Bezugsscheine, damit basta."

Damit sind natürlich auch einige andere Schwierigkeiten aus der Welt geschafft, wie zum Beispiel der Unterschied zwischen reichen und armen Ländern. Der Plan sorgt für einen Ausgleich, der zur gleichmäßigen und gerechten Verteilung aller Ressourcen führt. Bevölkerungsprobleme können durch forcierte Geburtenkontrolle und durch massenhafte Umsiedlungsaktionen ohne weiteres gelöst werden: Der DDR schlagen Sie vor, etliche Hunderttausende notleidender Inder aufzunehmen.

Auf die Unterstützung der Arbeiterklasse für Ihr Projekt glauben Sie sich verlassen zu können. Denn das Proletariat hat „noch stets bewiesen, daß es eine heroische Klasse ist . . . Das Proletariat wird bereit sein, für die Erhaltung der Biosphäre, für die Rettung der Menschheit vor dem Untergang, auch für ein besseres, menschenwürdigeres Leben der Völker der Dritten Welt jedes Opfer zu bringen, von dem die Wissenschaft nachweist, daß es nötig ist."

Weil aber die Menschheit nicht nur aus heroischen Proletariern besteht, weil es leider außer „solchen Bedürfnissen, die beizubehalten, als Kulturerbe zu pflegen, ja gegebenenfalls erst zu erwecken bzw. noch zu steigern sind" auch noch andere gibt, „die den Menschen abzugewöhnen sein werden -soweit möglich, mittels Umerziehung und aufklärender Überzeugung, doch, falls nötig, auch durch rigorose Unterdrückungsmaßnahmen", aus diesem Grunde erklären Sie Ihre „Obrigkeit" und deren „politische Omnipotenz, wie überhaupt die autoritären Strukturen unseres Systems, für überlebensnotwendig".

Ihre Lösung ist keine Lösung

Und damit ist die Katze aus dem Sack. Sicherlich freuen Sie sich schon auf die Entrüstung aller wohlmeinenden Demokraten. Lieblich wird Ihnen die unvermeidliche Nachrede in den Ohren schallen, daß Sie die Diktatur anbeten, und daß Sie dem Stalinismus, wenn auch mit ein paar Jahrzehnten Verspätung, endlich die Legitimation nachliefern, an der es ihm zu seinen Lebzeiten gefehlt hat. Und besonderen Spaß dürfte Ihnen das Geheul der Antiautoritären machen, die Ihnen ja schon immer verhaßt waren. Ich gönne Ihnen diese Befriedigungen, aber ich sehe keinen Grund, sie noch zu steigern. Ich ziehe es vor, Ihrer finsteren Zukunftsidylle drei Einwände entgegenzuhalten, in denen keine Empörung mitzittert.

Die erste Bedenklichkeit wiegt relativ am leichtesten; dennoch kann ich sie nicht unerwähnt lassen. Sie schreiben nämlich, und wer das nicht für möglich hält, schlage Seite 60 Ihres Buches auf: „Kommunismus heißt: gerechte Verteilung, konsequent, radikal durchgeführt." Ich finde das schade. Marx, den Sie doch viel besser kennen als ich, hat sich unendlich viel Mühe gegeben, um uns zu erklären, daß man gesellschaftliche Systeme nur aus ihrer Produktionsweise heraus erklären kann, und daß es ein schwerer Fehler ist, wie die meisten seiner Vorgänger von der Distribution statt von der Produktion auszugehen. Es ist ja schön, wenn man nicht übertrieben zimperlich ist, aber wer so herzhaft zupackt wie Sie es hier tun, der riskiert, daß er am Ende mit leeren Händen dasteht. „Jeder Gedanke an ein Künftiges Absterben des Staates ist illusorisch", verkünden Sie lapidar. Da mögen Sie am Ende sogar recht haben, aber wenn Sie den Marxismus nicht nur um seine Methode, sondern auch um seine Zielvorstellung bringen, warum berufen Sie sich dann auf den Krüppel, der nach diesen erfolgreichen Amputationen zurückbleibt? Ich glaube nicht, daß ich hier um bloße Worte mit Ihnen hadere. Ich habe auch nicht die Absicht, Sie der Ketzerei zu überführen; schließlich konnte es ja sein, daß Harich recht und Marx unrecht hat, und wenn Sie in der Lage wären, mich davon zu überzeugen, würde ich ohne Gewissensbisse Ihre Partei ergreifen. Es schadet aber der Klarheit Ihrer Rede, wenn Sie Ihre Liquidierung des Kommunismus Kommunismus nennen. Harich, meine ich, soll Harich bleiben.

Um aber von den Namen der Sache auf die Sache selbst zu kommen: so fürchte ich, daß Ihre Lösung keine Lösung ist. Sie wäre erstens, scheint mir, nicht wünschenswert, wenn sie möglich wäre; und sie ist zweitens nicht möglich.

Wenn ich sage, es wäre nicht wünschenswert, die von Ihnen ersehnte globale und allmächtige Verteilungsdiktatur einzuführen, dann sehe ich dabei ganz von meinen eigenen Bedürfnissen ab. Es ist ja denkbar, daß sie mir „abzugewöhnen sein werden", so wie Sie das in Aussicht stellen. Der Haken ist vielmehr, daß eine extrem zentralisierte Exekutive mit absoluten Machtbefugnissen ihrer Struktur nach außerstande sein wird, die politischen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Probleme der Zukunft zu meistern. Diese Probleme erfordern vielmehr, gerade weil sie von katastrophaler Größenordnung und Komplexität sind, die Mobilisierung aller Reserven an Selbsttätigkeit, Phantasie, Reaktionsvermögen, Flexibilität - alles Qualitäten, die ein Weltpolizeistaat nur abtöten kann. Das Studium ökologischer Systeme, von dem Sie doch ausgehen, sollte Ihnen doch wenigstens eines gezeigt haben: daß es eben ihre Mannigfaltigkeit, ihr Vermögen zu unkontrollierter und unkontrollierbarer Mutation, ihre spontane Lernend Erfindungsfähigkeit ist, was lebende Systeme vor toten auszeichnet und was ihr Überleben ermöglicht.

Im übrigen könnte das politische System, an das Sie denken, nicht einmal die Prämissen einlösen, auf die Sie es bauen. Es liegt in seiner Natur, daß es weder Gleichheit noch Gerechtigkeit verwirklichen kann. Diese Natur ist strikt hierarchisch und nicht kooperativ. Macht und Einfloß sowie die Fähigkeit, die eigenen materiellen Interessen zu vertreten, nehmen darin von unten nach oben zu. Die Spitze ist, definitionsgemäß, in der Lage, zu tun und zu lassen was ihr beliebt. Das nenne ich extreme Ungleichheit, von Gerechtigkeit zu schweigen.

Auf Erleuchtungen ist eben kein Verlaß

Glücklicherweise ist es aber müßig, sich über die Wünschbarkeit Ihrer Utopie den Kopf zu zerbrechen, und zwar weil das, was Sie entwerfen, eben eine Utopie ist, allerdings im schmächtigsten Sinn des Wortes, dem der Projektemacherei. Ich zweifle nicht einen Augenblick daran, daß Sie es gut meinen mit Ihrer Idee, aber Sie wissen doch selber, wer von beiden sich blamiert, wenn eine Idee mit einem Interesse zusammenstößt. Sie haben es auf eine „dauerhafte Harmonie zwischen Mensch und Natur" abgesehen, auf die „sittlichen Werte, die einer vernünftigen Regelung der zwischenmenschlichen

Beziehungen zugrunde liegen müssen". Sie sprechen vom „Prinzip der Gleichheit" und vom „Sinn der Weltgeschichte". Und auf alle diese „Werte" und „Prinzipien" gestützt, halten Sie „den sofortigen Übergang zum Kommunismus" (Harichscher Lesart) „für möglich".

Abgesehen von Ihren Behauptungen, den Heroismus des Proletariats betreffend, die nichts weiter als Leerformeln sind, machen Sie aber nicht einmal den Versuch, eine reale gesellschaftliche Bewegung darzutun, die etwas Derartiges im Sinne hätte. (Oder sollten Sie gar den Club of Rome dafür halten?) Wahrscheinlich wissen Sie, daß eine solche Bewegung nicht existiert. Ihr Projekt ist also nichts weiter als ein Schreckgespenst oder eine Chimäre. Das ist schade, schon deshalb, weil es die brauchbaren Teile Ihres Buches diskreditieren wird.

Lieber Wolfgang Harich, es gefällt mir gar nicht, Ihnen, einem gestandenen Materialisten, die Eierschalen des ältesten deutschen Idealismus abzuklauben. Sie wissen das doch alles viel besser als ich. Um eine Erklärung für Ihre Philosophical Science Fiction wäre ich verlegen, hätten Sie nicht an einer Schlüsselstelle Ihres Buches selber einen kleinen Hinweis gegeben. „Da", sagen Sie, „fiel es mir plötzlich wie Schuppen von den Augen." Na ja. Auf Erleuchtungen ist eben kein Verlaß.

Ihr Hans Magnus Enzensberger

Konkret 09/75, S. 48

Yaak Karsunke

Ich habe gelesen

In dieser KONKRET-Kolumne schreiben Autoren über ihre Lektüre. Diesmal der Westberliner Yaak Karsunke („Kilroy & andere"):

Autobiographien können menschliche Korrektive zu einer Geschichtsschreibung bilden, der über sozialen, ökonomischen oder politischen Gesichtspunkten leicht die Leute aus dem Blick geraten, die in den jeweiligen historischen Situationen zu leben gezwungen sind. 1n wissenschaftlicher Betrachtung kommen Menschen oft nur als statistisches Material vor - Lebensbeschreibungen hingegen handeln vornehmlich von ihnen. Freilich wird aus dem menschlichen häufig ein nur allzu-menschliches Korrektiv: Persönliche Eitelkeiten und Befindlichkeiten verzerren die Erzählperspektive, eine Lebensbilanz läßt sich noch leichter fälschen als die einer Firma.

Also freut sich der Rezensent, wenn er gleich zu Anfang einer Autobiographie Sätzen wie diesen begegnet: „Ich gleiche selbstverständlich zahllosen Zeitgenossen. In meinem Herzen, was immer das sein mag, kann ich nur stümperhaft lesen. Immer wieder habe ich beobachtet, daß andere mich besser kennen als ich mich selbst." So steht's im ersten Kapitel von

AXEL EGGEBRECHT:

„Der halbe Weg/ Zwischenbilanz einer Epoche"

Rowohlt, 325 Seiten, 34 Mark.

Hat man die Lektüre beendet, möchte man dennoch an einem Punkt widersprechen: Lieber Axel Eggebrecht, wie schön wäre es, wenn tatsächlich zahllose Zeitgenossen so wären, so gewesen wären wie Sie!

In Wirklichkeit gehört der Autor nämlich zu jenem in Deutschland eher raren Typ eines mündigen und nachdenklichen Bürgers, was sich unter anderem auch in der Tatsache ausdrückt, daß er seine bürgerliche Herkunft weder verleugnet noch versteckt, sondern ausführlich referiert und kritisch reflektiert. Den Arztsohn des Jahrgangs 1899 führte der Weg aus dem Elternhaus über die Schützengräben des ersten Weltkriegs und ein Freikorps-Zwischenspiel während des Kapp-Putsches in die Reihen der damals noch jungen KPD, die er freilich nach dem fünften Weltkongreß der III. Internationale (1924 in Moskau) wieder verließ, aber: „In demselben Augenblick, da ich an den Hohepriestern meiner alleinseligmachenden Kirche zu zweifeln begann, bekannte ich mich um so entschlossener zu der großen Idee des Kommunismus. Daran hat sich nie mehr etwas geändert, bis heute, da ich das alles niederschreibe. Ich konnte kein Renegat werden, weil ich ein für allemal davon überzeugt bin, daß jedem Menschen das Verlangen nach gerechterer Verteilung der irdischen Güter angeboren ist. Philosophie und Religion machen daraus eine unverbindliche Moral. Der Staat und alle Mächtigen suchen den natürlichen Trieb zu korrumpieren, indem sie an den Egoismus des einzelnen appellieren. Haben sie damit keinen Erfolg, dann unterdrücken sie gewaltsam die Sehnsucht, von der die Zukunft der Welt abhängt. Aber sie läßt sich nicht auslöschen."

Niedergeschrieben sind diese Sätze in Hamburg, in jener Stadt also, deren Sozialdemokraten sich das Berufsverbot haben einfallen lassen - in der also wohl schon wieder Mut dazu gehört, so was zu notieren und zu publizieren. Eggebrecht selbst würde das sicher nicht so sehen, er berichtet an einer Stelle aus der Nazi-Zeit: „Von der Angst kann ich aufrichtig sagen, daß sie in den ersten Jahren ärger war als später, da ich in bescheidenem Maße an konspirativen Unternehmungen teilnahm. Aktivität kuriert von Furcht."

Die Aktualität solcher Sätze springt ins Auge, sie ist im übrigen tröstlicher als manch andere Parallele zwischen den letzten Jahren der Weimarer Republik und unserer Gegenwart, die einem beim Lesen auffällt (etwa die Gleichschaltung des Berliner Rundfunks schon unter Papens Kanzlerschaft). Zur Aktualität des ganzen Buches trägt auch wesentlich die Tatsache bei, daß Eggebrecht von der Wirklichkeit und den Wirkungsmöglichkeiten des eigenen -schriftstellerischen - Berufs eine realistischere, modernere Auffassung hat als eine Vielzahl weitaus jüngerer Kollegen. Literarische Arbeit wird in diesem Lebensbericht nicht mystifiziert, dafür aber in ihrer gesellschaftlichen Verantwortlichkeit begriffen, auch im Zusammenhang mit den neuen technischen Medien Film und Funk (Eggebrecht selbst hat Drehbücher geschrieben und nach 1945 in Hamburg den damaligen NWDR mitbegründet und -aufgebaut).

Die Bedingungen zeitgenössischer Literaturproduktion betrachtet der 76jährige nüchterner und vorurteilsfreier als der Durchschnitt bundesrepublikanischer Schriftsteller.

Realistisch, nüchtern, vorurteilsfrei, dazu Humor und Zivilcourage, dazu ein erklärter „Linker", aber von der undogmatischen Art - also noch einmal: wie schön wäre es, wenn wirklich zahllose Zeitgenossen so wären. Mit das Beste

an Eggebrechts Autobiographie ist es, daß man daraus wenigstens in Ansätzen lernen kann, so zu werden; KZ-Haft- und Gestapo-Verhöre erinnern einen freilich auch daran, daß es in Deutschland nicht ungefährlich ist, so zu sein. Axel Eggebrecht hat es uns jetzt ein Dreivierteljahrhundert vorgemacht, wir sollten uns bei ihm für dieses Beispiel bedanken, indem wir es nachmachen.

Konkret 09/75, S. 49

Friedrich Christian Delius

Intellektueller Feierabend

Abends, nach, überstundenreicher Arbeit,
nimmt er sich das Handelsblatt vor,
Deutsche Wirtschaftszeitung, zur Entspannung,
wie er sagt, und liest die neuesten
Informationen aus dem feindlichen Lager,
die ‚feinen Verästelungen unternehmerischer Interessen
spürt er noch im Nebensatz auf;
ihn jucken die Erfolgsmeldungen,
ihn freuen die Sorgen der Mächtigen,
und, sich zurücklehnend im Sessel, denkt er nach
über die kämpferische Voraussicht dieser
Drecksäcke (oder wie solle wir sie nennen?),
die Herren zappeln schon ganz schön,
obwohl sie noch gar nicht im Netz .sind,
aber eh wir sie kaschen, sehn wir sie,
zugegeben, doch ganz gern zappeln, oder?
Danach Musik und oder gutes Essen, Arbeit,
Freunde, Bücher.
Irgendwie dient ja alles der Revolution.

Venceremos oder Hindernisse beim Einschlafen

Nicht jeden Tag denk ich an Chile
und nacht jede Nacht. Aber oft genug
vor der Ampel oder wenn ich dich bei der Hand nehm
oder beim Weglegen der Zeitung oder vorm Einschlafen
läuft der Film weiter, der so schnell nicht
vergessen wird.
Wieviel Terror müssen wir vergessen, um
schlafen zu können. Diese Rückschläge, die
uns zu Versammlungen, Gesprächen, auf die Straßen
und an die Schreibtische treiben und die uns
am Einschlafen hindern, aber dune
schlafen wir doch.
Diese Wehrlosigkeit, nackt in den Betten, wenn
uns plötzlich der Gedanke trifft an die
Aufrüstung der Polizei, an die markigen Sätze
sozialdemokratischer Polizeipräsidenten, an die
Waffen des Bundesverbandes der Industriellen, das

trifft uns vorm Einschlafen manchmal
härter als tags.
Schutzlos liegen wir wach, in jedem Moment
können sie jede Tür aufbrechen, auch wenn dir
noch ‚so deutlich im Ohr das Echo sitzt der tausend
Stimmen: Venceremos! Siegen werden wir!
Und wenn trotz wenig Schlaf am nächsten Morgen
unsre Entschlossenheit zu arbeiten (kämpfen
zu sagen wär übertrieben) nicht kleiner geworden ist,
vielleicht .sogar größer, dann scheint Venceremos!
nur denen übertrieben, die solche Hindernisse
nicht kennen beim Einschlafen.

Konkret 09/75, S. 50

Winfried Thomsen

Mit doppeltem Blödmacher

Fernsehen bildet und unterhält.

Im ZDF mit einem „heiteren Spiel für gescheite Leute". Wim Thoelke tritt dort als Schulmeister vor die Zwergschule der Nation. Neben ihm erscheint uns noch ein Dekor-Stück, weiblich, das mit dem Kopf wackeln und auch mal einen Halbsatz machen kann.

Mit von der Partie sind Laien, die aber auch Spezialisten sind: Einer weiß alles über Theodor Storm, einer ist „Meister der Säugetiere", und dann ist da noch eine Expertin für die 18. Pharaonendynastie. Den absichernden geistigen Hintergrund bilden gelehrte Männer von Hochschulen.

Es geht um Geld und über drei Runden: Zweimal wird Fachwissen abgefragt, dazwischen spuckt ein unbestechlicher Computer überraschende Fragen zur Gemeinbildung aus, verführt die Kandidaten auch schon mal zum Spekulieren. Sie müssen „Kapital" (Rotfunk?) riskieren und werden bei richtiger Antwort mit einem Zuschlag belohnt, bei falscher durch Abzug gestraft.

Schon die Fragen aber sind oft eine Strafe: Wie heißt dieser Marsch? Aus welcher Oper stammt dieses Zwischen-(Vor-, Nach-)Spiel? Viele Antworten nicht minder: Am 14. Juli 1789 hat „der Pariser Mob die Bastille gestürmt".

Auf einer ähnlichen Niveau-(oder Po-) Ebene liegen auch - es soll ja nichtstur abgefragt werden, Thoelke ist ein moderner Pauker - die eingestreuten kleinen Sketches (in denen Fragen versteckt sind). Da wird etwa ein Klassiker nachgestellt: Zu den Klängen einer Stonsdorfer Blaskapelle trampelt sich das Narhalla-Ballett einen Pfad durch die deutsche Sprache (‚Aus aller Herren Länder") und Shakespeares „Romeo und Julia" zu Tode.

Jedoch dient all dieses einem guten Zweck, der Aktion Sorgenkind. Thoelkes Konfessionsschule macht unter dem Mantel der Nächstenliebe eine Millionenkollekte -- alles hat eben seinen „Großen Preis", auch TV-Bildung.

Das Kontrastprogramm der ARD hierzu liefert die Volkshochschule des Bayerischen Rundfunks mit der Sonthofener Alternative „Alles oder nichts". Als Oberlehrer erleben wir dort Herrn Günther Schramm, der - selbst ahnungslos -gekonnt vom Blatt zu lesen weiß. Das ist nun aber ein Studienrat alter Schule, der „nicht debattieren" will, Punkte „gnadenhalber" vergibt und - wenn schon ohne Stock im Dienst - hölzern seine Pflichtstunden absolviert, als lehrte er schon seit 40 .fahren Erdkunde.

Als Prüfling hat er da etwa einen Studenten, in dessen Hilflosigkeit sich die Qualität bundesdeutscher Universitäten widerspiegelt. Wo man, da man nur hier und da etwas gelernt, etwas gehört hat, zu bluffen pflegt. Wo man also, statt die Frage zu beantworten, drumherumredet und dieselbe falsche Antwort dreimal mit anderen Worten wiederholt (der prüfende Meister übrigens wüßte, hätte er nicht sein Manuskript, noch weniger). Zu betrachten ist also ein Kandidat, der wohl den Koran (Fachgebiet Islam) auswendig kann, aber nicht weiß, was drinsteht.

Dabei ist es gar nicht einmal uninteressant etwa zu erfahren, daß die islamische Mehrehe einst die Funktion einer Art Kriegsopfer-(Witwen-)Versorgung hatte. Hier könnte sich freilich die Frage aufdrängen, warum ehedem sinnvolle Bräuche über Jahrtausende hinweg konserviert werden und in veränderter Umwelt unverändert weitergehen, und ob es nicht auch im christlichen Abendland Beispiele für derartige Sitten-Dogmen gibt. Herrn Schramm drängt sich nichts auf.

Auf seinem Programm hat er ja auch noch einen „Quicky" über den sagenhaften Marx (Rotfunk?), Sie wissen ja, den mit dem Bart, dein langen, denn - so Schramm - er „kämpfte zeit seines Lebens für die Rechte der Arbeiter, Rechte, die heute kein Mensch mehr in Frage stellt". Ja bitte, wer - wenn es keine Menschen sind - stellt sie dann in Frage? Herr Schramm jedenfalls nicht.

Da bleiben viele Fragen offen: Auf welchen Monat fällt die Oktoberrevolution? Wie hoch war das kleinste Stalin-Denkmal? Wohin führen alle Wege des Sozialismus und was kostet ein Flug nach Moskau? Und: Welche Kommunisten

haben in ihrem Lande die Unsitte eingeführt, mit Stäbchen zu essen?

Doch es soll hier nicht gestichelt werden. Studienrat Schramm hat auch den Zuschauern eine Frage gestellt, 90 Prozent haben sie richtig beantwortet, „dann sind zehn Prozent meistens falsch". Eine kühne Behauptung.

Wissen ist Geld. Bei Schramm siegt und siegt eine Jungfer, die alles über die von Orleans weiß und deren überlieferte Aussage vor dem Kirchengericht wörtlich daherbeten kann (Inquisitor Schramm: „Sehr gut, wirklich sehr gut.") Und bei Thoelke trägt den Endsieg jene alte Dame davon, die weiß, daß Tutanchamuns Witwe Anchesenpaamun den Hethiterkönig Suppiluliuma um seinen Sohn anging, daran aber von Haremhab gehindert wurde. Je Mumier, desto besser.

Als Bildungsnarr am Hofe des Systems wird der Fachidiot beklatscht. Wissen ist nicht, die Dinge verstehen und in Zusammenhänge bringen zu können, sondern nur, von einem Ding alles zu wissen. Und das ist in Wirklichkeit: nichts.

Ein Diplom kann der Fachmann für Amöben erhalten (von denen ich kaum mehr weiß, als daß sie ein langweiliges Liebesleben - Teilung - haben), nicht aber, der nach den Verhältnissen fragt, die die Amöben so machen, wie sie sind, der fragt, wer wiederum diese Verhältnisse gemacht hat, also wer immer wieder alles auf diese blöde Machtfrage bringt.

Man sollte zur weiteren Unterhaltung des TV-Publikums mal ein paar „rote Ratten" prüfen: Wer nichts weiß, bekommt einen Stromstoß. Das bildet. Man könnte aber auch Fragen an die Hobby-Spezialisten aus der „Welt"-Redaktion stellen, in der (laut Werbung) zahlreiche Fachleute für Reisen, Tennis und Musik sitzen. Chefredakteur Kremp ist gar Experte für „Lesen und schreiben".

Scherz beiseite, die Programmacher nehmen ihren Bildungsauftrag ernst. „Wie hoch ist der Monte Zuma?" will man wissen, aber dann muß das überforderte Publikum mit Musik vom Band beglückt werden; zwischendurch werden - Information muß sein - Werbespots moderiert.

Bei aller Bildung, offene Fragen gibt es genug im Fernsehen: Fürchtet Carrell seine Frau, wer schnarcht bei der Tagesschau? Ist im Keller der Kommissar? Auf welcher Polizeihochschule der wohl war? Was guckt der Stephan denn so grämlich, schnauft der Zimmermann so dämlich? Warum fragt der Wim so dumm? Weshalb thoelkt der Schramm so Wum?

So, wie das Fernsehen bildet und unterhält, wird es bald auf diesem Stand sein: „Wer ist was und wird wieso wo wie genannt? Watt, dat weit du nich? Imma schön fänhseen - Babbeldischwabbeldibu."

Sehr gut, setzen!

Konkret 09/75, S. 52

Rudi Dutschke

Im gleichen Gang und Feldzugsplan

zum Neunzigsten von Ernst Bloch

Ein gelebtes Leben, das nun schon biblische Dimensionen überschreitet, scheint mir durch Problematisierung am besten geehrt zu werden. Besonders, wenn es die zu tun versuchen, die über Blochsche Spuren und Wege gewachsen sind, die Erben seines futurischen Blicks, die Neuen Linken in der BRD.

Wenn ich mir das Verhältnis von Philosophie und Politik bei Ernst Bloch zum Thema nehme, geht es mir primär um das geschichtliche Beteiligtsein, jenes Dabeisein des Philosophen am realen Klassenkampf der „Mühseligen und Beladenen". Daß der Autor dabei die linke Intelligenz von heute - und seinen eigenen Standpunkt -überdenkt, sollte nicht unerwähnt bleiben.

Welche Formen hat das Da-bei-sein von Bloch historisch angenommen?

Der erste philosophische Sprengstoff, „Der Geist der Utopie" (1918), hatte mit dem unmittelbaren Augenblick der deutschen Novemberrevolution wenig zu tun. Dennoch war dieses Buch ein Moment des deutschen Revolutionsprozesses: Die philosophische Negation der bis dahin herrschenden Verhältnisse.

Während des Ersten Weltkriegs lebt Bloch in seinem ersten Exil in der Schweiz als philosophierender Wehrdienstverweigerer, damals Pazifist genannt. Sein Jugendfreund Georg Lukacs wendet sich nach tiefer moralischer Kritik des Bolschewismus schließlich doch der kommunistischen Partei Ungarns zu, um als „Praktiker der Theorie" wirksam zu werden. Bloch bleibt in der philosophischen Tradition der „alten dianoetischen Theoria selber". Ohne dabei jemals standpunktlos zu sein. Er formuliert es einmal so: die „Pflicht des Tages, der Höhe der Zeit zu genügen", muß nicht heißen, „im Sturm des unmittelbaren Wesens", im Sturm der Revolution aufzugehen. Und erst recht nicht in der unmittelbaren Realpolitik.

Geht die Politik dabei nicht verloren? Was ist Blochs politische Dimension? Sie wird deutlich an seinem Verhältnis zur russischen Oktoberrevolution und zum Weg der sowjetischen Gesellschaft. Und diese wiederum ist nicht zu verstehen, ohne Blochs Verhältnis zur Revolution überhaupt zu klären. Den Schlüssel dazu liefert „Thomas Münzer, der Theologe der Revolution" (1921), ein Buch, dessen Tenor Bloch bis heute aufrechterhalten hat.

In „Thomas Münzer" stützt sich Bloch auf die ihm vorliegende Forschung über die Lebensgeschichte des rebellierenden Theologen, aber es geht ihm um die Bedeutung der Religion für die Revolutionsprozesse des 20. Jahrhunderts. Die politische Kategorie wird deutlicher als im „Geist der Utopie". Im Kapitel „Über das Gewaltrecht des Guten" werden die Vernebelungen des Pazifismus entlarvt, ein Stück Selbstkritik gewissermaßen. Doch warum wird die Bauernrevolution des 16. Jahrhunderts so emphatisch für die Gegenwart zurückgewonnen und die russische Oktoberrevolution auf ein Nebengleis abgeschoben?

Stets treten bei Bloch zwei Revolutionstypen auf: die politisch-ökonomische und die religiös-metaphysische Umwälzung. Doch was ist diese zweite? Überschreitet sie nicht die materielle Geschichtskonzeption, steht sie nicht im Verdacht des „Idealismus"? Oder meint Bloch damit die „Revolution in der Revolution", die Kulturrevolution als unerläßliches Pendant der politisch-ökonomischen Umwälzung?

Bloch wehrt sich gegen eine Einengung, gegen eine politisch-ökonomische Beschränkung der Revolutionsperspektiven. Für ihn ist Geschichte nicht homogen, sondern polyrhythmisch. Sozial, künstlerisch, religiös, metaphysisch und so fort - das sind verschiedene „Tiefenbeziehungen", die in einem „steten dialektischen Verkehr" zueinander stehen. Die Gesellschaft in ihrer Totalität ist mit dem soziologischen Materie-Begriff allein nicht voll zu erfassen. Das gilt gerade auch für Deutschland mit seinen Besonderheiten in der Entwicklung der kapitalistischen Arbeitsteilung, mit seiner Kontinuität vorkapitalistischer Borniertheiten auf einzelnen Gebieten. Die Dialektik der Ungleichzeitigkeit ist bei Bloch immer zu Hause.

Und doch bleibt hier eine Frage offen: Zwar geht es Bloch in seinen Werken um den Durchbruch der „Freiheit der Kinder Gottes", ganz atheistisch, ohne Zweifel. Aber ist die Basis für den Durchbruch der Träume, die jeweilige Produktions- und Lebensweise, nicht jeweils eine ganz andere- bei Spartacus, Jesus, Münzer und bei uns? Zweifellos gibt es eine Kontinuität, Bloch hat sie philosophisch rekonstruiert: Das Herr-Knecht-Verhältnis wollten alle abschaffen. Nur waren die

urkommunistischen Ansätze der Qual der Arbeit ausgeliefert, eine systematische Relativierung der Arbeitszeit, eine befreiende Entfaltung der Lebenszeit standen noch außerhalb ihrer Dimensionen. Dieser Unterschied geht bei Bloch nicht unter, erhält aber auch nicht den Rang, den die weltgeschichtliche Kontinuität der Utopie bei ihm einnimmt. Daliegt die Wurzel dafür, daß der „reale Augenblick" in der Blochschen Philosophie stets als die aktuelle Seite des geschichtlich schon immer zur Debatte Stehenden auftaucht.

Zum „allzu schnellen Erlebnis" stand Bloch immer in Distanz. Das historisch Konkrete des Klassenkampfes seiner Zeit ging insofern im Utopischen zumeist unter. Ging dabei die politische Sensibilität verloren? Wer genauer hinschaut, wird differenzieren müssen. In einer Rezension des Lukacs-Buchs „Geschichte und Klassenbewußtsein" schreibt Bloch über die Oktoberrevolution, über „die Tage, die die Welt erschütterten", den tiefgreifenden Satz: „Die Russen, welche philosophisch handeln, aber denken wie die ungebildeten Hunde", seien wie die westeuropäischen Revisionisten der z. Internationale à la Kautsky „vom philosophischen Erbe abgetrieben". Bloch identifiziert sich und grenzt sich ab. Es ist so etwas wie kritische Solidarität aus philosophischer Sicht. Doch er kann diese Spannung von Kritik und Solidarität nicht durchhalten, weil er das philosophische Abtreiben der Russen nicht aus der „halb-asiatischen Kulturlosigkeit" (Lenin) und den dafür spezifischen despotischen Produktions- und Klassenverhältnissen ableitet.

Durch die großartige Kommunistin Karola Piotrkowska erfährt der Denker von den Schwierigkeiten und Widersprüchen der Alltagspolitik der kommunistischen Parteien. Doch der Philosoph lehnt es ab, sich von den unmittelbaren politischen Erscheinungsformen blenden zu lassen. Seine Solidarität mit der Sowjetunion wird nicht relativiert, die Kritik nicht erweitert, die philosophische Distanz erweist sich hier als Verkürzung. Die verhängnisvollen Auswirkungen der Innen- und Außenpolitik der jungen Sowjetunion, ihre Bedeutung für den Aufstieg der deutschen Konterrevolution, bleiben unreflektiert. In „Die Erbschaft dieser Zeit" (1935) macht Bloch zwar grundlegende Elemente für die Analyse des deutschen Faschismus frei, nähert er sich einer proletarischen Selbstkritik. Doch der Abstieg der Oktoberrevolution in die Unkenntlichkeit bleibt bei der Analyse der schweren Niederlagen ausgespart. Die Forderung nach Freiheit, konkreter Wahrheit und realer Humanität als Kriterien sozialer Emanzipation macht vor den Toren Moskaus halt.

Haben Bloch, Brecht und die anderen keine andere Wahl gehabt? Die deutsche Arbeiterklasse war geschlagen, der deutsche Faschismus bereitete sich auf den Zweiten Weltkrieg vor. Die Sowjetunion faszinierte noch große Teile der internationalen Arbeiterklasse, nicht aber die geschlagenen Arbeiter und Bauern in der SU. Sozialismus und Kommunismus wurden dort als Worte benutzt, ihr wirkliches Wesen wurde despotisch verfremdet.

War nun diese Sowjet-Gesellschaft der antifaschistischen Solidarität nicht mehr wert? Das kann nur sagen, wer die Spannung von Kritik und Solidarität als Voraussetzung des proletarischen Internationalismus ablehnt. Sicher, die Schande wäre noch größer gewesen, hätte es den kommunistischen Angriff Trotzkys auf Stalin nicht gegeben. Aber Trotzky war keine historische Alternative.

„Wie kann ich die unheilvollen Möglichkeiten, die in der Tendenz stecken, bremsen oder verhindern?", das war stets Blochs politische Grundfrage. Und die fundamentale Bedrohung der Menschheitsgeschichte war nicht der despotisch verfremdete Kommunismus der UdSSR, sondern der deutsche despotische Faschismus mit seinem monopolkapitalistischen Unterbau. „Was aus der Tscheka werden kann, sieht man an der Gestapo" (Brecht), ja, aber die eine Seite wurde von den deutschen Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Christen, Juden und Intellektuellen sinnlich erfahren, und die andere bestand vorwiegend aus Verdacht, nicht aus Gewißheit. Darin liegt eine der Wurzeln für die verdinglichste Solidarität und abgeschaffte Kritik der sowjetischen Verhältnisse. Etwas, was durch eine systematische Vernebelung des internationalen Proletariats von seiten der KPdSU und den von ihr bestimmten Arbeiterorganisationen gefördert wurde. Worunter wir noch in der Gegenwart -zu leiden haben.

Drei Jahre nach der so ersehnten Niederlage des deutschen Faschismus kehrten Ernst Bloch und Karola Piotrkowska, die in jedem Exilland in der kommunistischen Partei gearbeitet hatte, nach Deutschland zurück. In Amerika hatten sie noch den Beginn der neuen Anti-Kommunismus-Wellen miterlebt. Der „kalte Krieg" bahnte sich an. Es war klar, daß der Weg nach Deutschland in die entstehende DDR führen mußte. Ein neuer Weg des Sozialismus-Kommunismus schien allein dort eine reale Möglichkeit zu sein.

In Leipzig fand Bloch sein erstes politisch-akademisches Zuhause. Er begann allerdings, als der Versuch eines eigenen deutschen Weges zum Sozialismus schon beendet war. Wie lange währte der Aufenthalt?

Der von den Herrschenden in West und Ost mißbrauchte und denunzierte Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 scheint an Bloch noch vorbeigegangen zu sein. „Avicienna und die aristotelische Linke" (195-2) hatten allerdings durchaus eine philosophische Nähe. Daß das „Prinzip Hoffnung (I)" ein Jahr nach Stalins Tod erschien, der zweite Band weniger als ein Jahr vor dem 20. Parteitag der KPdSU, weist unzweideutig darauf hin, daß der Denker und sein Freundeskreis geschichtlich richtig gelegen haben. Die führenden Realpolitiker der SED waren schwer belastet, und der Philosoph sicherer denn je zuvor: „Wie doch ein bloßes Wegtun uns reich machen kann", nichts war mehr Verdacht, alles zur

Gewißheit geworden. Die radikale Wendung stand zur Debatte. Die Einführung des demokratischen Kommunismus und die Abschaffung des Despotismus im Zentralismus. Die tendenzielle Hoffnungslosigkeit im Lande schlug um in eine reale Hoffnung, das Prinzip schien sich durchzusetzen.

Vom satirischen „Eulenspiegel" bis zu den Philosophen, die von Bloch und Lukacs beeinflußt wurden, begann eine kritische Auseinandersetzung mit den Verhältnissen in der DDR. Eine Auseinandersetzung mit der bürokratischen Maschine, mit dem Herr-Knecht-Verhältnis von Partei und Arbeiterklasse. Über die kleinen und doch so großen Ergebnisse des 20. Parteitags war ein neuer kommunistischer Schwung frei geworden: „Das Problem der Freiheit im Lichte des Sozialismus" stand auf der Tagesordnung. Unter dem Druck der freigewordenen Kräfte des demokratischen Kommunismus-Sozialismus konnte ein Hager von der Parteiführung nicht umhin, die bürgerlich-demokratischen Freiheiten in einem gewissen Sinne als aktuelles Problem anzuerkennen. Genauer gesagt: eine proletarische Demokratie mit neuer Qualität von Freiheit kann nur erreicht werden, wenn die bürgerlich-demokratischen Freiheiten in der proletarischen Freiheit real und positiv aufgehoben und nicht liquidiert werden. Ist letzteres der Fall, so fällt der despotische Kommunismus, trotz mancher Errungenschaften, hinter die elementare Erbschaft der französischen Revolution zurück. Dieser Kommunismus kennt dann nur den Begriff der Demokratie, aber nicht sein reales menschliches Wesen. An diesem Angelpunkt unterscheiden sich despotischer und demokratischer Kommunismus qualitativ, werden despotischer Kommunismus mit formaler Demokratie und despotischer Kapitalismus mit formaler Demokratie ähnlich. Ohne identisch zu sein.

Die Angst der herrschenden Kräfte in der DDR, die nach dem 20. Parteitag und besonders nach dem ungarischen Arbeiter- und Volksaufstand mit seinen Verwirrungen und Klarheiten gewachsen war, schlug nach wenigen Monaten innerhalb der DDR auf die Keimformen des demokratischen Kommunismus zurück. Die ideologische „Gefahrenzone" (fi. Marcuse), die die Philosophen damals darstellten, wurde von der Partei- und Staatsmaschine angegriffen. Und das zu einer Zeit, in der die Arbeiter in den Betrieben noch nicht wieder zu sich gefunden hatten. Der Schock vom 17. Juni schien noch zu wirken. Wie schwer es aber die Philosophen mit der Politik hatten, erzählte uns Bloch mal am Beispiel des philosophierenden Parteimitglieds Wolfgang Harich. Dieser hatte nach Gesprächen in Freundeskreisen in diesem schwierigen Augenblick der ungarischen Revolutionsprozesse die sowjetische Botschaft in Ost-Berlin besucht und diese für den Rücktritt Ulbrichts zu gewinnen versucht. Um das Maß voll zu machen, ging er zu Ulbricht und bemühte sich, den Parteivorsitzenden der SED davon zu überzeugen, daß der „deutsche Sozialismus nur durch Deinen Rücktritt zu retten ist". Ulbricht hörte ihm zu, zumeist schweigend. Am Ende drückte er auf einen Tischknopf. Harich soll in diesem Zustand, verständlicherweise, den Staatssicherheitsdienst erwartet haben. Aber nein, der Ulbrichtsche Hausdiener kam und der 1. Sekretär bestellte für Harich und für sich einen Kaffee. Danach schieden sie, auf immer. Die Verhaftung erfolgte „erst" gegen 5 Uhr in der Frühe. Bloch hat mit dieser Erzählung versucht, uns den Typus der Realpolitik der SED aufzuzeigen - in der Tat treffend. Die politische Naivität und Ehrlichkeit des Jung-Philosophen Harich wurde dabei aber gleichermaßen erkennbar.

Das Verhaltensmuster der Parteiführung dem Alt-Philosophen gegenüber war strukturell nicht anders. Der junge Harich wurde mit anderen philosophisch-politischen Gesinnungsgenossen ins Gefängnis geworfen und der 71jährige Denker der Hoffnung, der Rektor der Leipziger Universität, wurde aus der Universität ausgeschlossen: wegen „gefährlicher revisionistischer Abweichungen" und Einflüssen auf die Jugend. Paul Fröhlich, der damalige Parteivorsitzende in dieser Region, wollte durch kumpaneihaftes Duzen die Schande des Ausschlusses des größten deutschen Philosophen der DDR kaschieren: „Wir können uns doch noch weiter duzen, Ernst". Der Denker Bloch antwortete: „Solange es keine Beseitigung des Parteibeschlusses gibt, hat's mit dem Du` ein Ende." Und es blieb so. Die SED-Führung hatte das und nichts anderes im Sinne und Fröhlich wußte es als Mitglied im ZK-Gremium schon längst: Es galt, alle sozialistisch-kommunistische Opposition auszuschalten.

Bloch war nicht Mitglied der Partei, auch das drückte seine philosophische Distanz der Realpolitik gegenüber aus. Aber seine Frau, Karola Piotrkowska, war in der DDR Mitglied der SED geworden. In ihrer eigenen Lebensgeschichte war das ganz selbstverständlich. Als Architektin war sie für die Partei tätig. Ihr galt der nächste Schlag. Erwähnenswert ist, daß die Parteiführung sich bei der ersten Abstimmung nicht durchsetzen konnte. Karola wurde von der örtlichen Parteibasis anerkannt und geschätzt. Die verärgerte Parteiführung bereitete bald eine neue Sitzung vor, mit all den üblichen Druckmechanismen -und „siegte". Die systematisierte Sektiererei des Defaitismus, die Parteimaschine des Mißtrauens der Arbeiterklasse gegenüber setzte sich im ganzen Lande wieder durch.

Die Einheit von Marcuse, Bloch und Lukacs

Am 13. August 1961 befanden sich die Blochs in der BRD, sie hatten den Mauerbau nicht vorausgesehen, der Zufall der Ferienzeit spielte eine Rolle. Sie kehrten nicht wieder zurück in die DDR. Dieser Teil von Deutschland war kein Zuhause geworden und der Weg in die Wüste der Adenauer-Szenerie begann. Nicht um sich dort nun zu beugen, sondern um neu an der sozialen Befreiung der „Unterdrückten und Beleidigten" mitzuwirken. Schwere Wüstenjahre vergingen, aber der

Einfluß der Blochschen Philosophie und seiner politischen Standortbestimmung als aufrecht gehender Sozialist und Kommunist nahm in der heranwachsenden Neuen Linken zu. Und nicht nur bei denen, die wie er die DDR verlassen hatten. Insofern war und ist Bloch die „philosophische Seele" eines neuen Weges zum Sozialismus.

Herbert Marcuse als soziologischer, Ernst Bloch als philosophischer Prophet und Georg Lukacs als Ausdruck der kommunistischen Reform-Opposition im Warschauer Pakt bildeten in der Neuen Linken der 60er Jahre durchaus eine Einheit. Wobei die Differenzen nicht erkannt oder wenig beachtet wurden. In der Vietnam- und in der CSSR-Sache waren wir uns alle einig. Wir waren begeistert von der demokratischen Kenntlichwerdung des Sozialismus. Ohne die Gefahren und Widersprüche zu übersehen.

Bloch - Philosoph der KPI-Politik?

Die militärische Okkupation der CSSR machte deutlicher denn je, daß der despotische Kommunismus durch *einen* Frühling nicht in einen breiten demokratischen Sommer führen kann. Es ist verständlich, wenn Kommunisten in Ost-Europa sagen: Schaffen wir zwei, drei Prager Frühlinge. Der erste brachte schwere Rückschläge für die CSSR, aber die Entstehung neuer demokratischer Elemente in der despotischen Struktur des Warschauer Pakts sind vom niedergeschlagenen Prager Frühling nicht zu trennen. Bloch wird wohl in diesem Kontext so recht haben wie die von der KPdSU so wenig geliebte, fast gehaßte KP Spaniens: der „Stoß aus dem Westen", die originär sozialistischen Veränderungen in Westeuropa sind die Voraussetzungen dafür, daß sich im Warschauer Pakt der aufrechte und nicht gekrümmte Gang des Sozialismus durchsetzen kann.

Einer der wichtigsten Beiträge eines Philosophen der Gegenwart für den „Stoß aus dem Westen" und dessen Vorbereitung scheint mir „Der Atheismus im Christentum" zu sein. Dieses Werk ist gewissermaßen der philosophische Ausdruck des „historischen Kompromisses", von dem die KPI so spricht. Die KPI ist klarer als manche anderen KPs. Hat sie aber die Parteireform an Haupt und Gliedern, um mit Bloch zu sprechen, durchgeführt, um die proletarische Demokratie abzusichern? Gegen einen Rückfall in den despotischen Kommunismus?

Dem Denker Bloch geht es nicht um den Kompromiß von politischen Parteien, die um die Macht feilschen. Ihm geht es um die Einheit von „Marxismus und Traum des Unbedingten im gleichen Gang und Feldzugsplan".

Nähe und Distanz zur unmittelbaren Politik sind also in seiner ganzen Lebens- und Denkgeschichte geblieben. Immer war es die philosophische Angemessenheit der Geschichte gegenüber - aber auch miteinander: Das alte und gegenwärtige Problem der antikapitalistischen Intelligenz, die sich den politisch-organisatorischen Notwendigkeiten immer schwerer zu entziehen vermag.

Ist Heidegger Ausdruck der philosophischen Konterrevolution, wo die Angst zu Hause ist, so ist Bloch Repräsentant der revolutionären Philosophie, in der die Hoffnung als Kategorie fest geworden ist: Und das ist in der Bundesrepublik, dem stärksten Glied in der Kette der herrschenden Verhältnisse Europas, von eminenter Bedeutung.